

# Niedersächsischer Landtag

# Stenografischer Bericht

# 30. Sitzung

# Hannover, den 14. Dezember 2023

#### Inhalt:

Tagesordnungspunkt 48:

Tagesordnungspunkt 46:
Mitteilungen der Präsidentin
Tagesordnungspunkt 47:
Fragestunde2291
a) Welchen Weg beschreitet Niedersachsen, um den Herausforderungen auf dem Wohnungsmarkt zu begegnen? - Anfrage der Fraktion der SPD - Drs. 19/3034
b) Wie steht die Landesregierung zur Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts? - Anfrage der Fraktion der CDU - Drs. 19/3035
<b>Thorsten Paul Moriße</b> (AfD)2311, 2311, 2316 <b>Deniz Kurku</b> (SPD)2312 <b>André Bock</b> (CDU)2313
Djenabou Diallo-Hartmann (GRÜNE)2315

Haushaltsberatungen 2024 - Abschluss	2317
Abstimmungen zu den Einzelplänen	2317
Schlusserklärungen	
Sebastian Lechner (CDU)	2321
Grant Hendrik Tonne (SPD)	2323
Jürgen Pastewsky (AfD)	2326
Detlev Schulz-Hendel (GRÜNE)	2329
Schlussabstimmung zum Entwurf eines haltsgesetzes 2024	
Abstimmung über die 7. Übersicht über Bes sempfehlungen zu Eingaben (Eingaben Haushalt)	zum
Abstimmungen zu den Tagesordnungspunk bis 28	
Abstimmung zum Entwurf eines Haushaltsb gesetzes 2024	

I

# Tagesordnungspunkt 49:

Erste Beratung:
-----------------

Tagesordnungspunkt 50:

#### Erste Beratung:

#### Tagesordnungspunkt 51:

#### Erste Beratung:

# Tagesordnungspunkt 52:

#### Erste Beratung:

#### Vom Präsidium:

Präsidentin Hanna Naber (SPD) Vizepräsident Marcus Bosse (SPD) Vizepräsidentin Sabine Tippelt (SPD) Vizepräsident Jens Nacke (CDU)

Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast (CDU) Schriftführer Markus Brinkmann (SPD)

Schriftführerin Corinna Lange (SPD) Schriftführer Guido Pott (SPD)

Schriftführerin Annette S c h ü t z e (SPD)

Schriftführer Dennis True (SPD)

Schriftführer Dr. Karl-Ludwig von Danwitz (CDU)

Schriftführer Axel Miesner (CDU) Schriftführer Alexander Wille (CDU) Schriftführerin Evrim Camuz (GRÜNE) Schriftführerin Eva Viehoff (GRÜNE) Schriftführerin Delia Klages (AfD)

Schriftführer Jürgen Pastewsky (AfD)

#### Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident

Stephan Weil (SPD)

Ministerin für Inneres und Sport Staatssekretär Stephan Manke, Daniela Behrens (SPD) Ministerium für Inneres und Sport

Finanzminister

Staatssekretärin Sabine Tegtmeyer-Dette, Gerald Heere (GRÜNE) Finanzministerium

Minister für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung

Dr. Andreas Philippi (SPD)

Staatssekretärin Dr. Christina Arbogast, Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung

Minister für Wissenschaft und Kultur

Falko Mohrs (SPD)

Kultusministerin

Staatssekretärin Andrea Hoops, Staatssekretär Marco Hartrich, Julia Willie Hamburg (GRÜNE)

Kultusministerium

Minister für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung

Olaf Lies (SPD)

Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucher-

schutz

Miriam Staudte (GRÜNE)

Justizministerin

Dr. Kathrin Wahlmann (SPD)

Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz

Christian Meyer (GRÜNE)

Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und

Regionale Entwicklung

Wiebke Osigus (SPD) Staatssekretär Frank Doods,

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung

Staatssekretär Dr. Michael Marahrens,

Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucher-

schutz

Staatssekretär Dr. Thomas Smollich,

Justizministerium

Staatssekretärin Anka Dobslaw, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz

Staatssekretär Matthias Wunderling-Weil-

bier.

Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und

Regionale Entwicklung

Beginn der Sitzung: 9.02 Uhr.

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne die 30. und damit voraussichtlich letzte Sitzung in diesem Jahr im 12. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 19. Wahlperiode.

Tagesordnungspunkt 46:

#### Mitteilungen der Präsidentin

Das Haus ist bereits gut gefüllt. Ich stelle die **Beschlussfähigkeit** des Hauses fest.

Bevor wir in die Tagesordnung einsteigen, darf ich Ihnen die erfreuliche Mitteilung machen, dass die Kollegin Antonia Hillberg heute Geburtstag hat. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Ich gratuliere Ihnen im Namen des Hauses, wünsche Ihnen Gesundheit und Wohlergehen, Frau Kollegin. Und wir wollen alles dafür tun, dass Sie rechtzeitig zum Geburtstagskaffee zu Hause sind.

(Beifall)

Zur Tagesordnung. Wir beginnen die heutige Sitzung mit der Fragestunde. Danach folgen die Abstimmungen im Rahmen der Haushaltsberatungen. Anschließend setzen wir die Beratungen in der Reihenfolge der Tagesordnung fort. Die Sitzung soll gegen 15.30 Uhr enden.

Die mir zugegangenen Entschuldigungen teilt Ihnen nunmehr die Schriftführerin Frau Lange mit. Bitte schön!

#### Schriftführerin Corinna Lange:

Von mir einen wunderschönen guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Entschuldigt haben sich: von der Fraktion der SPD Ulrich Watermann, von der Fraktion der CDU Lara Evers, Laura Hopmann und Lukas Reinken und von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Dr. Andreas Hoffmann, Meta Janssen-Kucz und Pascal Leddin.

# Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank.

Wir beginnen mit:

Tagesordnungspunkt 47:

#### **Fragestunde**

Die für die Fragestunde geltenden Regelungen unserer Geschäftsordnung setze ich als bekannt voraus. Ich weise wie üblich besonders darauf hin, dass einleitende Bemerkungen zu den Zusatzfragen nicht zulässig sind.

Um dem Präsidium den Überblick zu erleichtern, bitte ich Sie, sich schriftlich zu Wort melden, wenn Sie eine Zusatzfrage stellen möchten.

Wir beginnen mit:

 a) Welchen Weg beschreitet Niedersachsen, um den Herausforderungen auf dem Wohnungsmarkt zu begegnen? - Anfrage der Fraktion der SPD - Drs. 19/3034

Die Anfrage wird vom Kollegen Henning vorgetragen. Bitte schön!

(Beifall bei der SPD)

### Frank Henning (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollege!

"Welchen Weg beschreitet Niedersachsen, um den Herausforderungen auf dem Wohnungsmarkt zu begegnen?"

Der demografische Wandel und sich verändernde Haushaltsstrukturen machen die Schaffung von zusätzlichem Wohnraum notwendig. Insbesondere das Angebot von preisgünstigem Wohnraum geht bundesweit zurück, während die Nachfrage in diesem Bereich steigt. Hohe Standards, begrenzte Verfügbarkeit von Bauland, gestiegene Materialund Energiepreise, steigende Zinsen, der Fachkräftemangel sowie eine Vielzahl von Vorschriften und Regelungen erschweren die notwendige Schaffung von neuem und insbesondere preisgünstigem Wohnraum in Deutschland und auch in Niedersachsen

Die skizzierten Problemlagen und der Mangel an Wohnraum zeigen sich auch auf dem niedersächsischen Wohnungsmarkt.

#### Wir fragen:

- 1. Welche Maßnahmen zur Beschleunigung und zur Vereinfachung von Baugenehmigungsverfahren hat das Land in den letzten fünf Jahren umgesetzt?
- 2. Welche neuen Maßnahmen beinhaltet die von Minister Lies angekündigte NBauO-Novelle, die sogenannte Umbauordnung?
- 3. Was plant Niedersachsen darüber hinaus, um den Herausforderungen im Wohnungsbau zu begegnen?

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Kollege Henning. - Zur Beantwortung hat sich Minister Lies zu Wort gemeldet. Bitte schön!

**Olaf Lies**, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für die Landespolitik hat die Wohnungspolitik einen extrem hohen Stellenwert, und das betrifft uns hier im Parlament ja sehr intensiv. Wir merken das gerade in dieser Situation, in der viele Menschen auf der Suche nach Wohnraum sind und der Wohnraumdruck groß ist. Hohe Material- und hohe Energiepreise, die Zinswende, der Fachkräftemangel und weitere Faktoren verteuern das Bauen und lassen die Mietpreise weiter steigen. Dazu kommt eine Vielzahl von Regelungen, die dafür sorgen, dass das Bauen eher erschwert als erleichtert wird.

Als Bauminister trage ich jetzt in der zweiten Legislaturperiode Verantwortung für diesen Bereich. Für die Landesregierung kann ich sagen, dass wir schon in der letzten Legislaturperiode eine Reihe von Instrumenten gegen steigende Mieten, Grundstücks- und Baupreise auf den Weg gebracht haben.

So haben wir die Rahmenbedingungen für das Bauen in enger Zusammenarbeit mit dem in der letzten Legislatur eingerichteten Bündnis für bezahlbares Wohnen deutlich verbessert. Damit haben wir die Optimierung von Bauverfahren, die Forcierung der Digitalisierung, die Förderung von Nachverdichtung und die Lösung von Zielkonflikten auf den Weggebracht.

Als ersten Punkt will ich das Wohnraumschutzgesetz nennen. Damit konnten wir erreichen, dass Wohnraum nicht verfällt und unbewohnbar wird. Sie alle erinnern sich vielleicht an die schlimmen Bilder, die wir gesehen haben.

Zweitens. Das Zweckentfremdungsverbotsgesetz leistet einen Beitrag dazu, dass bezahlbarer Wohnraum besser vor Umwandlung und spekulativem Leerstand geschützt werden kann. Seit 2016 gilt im Rahmen der Mieterschutzverordnung in Niedersachsen die sogenannte Mietpreisbremse in Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten.

Um die Zahl der geförderten Wohnungen weiter zu steigern und den Mittelabfluss in der Förderung zu gewährleisten, haben wir ebenfalls schon in der letzten Legislaturperiode die Mittel für die soziale Wohnraumförderung deutlich erhöht. Es sind 400 Millionen Euro zusätzlich in diesen Topf gegeben worden.

Wir haben die Änderungen der Förderrichtlinien zur sozialen Wohnraumförderung in Kraft gesetzt und auch diese sehr eng abgestimmt mit dem Bündnis für bezahlbares Wohnen erarbeitet, um die Attraktivität des Förderprogramms zu steigern. Man sieht das an den Zahlen, auch wenn das natürlich auch etwas mit der Entwicklung der Zinsen und der freien Investition zu tun hat. Wir haben allein im letzten Jahr 350 Millionen Euro Fördermittel von Bund und Land auf den Weg gebracht und damit mehr als 2 700 Wohnungen, die sozial gefördert sind, absichern können.

Bauen schneller, einfacher und günstiger zu machen, bleibt dabei das erklärte Ziel der Landesregierung, auch in der aktuellen Legislaturperiode. Zwei zentrale Maßnahmen sind dabei für uns entscheidend. Das Erste ist die Novelle der Niedersächsischen Bauordnung - eine erneute Novelle. Die, die das in der letzten Legislatur begleitet haben, wissen, dass wir da häufiger rangegangen sind; diesmal in einem sehr großen Schritt. Auch ein zweiter Punkt ist wichtig: der Aufbau einer Landeswohnungsgesellschaft. Mit den Maßnahmen, mit diesen Schritten, soll und muss es uns gelingen, dafür zu sorgen, dass wir mehr Wohnraum, aber eben auch mehr bezahlbaren Wohnraum in unserem Land haben

Und immer wieder muss man sagen: Alle Bausteine zusammen ergeben die Lösung. Es macht also wenig Sinn, über jeden einzelnen Baustein zu streiten, sondern die Summe der Bausteine wird am Ende die Lösung sein.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Anfrage wie folgt.

Zu Frage 1: Welche Maßnahmen zur Beschleunigung haben wir auf den Weg gebracht?

Das sind eine ganze Reihe. Ich versuche, es kurz zu halten:

Seit Jahren wird die Niedersächsische Bauordnung den aktuellen Herausforderungen angepasst. Ein großer Teil der Arbeit der letzten Legislatur ist die Digitalisierung von Baugenehmigungsverfahren. Die Übergangsfrist endet Ende 2023. Im kommenden Jahr werden alle Bauaufsichtsbehörden Bauanträge digital entgegennehmen und vor allen Dingen auch digital bearbeiten. Das ist ein großer Erfolg zur Beschleunigung.

Zudem gab es eine ganze Reihe von Vereinfachungen. Die Vorprüfungsfrist und die Präklusionsvorschrift sind eingeführt worden. Die Errichtung aller Wohngebäude - mit Ausnahme von Hochhäusern - ist in Gebieten mit Bebauungsplan genehmigungsfrei. Das ist wichtig, weil viele glauben, man müsse darauf warten.

Große Erleichterungen gibt es hinsichtlich der Einhaltung von Grenzabständen, und es gibt keine Aufzugspflicht bei Nutzungsänderungen oberster Geschosse oder nachträglicher Errichtung von nicht mehr als zwei weiteren Geschossen.

Außerdem gibt es Erleichterungen für die brandschutztechnische Beschaffenheit bestehender Gebäudeteile, keine Pflicht zur Schaffung von weiteren Einstellplätzen bei Nutzungsänderung/Aufstockung für Gebäude, die vor dem 31. Dezember 1992 errichtet wurden, keine Anforderungen an die Barrierefreiheit von Wohnungen bei Umnutzung und Erleichterungen vor allen Dingen für die Holzbauweise. Das hat noch einmal gezeigt, warum die Bauordnung im Land einfach mehr Möglichkeiten schafft, als wenn alle auf die Bauordnung des Bundes zurückgreifen müssten.

Wir haben schon in der letzten Legislatur durch das Gesetz zur Erleichterung von Wohnraum temporäre Erleichterungen geschaffen. So sind keine Kinderspielplätze notwendig, wenn eine Baulücke genutzt wird. Bei Änderungen eines Gebäudes, durch die mindestens eine zusätzliche Wohnung geschaffen wird, sind keine Anpassungen der nicht vom Bau betroffenen Bereiche notwendig. Das sind befristete Themen, die wir durch die Novelle der Bauordnung nun weiter voranbringen wollen.

Die Prüfung des Standsicherheitsnachweises durch die Bauaufsichtsbehörde gibt es nur für Wohngebäude der Gebäudeklassen 4 und 5. Die Nachreichung des Standsicherheitsnachweises ist möglich. Und auch die Prüfung des Brandschutznachweises bei Wohngebäuden gibt es nur bei den Gebäudeklassen 4 und 5. Und wir haben Typengenehmigung eingeführt.

Das klingt alles sehr kleinteilig. Es zeigt aber, dass sich dieses Parlament schon in den vergangenen Jahren sehr intensiv mit der Frage beschäftigt hat, wie es uns gelingt, Erleichterungen zu schaffen ohne dass damit schon alle Möglichkeiten ausgeschöpft worden seien.

Ich komme zur Antwort auf die Frage 2: Welche neuen Maßnahmen nehmen wir uns für die jetzt in der Beteiligung befindliche nächste Novelle der Bauordnung vor?

Ein großes Kernstück wird dabei sein, neue Regelungen zur Vereinfachung von Umbaumaßnahmen zu schaffen. Gerade im Bestand weiteren Wohnraum zu schaffen, verringert die Kosten und schafft übrigens auch Beschäftigung für Unternehmen und Handwerksbetriebe. Das ist ganz wichtig dabei. Es gibt eine Reihe von Auflagen, die dies sehr kompliziert machen und die wir in dieser aus meiner Sicht wirklich großen Novelle der Bauordnung angehen.

Wir wollen Abweichungen zulassen bei Nutzungsänderungen, der Modernisierung und dem Erhalt von Gebäuden sowie der Erprobung neuer Wohnformen. Auch das soll leichter werden.

Wir wollen eine verfahrensfreie Nutzungsänderung einführen. Wir haben eine ganze Reihe von Gebäuden, die anders genutzt werden könnten. Auch damit schaffen wir Möglichkeiten für zusätzlichen Wohnraum.

Wir werden eine weitere Reduzierung der Grenzabstände vornehmen und die Genehmigungsfreiheit für den Dachgeschossausbau auch im unbeplanten Innenbereich einführen.

Auch jetzt sehen wir keine Pflicht für die Nachrüstung mit Aufzügen vor - diesmal schon bei Gebäuden, die vor Ende 2022 errichtet wurden.

Außerdem entfällt die Möglichkeit, bei bestehenden Gebäuden nachträglich die Errichtung von Kinderspielplätzen zu verlangen.

Und wir erleichtern die Möglichkeit des zweiten Rettungsweges über Rettungsgeräte der Feuerwehr, sodass man keine baulichen Maßnahmen ergreifen muss.

Das alles sind weitgreifende Dinge. Ich glaube, wir werden noch intensiv darüber diskutieren. Ich kann mir sehr gut vorstellen, dass es auch kritische Stimmen dazu gibt. Aber das ist die Chance, eine "Umbauordnung" - und damit eine Bauordnung - in Deutschland auf den Weg zu bringen, die wirklich einzigartig ist. Niedersachsen setzt hier Maßstäbe. Niedersachsen will hier einen Standard schaffen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Zum einen geht es also darum, was wir für den Umbau im Bestand machen, der wichtig ist. Zum anderen geht es um die Erleichterungen für den Neubau, die wir einführen wollen:

Genehmigungsfiktion nach drei Monaten, sobald die Unterlagen vollständig und mangelfrei vorliegen. Für mobile Tiny Houses wollen wir den Bestandsschutz ausweiten. Das hat uns hier schon intensiv beschäftigt. Es gibt eine Erweiterung der Anerkennung von Typengenehmigungen. Verfahrensfreie Baumaßnahmen sollen erweitert werden.

Keine Pflicht für Einstellplätze im Wohnungsbau darüber werden wir hier wohl intensiv diskutieren, auch mit den kommunalen Spitzen. Wenn man die Debatte aber nicht anfängt, werden wir am Ende auch keine Veränderung schaffen.

Und ganz entscheidend ist: Wir haben inzwischen in Deutschland - nicht durch die Bauordnung festgelegt, sondern durch Normung, die sich die Wirtschaft am Ende selber gibt - Standards erreicht, die aus meiner Sicht nicht mehr den Standards entsprechen, die wir einhalten können, wenn Wohnraum bezahlbar sein soll. Wir müssen uns damit auseinandersetzen, dass wir an diese Standards, die immer wieder vorkommen - ich denke an das Beispiel der doppelschaligen Wand zum Treppenhaus, der Geschossdecke und andere - herangehen müssen. Wir brauchen bezahlbaren Wohnraum. Und wenn wir bezahlbaren Wohnraum brauchen, dann müssen wir dafür sorgen, dass dies auch umgesetzt werden kann. Dann muss der eine oder andere Standard, der in den letzten Jahren dazugekommen ist, auch mal infrage gestellt werden. Das muss unsere Aufgabe sein.

> (Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Zur Frage 3, was die Landesregierung zusätzlich plant, um diesen Herausforderungen zu begegnen.

Ich will es noch einmal sagen: Wir haben gerade unglaubliche Auswirkungen auf die Bauwirtschaft. Wir merken das bei den Genehmigungen und natürlich auch bei den Aufträgen. Wir merken es aber auch bei den Unternehmen, gerade bei den Handwerksbetrieben. Dort sagt man: Es geht so gut wie nichts mehr. Wir haben die große Sorge - und wir sehen auch schon -, dass das Ganze wegbricht. - Das heißt, wir haben neben den Instrumenten zur Stützung und Stabilisierung des Arbeitsmarktes - wie die Regelung zum Kurzarbeitergeld - auch die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die Konjunktur trotz aller schwierigen Rahmenbedingungen wieder anzieht.

Und wir haben eine zweite Verantwortung: Nach der Niedersächsischen Verfassung gehört Wohnraum zu den Grundbedürfnissen eines jeden Menschen. Er ist elementar für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft. Das haben wir in der Niedersächsischen Verfassung als Staatsziel definiert. Darauf muss das Land doch hinwirken. Deswegen greifen wir genau das auf, was einen Beitrag dazu leisten kann. Wir gründen eine Landeswohnungsgesellschaft, damit wir gemäß Verfassung unseres Landes der Aufgabe gerecht werden, Wohnraum für die Menschen sicherzustellen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Diesen Auftrag hat das Land angenommen. Wir werden vorbehaltlich der Beschlussfassung des Haushaltes die Rahmenbedingungen dafür schaffen und dann gemeinsam an die Arbeit gehen.

Abschließend möchte ich noch einen Punkt nennen, der ganz besonders wichtig ist. Wir haben mit Beginn der letzten Legislatur gesagt: Es kann nur funktionieren, wenn sich alle Partner, die mit dem Thema Wohnen und Bauen zu tun haben, zusammenschließen. Deshalb haben wir in der letzten Legislatur das Bündnis für bezahlbares Wohnen gegründet, in dem alle Beteiligten - von Mieterschutzbund und Gewerkschaften über die Wohnungsverbände, die Bauwirtschaft bis hin zu den Sozialverbänden - dabei sind, um gemeinsam nach Lösungen zu suchen, um gemeinsam die Wohnraumförderung anzupassen, um gemeinsam über Veränderungen der Bauordnung zu reden. Das ist elementar.

Wir haben in der letzten Legislatur auch bewiesen, dass dieses Parlament gemeinsam darauf hingewirkt hat, diesen Weg voranzubringen. Ich wünsche mir für die Zukunft, dass wir als Politik bei diesem elementaren Grundrecht der Menschen auf bezahlbaren Wohnraum zusammenstehen und gemeinsam nach Lösungen suchen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN - Unruhe)

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Minister.

Ich darf noch einmal die Bitte äußern, die Gespräche einzustellen oder nach draußen zu verlagern. Es gibt hier immer noch ein vorweihnachtliches Grundmurmeln. Es wäre gut, wenn wir uns jetzt auf die Reden konzentrieren würden.

Es gibt den Wunsch nach Zusatzfragen. Den ersten Wunsch hat für die CDU-Fraktion der Kollege Frölich geäußert. Bitte schön!

(Beifall bei der CDU)

#### Christian Frölich (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor dem Hintergrund, dass Ende März die Regelung für das Saison-Kurzarbeitergeld ausläuft und dann die baugewerblichen Betriebe aufgrund der von Ihnen geschilderten Situation - Auftragsmangel, zurückgehende Baugenehmigungen - anfangen werden, Leute zu entlassen, frage ich die Landesregierung: Was sind Ihre konkreten Sofortmaßnahmen für das erste Halbjahr 2024, um diesen Verlust von Baukapazitäten nicht zu erzeugen und den Wohnungsbau zu aktivieren?

(Beifall bei der CDU)

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Herr Minister!

**Olaf Lies**, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Frölich, zum einen führen wir ja nicht erst jetzt Maßnahmen ein, um das zu ermöglichen. Dies haben wir schon in der ganzen Legislatur gemacht - alles, was dazu beiträgt, einfacher zu bauen und Genehmigungen voranzubringen.

Das Zweite ist, dass wir sicherlich in der Auswertung dessen, was jetzt im Bundeshaushalt beschlossen wurde, sehen müssen, welche weiteren Sanierungsmaßnahmen geleistet werden, gerade um das Thema Sanierung in unserem Land voranzubringen.

Und das Dritte - ich habe es gestern schon erwähnt -: Wir haben eine ganze Reihe von Unterstützungsmaßnahmen, gerade für diejenigen, die wirtschaftlich nicht in der hervorragenden Situation sind. Mit zinslosen Förderdarlehen sorgen wir dafür, dass das Schaffen von Eigentum möglich ist. Es gibt eine Reihe von Programmen. Die Herausforderung ist aber tatsächlich groß, und deshalb sitzen wir mit der Bauwirtschaft zusammen und suchen nach Lösungen.

Einen Aspekt der Bauwirtschaft will ich auch noch nennen: Der bezahlbare Wohnraum ist das eine. Das andere sind die notwendigen Infrastrukturmaßnahmen. Dort gibt es keinerlei Einschnitte. Es ist wichtig, dass man das nicht auf die gesamte Bauwirtschaft bezieht. Wir müssen Lösungen finden, wie wir mehr Wohnraum schaffen. Aber bei allen Infrastrukturmaßnahmen, die auch von der Bauwirtschaft getragen werden, geht es unvermittelt weiter fort. Im Gegenteil: Dort werden die Herausforderungen noch deutlich größer werden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank. - Die zweite Zusatzfrage, ebenfalls für die CDU-Fraktion, stellt wieder Herr Kollege Frölich. Bitte schön!

# Christian Frölich (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor dem Hintergrund, dass Sie gestern und auch eben die Eigentumsförderung des Landes als zielgenaues Instrument der Eigentumsförderung gelobt haben, frage ich die Landesregierung: Beabsichtigen Sie, kurzfristig die Darlehenshöhen, die ja bei 50 000 Euro zuzüglich Kinderzuschlägen gedeckelt sind, zu erhöhen und die Einkommensgrenzen ebenfalls anzuheben, um einen entsprechenden Effekt zu erzeugen? 2021 sind 41 Anträge für dieses Programm gestellt worden.

(Beifall bei der CDU)

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Herr Minister!

**Olaf Lies**, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Frölich, tatsächlich ist die Einkommensgrenze sowohl bei Berechtigungsscheinen für bezahlbares Wohnen als auch bei der Schaffung von Eigentum angesichts der Inflation zu betrachten. Ich gehe davon aus, dass wir auch diesen Aspekt im Rahmen des Bündnisses für bezahlbares Wohnen miteinander diskutieren werden.

Das ist eine der Grundlagen: Wir vermeiden es seit inzwischen sechs Jahren, immer nur Einzelentscheidungen zu treffen, sondern versuchen, in der Bündnisarbeit genau diese Aspekte miteinander zu diskutieren und eine breite Akzeptanz für die Notwendigkeit der Maßnahmen zu finden. Insofern finde ich es vollkommen richtig, auch darüber nachdenken, ob Höhe und Einkommensgrenzen dazu passen, dass wir Menschen in unserem Land Möglichkeiten eröffnen wollen, Eigentum zu schaffen. Die Möglichkeit, Eigentum zu schaffen, ist ein hoher Wert und wird auch weiter von dieser Landesregierung unterstützt werden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank. - Die erste Zusatzfrage für die Fraktion der AfD stellt der Kollege Najafi. Bitte schön!

(Beifall bei der AfD)

#### Omid Najafi (AfD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Frage lautet: Wird die von Ihnen geplante Novellierung der Niedersächsischen Bauordnung die ausschlaggebenden Kosten fürs Bauen, nämlich die exorbitant gestiegenen Baustoffpreise - Zement, Beton, Stahl -, senken? - Danke.

(Beifall bei der AfD)

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Herr Minister!

**Olaf Lies**, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine Bauordnung kann nur regeln, was notwendig ist. Sie wird sicherlich nicht Baustoffkosten regeln. Das liegt nicht im Handlungsspielraum einer Bauordnung.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

# Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank. - Die zweite Zusatzfrage für die Fraktion der AfD stellt ebenfalls der Kollege Najafi. Bitte schön!

(Beifall bei der AfD)

#### Omid Najafi (AfD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ist die Landesregierung der Meinung, dass, wenn man bundesweit 304 308 und in Niedersachsen allein über 20 000 Ausreisepflichtige auch wirklich ausweisen würde, dann die Nachfrage nach Wohnraum sinkt? Ja oder nein?

(Beifall bei der AfD - Doris Schröder-Köpf [SPD]: Aber nur, wenn die AfD-Leute in die Erstaufnahmeeinrichtungen ziehen!)

# Vizepräsident Jens Nacke:

Herr Minister!

**Olaf Lies**, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe gerade über die Verfassung gesprochen. Die Verfassung des Landes Niedersachsen ist für uns Anspruch, und der Anspruch dieser Verfassung ist, den Menschen in unserem Land das Grundrecht auf Wohnraum zu ermöglichen. So arbeitet diese Landesregierung, so arbeiten die demokratischen Parteien.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

# Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank. - Die erste Zusatzfrage für die Fraktion der SPD stellt Frau Kollegin Dr. Liebetruth. Bitte schön!

#### Dr. Dörte Liebetruth (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Ich frage die Landesregierung: Wie hat die Landesregierung in den vergangenen Jahren die Wohnraumförderung verbessert?

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Herr Minister!

**Olaf Lies**, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Liebetruth, schon mit der Einführung des Bündnisses für bezahlbares Wohnen haben wir gesagt: Wir brauchen Bedingungen, die akzeptabel sind.

Die große Herausforderung in den letzten Jahren war, dass wir extrem niedrige Zinsen hatten und so das renditeorientierte Bauen deutlich attraktiver war als das Bauen geförderten Wohnraums. Denn die Wohnraumförderung bindet ja den Eigentümer, denjenigen, der den Wohnraum erstellt, über einen langen Zeitraum. Es ist natürlich schwierig, sie am Ende erfolgreich am Markt zu platzieren.

Deswegen haben wir die Förderbedingungen immer wieder angepasst. Wir haben geregelt, dass es am Ende eine lange tilgungsfreie Zeit gibt. Wir haben geregelt, dass sozusagen der Tilgungsnachlass in Teilen schon am Anfang gewährt wird, weil das den wirtschaftlichen Bedingungen der investierenden Unternehmen besser zupasskommt. Wir haben alles versucht, um gegen einen - ehrlich gesagt: extrem schwierigen - Markt anzuarbeiten, der durch den Zinssatz andere Investitionen ermöglicht hat.

Wir merken aber, dass diese Bedingungen hervorragend funktionieren. Allein im letzten Jahr wurden 320 Millionen Euro abgerufen und 2 700 Wohnungen damit finanziert. Wir merken also: Wir sind auf dem richtigen Weg. Die jetzt durch das Bündnis erarbeitete Wohnraumförderung greift und wird auch weiterhin für die Schaffung gebundenen Wohnraums sorgen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank. - Die zweite Zusatzfrage für die Fraktion der SPD stellt der Kollege Bloem. Bitte schön!

#### Nico Bloem (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Sehr geehrter Herr Minister Lies, mit Blick auf die NBauO-Novelle und die "Umbauordnung": Warum ist das so ein mutiger Entwurf, auch mit Blick auf Bauwirtschaft?

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN - Lachen bei der CDU - Ulf Thiele [CDU]: Ihr müsst aber auch nicht jede Frage einfach übernehmen! Ein bisschen mehr Fantasie bei der Fragevorbereitung! - Gegenruf von Wiard Siebels [SPD]: Nur weil dir selber nichts mehr einfällt!)

**Olaf Lies**, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Bloem, ich glaube, dass diese Frage aufgreift, was Herr Frölich begonnen hat. Insofern wundere ich mich ein bisschen über die Reaktion auf sie.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN - Ulf Thiele [CDU]: Na ja!)

Der Ansatz ist: Wie können wir kurzfristig helfen - die Sorge ist da, ohne Frage -, aber wie stabilisieren wir am Ende auch?

Die Bauordnung greift an zwei Stellen ganz elementar ein:

Erstens sorgt sie dafür, dass Ausbau und Umbau leichter werden. Das hilft gerade dem Bauhandwerk sehr. Denn das Bauhandwerk ist unser strategischer Partner, den wir brauchen, um Ausbau und Umbau zu realisieren. Wenn wir Ausbau und Umbau erleichtern und günstiger machen, wenn ein Haus von 1920 nicht mit einem Obergeschoss von 2023 versehen werden muss - was auch nicht machbar ist -, sondern Regeln übertragen werden können - wir haben schon einmal versucht, das darzustellen; wir werden das intensiv diskutieren -, dann lösen wir damit Investitionen aus und schaffen zumindest ein Stück weit die Voraussetzungen dafür, dass die Bauwirtschaft weitere Aufträge bekommt.

Zweitens geht es um den Neubau. Da liegt der Fokus noch viel stärker auf dem Geschosswohnungsbau. Da müssen die Standards runter, damit das Bauen bezahlbarer wird, und die Wohnraumförderung kann wirklich einen Beitrag dazu leisten, der schwierigen Kostensituation ein Stück weit zu begegnen. Mit dem Gebäudetyp E, mit der Veränderung der Standards können wir die Preisentwicklung ein Stück weit kompensieren und dafür sorgen, dass zusätzlicher Wohnraum entsteht.

Deswegen ist das, was wir gerade machen - die Novelle der NBauO, aber auch die anderen Programme -, ein ganz entscheidendes und wichtiges Stück Wirtschaftspolitik. Wir müssen einen Beitrag dazu leisten, die Bauwirtschaft zu stabilisieren. Denn die Bauwirtschaft brauchten wir gestern, wir

brauchen sie heute, und wir werden sie auch morgen brauchen. Die jungen Leute in der Berufsorientierung müssen sehen, dass die Bauberufe Zukunft haben, damit sie sich dafür entscheiden, sich für einen solchen Beruf ausbilden zu lassen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank. - Die erste Zusatzfrage für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt Herr Kollege Sachtleben. Bitte schön!

(Beifall bei den GRÜNEN)

# Heiko Sachtleben (GRÜNE):

Herr Präsident! Liebe Kolleg\*innen! Wir werden im Laufe des heutigen Tages die 100 Millionen Euro für die Kapitalisierung der Landeswohnungsgesellschaft beschließen.

(Beifall von Dr. Dörte Liebetruth [SPD])

- Ja, da kann man ruhig einmal klatschen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ich frage Sie, Herr Minister: Wir wollen ja mit der Landeswohnungsgesellschaft steuernd in den Wohnungsmarkt eingreifen, gerade im Bereich des geförderten sozialen Wohnungsbaus. Werden diese 100 Millionen Euro ausreichen, um eine Gesellschaft zu gründen, mit der wir auch wirklich Einfluss haben werden?

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Ulf Thiele [CDU]: Nein!)

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Herr Minister!

(Ulf Thiele [CDU]: Das ist eine Frage mit Falle!)

**Olaf Lies**, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung:

Vielen Dank. - Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will eines zu Beginn sagen: Ich weiß natürlich, dass das ein extrem streitiges Thema ist. Trotzdem wird dieses Parlament heute - davon gehe ich zumindest aus - einen Haushalt beschließen, der die Gründung einer Landeswohnungsgesellschaft möglich macht.

Ich bin einmal ganz ehrlich: Was ich mir dann wünsche - ein Stück weit mit Blick auf Weihnachten -, ist, dass der Konflikt unter den Demokraten hier - ist das notwendig oder nicht? - für eine gewisse Zeit umgemünzt wird in: Gibt es ein konstruktives Ergebnis, das wir damit erzielen können?

Deswegen ist das Ziel, dass diese Wohnungsgesellschaft auch einen Beirat hat. Und an dem Beirat würde ich gerne auch die Parlamentarier beteiligen, damit sie daran mitwirken.

(Lachen bei der CDU)

- Das mag man als lustig empfinden. Vielleicht ist es aber ein Stil von Politik, den wir miteinander pflegen sollten: nicht nur übereinander reden, sondern miteinander.

> (Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Vielleicht ist das auch der Weg zu einer Lösung.

Herr Lechner, der politische Erfolg ist nicht nur daraus gemünzt, ob ich etwas schlechtrede oder etwas verhindere. Der politische Erfolg wird sich daraus münzen, ob es uns gelingt, dass die Menschen Wohnraum haben. Das ist genauso Ihr Interesse wie unser Interesse. Warum sollten wir uns nicht zusammentun und alle Lösungen, die da sind, miteinander diskutieren?

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Aber zu der Frage: Diese 100 Millionen Euro als Startkapital für die Gesellschaft ermöglichen es uns nach dem Businessplan, den wir haben, etwa 1 600 Wohnungen zu schaffen - davon 90 % Neubau.

Wir halten uns ein Stück Reserve, um einen Aufkauf zu ermöglichen, weil wir vieles mit Partnern gemeinsam machen werden. Denn - das ist ja auch hier beschrieben worden - es geht ja nicht so richtig voran. Das hängt auch damit zusammen, dass die Eigenkapitalsituation der kommunalen, der genossenschaftlichen, der gemeinwohlorientierten Wohnungsgesellschaften nicht mehr die Möglichkeit eröffnet, viel in Neubau zu investieren. Das ist eine Lücke, die wir gemeinsam mit Partnern füllen wollen. Dabei kann es auch sein, dass gesagt wird: Wir helfen euch auf der einen Seite, indem wir Projekte, die nicht umsetzbar sind, umsetzen, aber auf der anderen auch, indem wir einen Teil eures Bestandes - man sieht beim Vergleich 90 % zu 10 %, dass das nur ein bescheidener Teil sein kann - mit übernehmen. - Das ist das eine.

Von diesen 90 % Neubauwohnungen, die wir schaffen, werden etwa 70 % sozialgeförderter Wohnraum sein. Es werden ungefähr 30 % freifinanzierter Wohnraum sein. Das brauchen wir auch deshalb, weil wir eine Durchmischung der Struktur brauchen. Wir können natürlich nicht nur Wohneinheiten schaffen, die damit funktionieren.

Diese Gesellschaft startet gerade. Sie startet nicht nur mit breiter gesellschaftlicher Zustimmung - es gibt auch Kritik. Diese Gesellschaft muss jetzt beweisen, dass das auch funktioniert - selbstverständlich, das ist völlig klar! Das ist auch die Aufgabe der Gesellschaft.

Unser Ziel ist, dass wir sehr schnell in die Umsetzung kommen. Wir werden mit Start des nächsten Jahres handlungsfähig sein. Dann werden wir zeigen müssen - und das werden wir auch -, dass es gelingt, Wohnraum zu realisieren, der ansonsten eben nicht realisiert worden wäre. Und wir müssen in enger Abstimmung mit Ihnen, nämlich dem Haushaltsgesetzgeber, prüfen, ob es uns gelingt, immer wieder dafür zu sorgen, dass zusätzliche Mittel in die Gesellschaft fließen.

Ich will es einmal beschreiben: Die Leute sagen: Du nimmst 100 Millionen Euro, aber du schaffst nur 1 600 Wohnungen! - Aber mit diesen 100 Millionen Euro lösen wir eine Investition von 430 Millionen Euro aus; wir hebeln also ganz intensiv Mittel.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Das bedeutet natürlich, dass der Spielraum, der sich weiter ergibt, davon abhängig ist, ob es weiteres Eigenkapital geben wird. Die ehemals 30 000 Wohnungen sind für 1,5 Milliarden Euro veräußert worden. Das heißt, man kann natürlich nicht 30 000 Wohnungen für 100 Millionen Euro neu schaffen.

Wenn wir aber in den nächsten Jahren die Kapitalausstattung der Gesellschaft weiter erhöhen und
diese Quote fortsetzen, dann muss es uns gelingen,
das Ziel, bis 2040 auf einen Mittelwert von 20 000
Wohnungen zu kommen, zu erreichen. Ob es etwas
weniger werden - niemand kann die Marktentwicklung genau vorhersagen -, oder ob es sogar mehr
werden, hängt von den Rahmenbedingungen und
der wirtschaftlichen Zuführung der Mittel, die wir
dann zur Verfügung haben, ab. Das ist die Aufgabe
dieser Gesellschaft, die sie leisten kann.

Es wird ja immer wieder gesagt: Man kann das Geld doch einfach so hingeben. - Wie denn? Soll ich jetzt jeder Gesellschaft außerhalb des Wohnraumförderfonds - der wirklich hervorragend aufgestellt ist - das Geld einfach so geben?

Wir schaffen Werte für das Land, denn diese 100 Millionen Euro, die wir investieren,

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

bleiben Werte des Landes.

(Sebastian Lechner [CDU]: Nein!)

Und diese Werte des Landes sorgen dafür, dass wir einen Teil der Aufgabe, Menschen in unserem Land bezahlbaren Wohnraum zu ermöglichen, mitübernehmen und so der Verfassung des Landes Niedersachsen gerecht werden. Ich denke, das greift gut ineinander, deswegen ist es auch klug, dass es gemacht wird.

Vielen Dank auch für die Unterstützung des Parlaments dabei.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN - Ulf Thiele [CDU]: Dann machen wir als Nächstes volkseigene Betriebe! Dann schaffen wir auch Werte des Landes! - Gegenruf von Minister Olaf Lies: Haben wir schon: VW! - Weitere Zurufe)

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Minister.

Es besteht gleich die Gelegenheit zur Aussprache; insofern darf ich darum bitten, die Dialoge einzustellen.

Weitere Meldungen zu Zusatzfragen liegen nicht vor. Die Landesregierung hat die vorgesehene Gesamtredezeit von 15 Minuten um 5 Minuten und ein wenig mehr überzogen. Insofern stehen den Fraktionen 9 Minuten Redezeit bei der Aussprache zur Verfügung.

Es beginnt für die Fraktion der CDU Herr Kollege Frölich. Bitte schön!

(Beifall bei der CDU)

### Christian Frölich (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Um es gleich vorwegzunehmen: Wir begrüßen die erarbeiteten Änderungsvorschläge der NBauO bezüglich einer "Umbauordnung" und des reduzierten Gebäudestandards E ausdrücklich.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Hierzu steht unser bereits geäußertes Angebot, diese Änderungen im weiteren parlamentarischen Verlauf konstruktiv zu diskutieren, um diese Ansätze gemeinsam in einen mutigen Schritt nach vorne münden zu lassen. Ich glaube, dieser Aufschlag, der seitens der Architektenkammer und des BDA gemacht worden ist, ist es wert, weiterverfolgt zu werden, um das Bauen einfacher zu machen. Statt aber diesen Aufschlag zu nutzen, um auch für den mehr als notleidenden Neubau kurzfristige Impulse zu erzeugen, feiern wir heute etwas ab, was überwiegend - Gott sei Dank! - von Praktikern der Architektenkammer und des BDA erarbeitet worden ist

Beim Wohnungs- und Einfamilienhausbau ist es fünf nach zwölf. Der Ernst der Lage wird hier von manchem noch nicht wirklich erkannt. Ab Ende März werden - ich hatte es in meiner Zusatzfrage bereits gesagt - die baugewerblichen Betriebe anfangen, Mitarbeiter und damit Baukapazitäten abzubauen, da sich der Auftragsbestand dramatisch verringert hat und die Baugenehmigungszahlen massiv zurückgegangen sind.

Wir benötigen jetzt - mit Wirksamkeit bereits im ersten Halbjahr 2024 - einen deutlichen Schub. Und damit meine ich ausdrücklich neben dem sozialen Wohnungsbau ganz besonders auch den freifinanzierten Mietwohnungsbau für Menschen, die morgens zur Arbeit fahren, aber mittlerweile keine passende Wohnung mehr für ihr Leben finden.

#### (Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, was in einem Eigenheimland wie Niedersachsen in der rot-grünen Sphäre ebenfalls überhaupt nicht mehr diskutiert wird: Wir benötigen einen Schub für die Schaffung von Eigentum für diejenigen, die die Ärmel hochkrempeln und für ihre Altersvorsorge auf der eigenen Scholle etwas schaffen wollen.

# (Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, eine Ihrer Antworten auf diese schwierige Gemengelage lautet: Wir gründen die WohnRaum Niedersachsen GmbH mit 100 Millionen Euro Steuergeldern, um rund 1 600 Sozialwohnungen zu bauen, zu kaufen. Wir haben es gerade gehört: Bis 2040 sollen es perspektivisch 20 000 Wohnungen sein.

Mal abgesehen davon, dass Sie Ihren Koalitionsvertrag schon nach einem Jahr in dieser Sache einkassieren - darin standen nämlich 40 000 Wohnungen -, ist diese Gründung mit Abstand das Schlechteste, was Sie mit dem Geld machen können.

### (Beifall bei der CDU)

Sie schaffen einen weiteren Wettbewerber am Markt. Die 100 Millionen Euro können voraussichtlich nicht als Sicherheit genutzt werden, um über Kreditfinanzierungen einen größeren Finanzhebel zu erzielen. Die personellen Strukturen müssen, und das bei akutem Fachkräftemangel, erst aufgebaut werden. Die Refinanzierung des Kapitaldienstes dürfte bei den heutigen Randbedingungen mit den Mieten kaum darstellbar sein. Ganz entscheidend: Warum sollte eine Wohnraum Niedersachsen GmbH ein genehmigtes, aber derzeit unwirtschaftliches Neubauprojekt wirtschaftlicher, rentierlicher umsetzen können als die regionalen Wohnungsgenossenschaften und Wohnungsbauunternehmen? Das ist mir nicht erkenntlich.

#### (Beifall bei der CDU)

Das, meine Damen und Herren, ist ein absolutes Luftschloss, das Sie hier mit Steuergeldern finanzieren. Wie der erforderliche Kapitalaufwuchs, der vom Minister angesprochen worden ist, in den nächsten Jahren aussehen soll, ist ebenfalls vollkommen ungeklärt.

Was wir jetzt brauchen - und das geht aus unserem umfangreichen Entschließungsantrag zum Wohnungsbau hervor -, sind Sofortmaßnahmen, von denen ich zu dreien exemplarisch ausführen möchte:

Erstens: die Hälfte der Grunderwerbsteuer für die erste selbstgenutzte Immobilie, jedoch maximal 10 000 Euro, zu erstatten.

# (Beifall bei der CDU)

Zweitens: eine Bundesratsinitiative anzustoßen, um verlässliche, attraktive KfW-Förderprogramme für die Sanierung von Bestandswohngebäuden als EH 70 und für den Neubau als EH 55 aufzusetzen und die förderfähigen Einkommensgrenzen deutlich nach oben zu setzen.

# (Beifall bei der CDU)

Drittens: die Landeswohnungsgesellschaft doch noch zu stoppen - Sie haben heute noch die Möglichkeit - und stattdessen die marktkundigen regionalen Wohnungsbaugesellschaften direkt zu unterstützen, um damit deren zurückgestellte Projekte im Bereich des sozialen und freifinanzierten Wohnungsbaus zu ermöglichen oder auch so innovative genossenschaftliche Projekte wie das Tiny-Living-Stadtquartier mit rund 500 Wohnungen und rund 50 Tiny-House-Stellplätzen hier in Hannover zu sichern und zu ermöglichen.

Das, meine Damen und Herren wären sehr konkrete Maßnahmen mit unmittelbaren Effekten noch in 2024, die den erforderlichen Zubau an Wohnfläche deutlich fördern würden.

(Beifall bei der CDU)

Ich komme zum Ende: Meine Damen und Herren, wir sind uns daher sicher: Eine bessere Wohnungsbaupolitik für Niedersachsen ist machbar.

Vielen Dank.

(Starker Beifall bei der CDU)

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Kollege Frölich.

Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, möchte ich ausdrücklich darum bitten, dass die Gespräche auf der Mitarbeiterbank der Regierung eingestellt oder nach draußen verlagert werden.

Als Nächstes hat sich der Kollege Henning von der SPD-Fraktion zu Wort gemeldet.

(Beifall bei der SPD)

#### Frank Henning (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn die von uns beantragte Fragestunde heute eines deutlich gemacht hat, dann ist es, glaube ich, dass die Schaffung von bezahlbarem und preiswertem Wohnraum die zentrale Aufgabe für die Politik dieser Tage ist. Und wer kann das eigentlich besser als die SPD mit diesem Bauminister Olaf Lies?

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU und bei der AfD - Zurufe von der CDU)

Wir haben heute gehört: Wohnen ist Menschenrecht. Wir haben es als Staatsziel in der Verfassung verankert. Dem fühlen wir uns selbstverständlich verpflichtet. Aber wie groß die Aufgabe tatsächlich ist, zeigt der Wohnungsmarktbericht, den die NBank mit Olaf Lies zusammen veröffentlicht hat. Bis 2040 fehlen in Niedersachsen 147 000 - jetzt hören Sie zu, liebe CDU! - Geschosswohnungen. Es geht nicht nur um das Einfamilienhaus.

(Christian Frölich [CDU]: Das haben wir doch auch gar nicht gesagt! Herr Henning, Sie müssen zuhören! - Sebastian Lechner [CDU]: Wir haben von Eigentum gesprochen! Das kann auch die eigene Wohnung sein!)

Es geht vor allen Dingen um preiswerten, bezahlbaren Wohnraum im Geschosswohnungsbau, im Mietwohnungsbau, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Und diese Wohnungen werden im urbanen und ländlichen Raum genauso benötigt wie in Ballungszentren - von Bad Harzburg bis nach Osnabrück.

(Beifall bei der SPD)

Die Ursachen der Misere hat Herr Minister Lies aufgeführt: Zinsanstieg, Baukostensteigerung, Ukraine-Krieg etc. Ich glaube, es ist an der Zeit, einmal deutlich darauf hinzuweisen, dass wir hier auch ein echtes Problem für die Bauwirtschaft haben. Das hat Herr Frölich auch gesagt. Das sehen wir genauso. Aber wer, wenn nicht die öffentliche Hand, ist jetzt gefordert, genau diese Bauwirtschaft anzukurbeln und den drohenden weiteren Abbau aufgrund des Fachkräftemangels zu bekämpfen?

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Meine Damen und Herren, Herr Frölich, wenn wir jetzt nicht handeln, dann passiert genau das, was Sie gesagt haben, nämlich, dass die Fachkräfte aus der Bauwirtschaft abwandern.

(Christian Frölich [CDU]: Das wird passieren!)

Dann werden wir es nicht in ein paar Jahren hinbekommen, die notwendigen Kapazitäten wiederaufzubauen. Deswegen müssen die Landesregierung und die Bundesregierung handeln. Die öffentliche Hand ist jetzt gefordert, weil die Privaten es nicht machen.

(Christian Frölich [CDU]: Ihr müsst die Impulse setzen!)

Sie haben es doch gerade selbst ausgeführt. Wer, wenn nicht die öffentliche Hand?

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt: Wir wollen Bauen schneller, einfacher und günstiger machen. Und da verstehe ich Ihre Aggressivität gegen diese Landeswohnungsgesellschaft überhaupt nicht.

(Christian Frölich [CDU]: Wir haben eine andere Idee dazu!)

Die Landeswohnungsgesellschaft ist eine Problemlösung von vielen, sie ist ein Baustein. Und niemand hat behauptet, dass wir die 1 600 Wohnungen mit 100 Millionen Euro schaffen. Sie werden auf 430 Millionen Euro gehebelt,

(Christian Frölich [CDU]: Das werden wir noch sehen!)

weil wir etwa 240 Millionen Euro Wohnraumförderkredite in Anspruch nehmen und 90 Millionen - das stand übrigens völlig falsch im *Rundblick*, schöne Grüße an die Presse! - private Immobilienkredite. Denn diese Gesellschaft ist kreditfähig am Markt, weil sie einen bestimmten Wert hat und Werte schafft.

> (Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN - Sebastian Lechner [CDU]: Das wird spannend werden!)

Deswegen verstehe ich überhaupt nicht, warum Sie die Landeswohnungsgesellschaft nicht als das akzeptieren,

(Christian Frölich [CDU]: Das haben wir sehr deutlich gemacht!)

was sie ist, nämlich ein Partner der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften,

(Christian Frölich [CDU]: Dann fragen Sie mal die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften!)

aber auch ein Partner der privaten Wohnungsbauunternehmen.

Wir wollen das mit ihnen zusammen machen. Die Aufgabe ist so riesengroß - wir nehmen ihnen doch nichts weg! Wir arbeiten mit ihnen zusammen, und es gibt schon erste Überlegungen auf kommunaler Ebene. Das ist Lüneburg, das ist Osnabrück. Dort soll es gemeinsame Projekte mit der neuen Landeswohnungsgesellschaft geben. Diese Landeswohnungsgesellschaft wird dafür sorgen, dass bezahlbarer Wohnraum entsteht.

Übrigens - was Sie völlig ausgeblendet haben - haben wir auch die Einkommensgrenzen für die Wohnberechtigungsscheine geändert. Der Polizist

und die Krankenschwester können dann - bzw. das können sie heute schon - Wohnberechtigungsscheininhaber sein. Das wissen die wenigsten. Sie können dann aber auch geförderten, bezahlbaren Wohnraum nach dem ersten oder zweiten Förderweg in Anspruch nehmen können.

(Christian Frölich [CDU]: Den gibt es aber ja nicht!)

Die Einkommensgrenzen sind derart heraufgesetzt worden, dass auch sozusagen der normale Arbeitnehmer, die normale Arbeitnehmerin in den Genuss dieser Förderung kommt.

(Beifall bei der SPD)

Eines will ich Ihnen auch noch ins Stammbuch schreiben, Herr Frölich - nicht Ihnen persönlich, aber Ihrer Partei: Sie brauchen uns nicht zu belehren. Sie haben 2004 die NILEG mit damals 30 000 Wohnungen verkauft.

(Sebastian Lechner [CDU]: 2004! - Gegenruf von Wiard Siebels [SPD]: Das ist jetzt unangenehm, ich weiß! - Weitere Zurufe von Christian Frölich [CDU] und Carina Hermann [CDU])

Den gleichen Fehler haben Sie in meiner Heimatstadt Osnabrück gemacht. Wir hatten die Osnabrücker Wohnungsbaugesellschaft mit 5 000 Wohnungen. Hätten Sie diese Fehler in Osnabrück und im Land nicht gemacht, hätten wir heute noch 5 000 Wohnungen im öffentlichen Bestand in Osnabrück und über 30 000 in Niedersachsen. Es hätte eine Weiterentwicklung gegeben, und wir hätten heute nicht ein derartig großes Problem.

(Ulf Thiele [CDU]: Die NILEG hat genau bewiesen, dass das nicht funktioniert, was Sie da propagieren!)

Übrigens, Herr Thiele, es war die größte Klatsche für die CDU: Wir hatten einen Bürgerentscheid in Osnabrück, und 75 % der Bürgerinnen und Bürger in Osnabrück haben sich für eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft entschieden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN - Sebastian Lechner [CDU]: Ja, wir sind auch für kommunale Wohnungsbaugesellschaften! Dagegen haben wir nichts! - Christian Frölich [CDU]: Das sind die regionalen Player!) Die Bürgerinnen und Bürger haben verstanden, worum es geht. Sie haben es aber noch nicht verstanden! Deswegen macht es Sinn, wenn wir auf Landesebene einen Partner für die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften schaffen.

(Christian Frölich [CDU]: Nein! Das ist nicht richtig!)

Wir machen das gemeinsam, weil der Markt und Ihre Ideologie der Privatisierung schlicht versagt haben. Wo ist eigentlich das Geld geblieben, das Sie damals eingenommen haben? - Das Geld ist heute weg, meine Damen und Herren!

(Zurufe von der CDU)

Wir müssen jetzt mit der Landeswohnungsgesellschaft genau das aufräumen, was Sie versäumt haben. Wenn Sie diesen Fehler nicht gemacht hätten, wären wir heute doch schon viel weiter.

> (Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Ich sage es noch mal: Diese Landeswohnungsgesellschaft wird nicht nur mit 100 Millionen Euro ausgestattet - übrigens werden wir das bei den Haushaltsberatungen weiter zu beraten haben -, sie wird natürlich weiteres Geld benötigen. Sie wird aber auch den Wohnraumförderfonds in Anspruch nehmen, und auch den haben wir bei diesen Haushaltsberatungen noch einmal mit 127 Millionen Euro Landesmitteln ausgestattet, um die Bundesmittel kozufinanzieren.

Meine Damen und Herren, der zweite Bereich der Wohnraumförderung wird die "Umbauordnung" sein. Ich muss sagen, da stelle ich eine große Einigkeit fest. Wir werden das serielle und modulare Bauen dadurch fördern, dass wir zum Beispiel die Typengenehmigungen, die in anderen Bundesländern vorgenommen worden sind, hier in Niedersachsen anerkennen. Das heißt, wir haben hier einen Beitrag zum Bürokratieabbau. Es wird einfacher erfolgen.

Der Gebäudetyp E, den die Bayerische Architektenkammer einmal entworfen hat, wird hier in Niedersachsen führend sein. Wir brauchen nicht so viel Trittschalldämmung. Wir können die Standards absenken. Wir brauchen keine zweischaligen Mauerwerke in Treppenhäusern und dergleichen mehr. Der Gebäudetyp E als Experimentierklausel für Architekten - die dann übrigens von der Haftung freigestellt werden müssen - ist eine vernünftige Maßnahme und wird das Bauen nach unseren Überlegungen noch einmal um bis zu 20 % verbilligen. (Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Die Verfahrensbeschleunigung, das Einfach-Machen, das Einfacher-Machen, beispielsweise durch die digitale Bauakte, ist auf den Weg gebracht. Wir haben etwas über die Genehmigungsfiktion gehört. Innerhalb von drei Monaten werden Bauanträge zukünftig genehmigt sein, sofern die Unterlagen vorliegen. Alles das wird dazu führen, dass man Bauen einfacher und schneller macht.

Der Bund hat die energetischen Standards übrigens abgesenkt. Die KfW-Förderung für EH 40 wurde ausgesetzt.

(Christian Frölich [CDU]: Aber die Förderprogramme fehlen!)

Das ist eine sinnvolle Maßnahme. Denn man sollte es mit der Dämmung auch nicht überziehen. Es ist sinnvoller, die vorhandenen Investitionsmittel beispielsweise in direkte Maßnahmen wie PV-Anlagen oder Wärmepumpen zu stecken, als die energetischen Standards zu überziehen.

Die Brandschutzanforderungen werden über den zweiten Rettungsweg vereinfacht. Die Anforderungen zur Barrierefreiheit werden erhalten. Allerdings werden keine Aufzüge benötigt, wenn man zum Beispiel um zwei Geschosse aufstockt. Auch das ist eine sinnvolle Maßnahme. Wer weiß, was Aufzüge kosten, der weiß, dass es hier zu einer Kostenreduktion kommt.

Ein großes Thema - ich bin auf die Debatte gespannt; das werden wir auch noch in der SPD-Fraktion diskutieren müssen - ist die Stellplatzverpflichtung. Ich glaube, dass gerade in Ballungszentren häufig nicht der Platz vorhanden ist, um bei Neubauten entsprechende Stellplätze zu schaffen. Deswegen sind die Überlegungen des Bauministeriums, von einer Stellplatzverpflichtung am Ende abzusehen, durchaus sinnvoll - abgesehen davon, dass ein Tiefgaragenstellplatz heute etwa 30 000 Euro kostet. Es ist also ein echter Beitrag zur Kostensenkung, wenn man den Stellplatz nicht bauen muss.

(Christian Frölich [CDU]: Das ist auf der kommunalen Ebene ein Riesenproblem!)

Der Dachgeschossausbau wird demnächst auch in innerstädtischen Wohngebieten genehmigungsfrei gestellt. Die Genehmigungsfiktion habe ich schon angesprochen. Das zentrale Element wird sein:

Wenn ein älteres Gebäude aufgestockt bzw. erweitert werden soll, dann müssen die Erweiterungsflächen nur dem Standard entsprechen, der dem Altbaubestand entspricht. Auch das wird die Baukosten erheblich reduzieren. Das ist, wie es der Kollege schon gesagt hat, eine sehr mutige "Umbauordnung", die das Bauen vereinfacht, beschleunigt und kostengünstiger macht.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns das Thema in den nächsten Monaten gemeinsam diskutieren. Bei der "Umbauordnung" sehe ich eine große Gemeinsamkeit. Bei der Landeswohnungsgesellschaft hoffe ich auf Ihre Einsichtsfähigkeit in den nächsten Monaten. Sie werden sehen, dass diese Wohnungsgesellschaft zusammen mit den kommunalen und auch den privaten Partnern dieses Land voranbringen und endlich bezahlbaren Wohnraum in diesem Land schaffen wird.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Kollege Henning. - Als Nächstes hat sich für die Fraktion der AfD der Kollege Najafi zu Wort gemeldet. Bitte schön!

(Beifall bei der AfD)

#### Omid Najafi (AfD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Und auch Herr Minister Lies! Die Novellierung der Niedersächsischen Bauordnung ist ein winziger Schritt in die richtige Richtung. Doch nach dem Paretoprinzip sollten Sie Ihren Fokus auf den Hauptgrund für das Einbrechen des Baugewerbes richten. Denn laut dem Statistischen Bundesamt hat sich der Preis für Zement um 41 % erhöht gegenüber dem letzten Jahr, für Beton um 28 %, für Bausand um 22 %, und Mörtel liegt preislich um 18 % höher.

Wird nun eine leichte Beschleunigung eines Baugenehmigungsverfahrens diese Preise wieder senken? Baustoffe sind in der Produktion sehr energieintensiv.

(Frank Henning [SPD]: Wir werden die Standards absenken!)

Um die Kosten zu senken, müssen Sie für niedrige Energiepreise sorgen. Dass wir Ihnen dieses simple Einmaleins immer wieder erklären müssen, ist schon ein Armutszeugnis.

(Beifall bei der AfD)

Falls Sie es schaffen sollten, die Inflation auf 2 % zurückzubringen, sodass die Europäische Zentralbank die Zinsen wieder senkt, um das kreditfinanzierte Bauen wieder günstiger zu gestalten, so werden Sie auf der anderen Seite die Kosten für CO<sub>2</sub> - sprich: die Besteuerung von Luft - weiter erhöhen, sodass jegliches Bauen wieder unwirtschaftlich wird.

(Beifall bei der AfD)

Das Baugewerbe, die Automobilindustrie, die Chemieindustrie, die Metallurgie, die Herstellung von Papier und Arzneimitteln, die Landwirte, die Handwerker, selbst die Müllentsorgung - all das torpedieren Sie nicht nur, Sie vernichten sie mit Ihrer CO<sub>2</sub>-Politik!

Und wissen Sie, wer es Ihnen gleichtut? - Niemand! Niemand außer der EU. Der Weltklimagipfel hat es erneut gezeigt. Wir sind zum Gespött der Welt geworden - dank Ihnen. Niemand nimmt uns mehr ernst. Niemand kann uns mehr ernst nehmen aufgrund Ihrer Politik. Selbst innerhalb der EU begeht kein Land mit so einer tugendhaften Sorgfalt wirtschaftlichen Selbstmord, wie Sie es tun.

(Beifall bei der AfD)

Immerhin die Tugendhaftigkeit zeichnet Sie aus.

Ein weiterer Aspekt für den Mangel an Wohnraum ist folgender Fakt: Wir haben in Deutschland seit 2014 einen Bevölkerungszuwachs um über 3 Millionen Menschen erfahren - allein in Niedersachsen sind es über 300 000 - durch illegale Migration. Die SPD, die CDU, die Grünen, die FDP, die Linken - das sind die Parteien der illegalen Migration.

(Zuruf von Frank Henning [SPD])

Illegale Migranten, Herr Henning, brauchen Wohnraum.

(Frank Henning [SPD]: Kein Mensch ist illegal!)

Ich habe noch Hoffnung, dass Sie es jetzt schaffen, eins und eins zusammenzuzählen.

Herr Minister Lies, Sie haben ja die Niedersächsische Verfassung erwähnt. Artikel 16a des Grundgesetzes definiert, wer Anrecht auf Asyl hat, und § 18 Abs. 2 des Asylgesetzes, dass nicht jeder Asylsuchende einreisen darf.

Wie Sie sehen, gibt es vier offensichtliche Lösungen, um Wohnraum zu schaffen: Erstens. Die Energiepreise senken! Zweitens. Die weltweit einzigar-

tige CO<sub>2</sub>-Politik beenden! Drittens. Illegale Migration stoppen! Viertens. Ausreisepflichtige auch wirklich ausweisen!

(Beifall bei der AfD)

So sähe eine demokratische Regierung aus, die sich durch Rechtsstaatlichkeit und Vernunft auszeichnet. Die CDU hat ja bereits einige Forderungen der AfD eins zu eins übernommen, um damit auf Stimmenfang zu gehen. Ihre Umfragewerte steigen ja auch nur, solange Sie wie die AfD argumentieren.

Deshalb kann ich Ihnen nur ans Herz legen: Wenn in zehn Jahren in diesem Land nicht nur das Baugewerbe, sondern auch gesamtwirtschaftlich noch etwas übrigbleiben soll, dann seien Sie rechtsstaatlich, seien Sie demokratisch, seien Sie vernünftig, seien Sie wie die AfD!

Nehmen Sie diesen Gedanken mit ins neue Jahr! Ich wünsche Ihnen einen guten Rutsch und eine schöne Weihnachtszeit.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Kollege Najafi. - Es gibt den Wunsch der Kollegin Schröder-Köpf, auf Ihren Redebeitrag eine Kurzintervention abzugeben. Bitte schön!

(Klaus Wichmann [AfD]: Herr Präsident, in der Fragestunde gibt es keine Kurzintervention!)

- In der Aussprache schon!

#### Doris Schröder-Köpf (SPD):

Es wäre schön gewesen, wenn ich hätte fragen können, als Sie noch am Pult gestanden haben.

Sie sind ja immer sehr zahlenlastig. Können Sie eine Zahl nennen, wie viele Personen mit Migrations- bzw. Zuwanderungsgeschichte im Baubereich tätig sind?

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Herr Kollege Najafi, möchten Sie - es war ja eher eine Frage - reagieren? - Bitte schön!

#### Omid Najafi (AfD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Schröder-Köpf, ich habe zwar keine Zwischenfrage zugelassen, aber ich beantworte sie trotzdem.

Herr Minister Lies hat es selbst gerade gesagt: Es gibt dazu gar keine Statistik.

(Minister Olaf Lies: Das habe ich überhaupt nicht gesagt!)

Dann machen Sie doch mal eine Statistik, und dann können wir auch darüber reden.

Danke.

(Beifall bei der AfD)

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank. - Als Nächstes hat sich für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Kollege Sachtleben zu Wort gemeldet. Bitte schön!

(Beifall bei den GRÜNEN)

### Heiko Sachtleben (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine lieben Kolleg\*innen! Da ich ja etwas mehr Zeit habe, kann ich anders anfangen, als ich es eigentlich wollte.

Herr Najafi, Sie haben mich gestern gefragt, wann Sie mal an der Sache vorbei gesprochen hätten. Ich kann Ihnen sagen: Eben gerade haben Sie das Beispiel geliefert, wie etwas absolut an der Sache vorbeiging.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wäre Ihr Vortrag ein mündliches Referat in der Mittelstufe unserer Schulen gewesen, hätte die Lehrkraft zu Ihnen gesagt: Herr Najafi, setzen! Sechs! - Das musste ich hier einfach mal loswerden.

(Zurufe von der AfD)

Zurück zur eigentlichen Frage, zurück zur Sache.

Welchen Weg Niedersachsen beschreitet, um den Herausforderungen auf dem Wohnungsmarkt zu begegnen, ist schwierig zu beantworten. Denn Niedersachsen, geleitet von einer soliden rot-grünen Regierung, geht nicht nur einen Weg. Es ist ein ganzes Wegenetz, das gerade jetzt geschaffen wird, das wir zur Problemlösung gehen werden.

Geld alleine wird diese Probleme nicht lösen, die wir auf dem Wohnungsmarkt haben. Stattdessen gibt es aber die Möglichkeit, die Rahmenbedingungen zu verbessern und zu verändern. Das meint ganz klar, zu vereinfachen und damit zu beschleunigen. Bauen ist zurzeit zu kompliziert, bauen ist zu langsam, und bauen ist zu teuer.

Dass die Inflation die Kosten treibt, ist klar, und dass damit Rohstoffe und Energie deutlich teurer werden, ist offensichtlich. Das lösen wir aber nicht in Niedersachsen alleine.

Die Situation auf dem Wohnungsmarkt und auf den Baustellen können wir aber sehr wohl von heute auf morgen verbessern. Wir, liebe Kolleg\*innen, entscheiden hier in diesem Haus über die Niedersächsische Bauordnung. Ich bin sehr froh und dankbar, dass das MW unter der Leitung von Olaf Lies in der letzten Woche angefangen hat, diese Novelle der NBauO auf den Weg zu bringen, die das Bauen wieder vereinfacht.

Wenn Bauunternehmer\*innen oder Architekt\*innen "Novellierung der NBauO" hören, dürfte es ihnen erstmal kalt über den Rücken laufen. Denn eine Novellierung hieß in der Vergangenheit stets: strengere Regeln, höhere Ansprüche und damit kompliziertere und teurere Verfahren. Damit ist jetzt Schluss! Wir machen Bauen wieder einfach!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Das fängt damit an, dass der Gebäudetyp E Einzug in die NBauO findet und damit ein einfacheres Anforderungsprofil von DIN-Normen. Der Gebäudetyp E bietet Raum zum Probieren, nicht nur mit verschiedenen Bauarten, sondern - das wird oft vernachlässigt - auch zum Experimentieren mit neuen Formen des wohnungssoziologischen Zusammenlebens, und somit für Innovation.

Denn auch das ist ein ganz wichtiger Fakt: Bauen bedeutet nicht nur Stein auf Stein und Wohnraum, sondern Bauen bedeutet auch, Lebensräume und Wohnräume zu schaffen. Wir müssen gerade in den Städten und in den Randgebieten der Städte dafür sorgen, dass wir nicht nur Wohn- und Schlafräume haben, sondern dass wir wieder Räume des Zusammenlebens haben. Das können wir durch den Gebäudetyp E endlich mal ausprobieren.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Aber auch andere zur Last gewordene Regeln weichen und machen Platz für modernes Bauen. So entfällt - das ist nun schon oft gesagt worden - die Stellplatzpflicht. Ich denke, darüber werden wir noch eine Menge diskutieren. Es fällt aber nicht nur die Stellplatzpflicht für Pkw, sondern gleichzeitig

müssen wir auch dafür sorgen, dass eine andere Mobilität in unseren Städten Platz hat. Wenn wir in Städten mehr auf das Fahrrad setzen, dann müssen wir auch dafür sorgen, dass wir dafür Abstellräume bekommen. Wir sehen bei unseren Nachbar\*innen in Dänemark und Holland, wie eine geregelte Fahrradparkplatzsituation geschaffen werden muss, damit diese Mobilität funktionieren kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Durch den Wegfall der Stellplatzpflicht wird nicht nur Geld beim Bauen gespart, sondern werden auch Umnutzungen im bereits verdichteten Raum attraktiver.

Außerdem - das ist mir besonders wichtig - erhalten wir eine "Umbauordnung". Abreißen und neu bauen ist extrem klimaschädlich und sollte immer das letzte Mittel sein. Damit aber auch alte Immobilien brauchbar bleiben und zeitgleich mehr Wohnfläche entsteht, brauchen wir die "Umbauordnung". Diese kann man so zusammenfassen: Dabei wird gelten, ein Gebäude muss nach dem Umbau nicht mehr können, als es vor dem Umbau konnte. Es wird also einfacher und deutlich attraktiver, weitere Stockwerke auf Gebäude aufzusetzen.

Natürlich gibt es auch noch weitere Änderungen. Darüber werden wir im Fachausschuss sicherlich sehr ausführlich diskutieren; denn - wie ich eingangs sagte - es gibt nicht nur einen Weg, sondern eine Vielzahl von Wegen. Dazu gehört auch - ich muss es wieder sagen, auch wenn die Opposition dies ungern hört - die Landeswohnungsgesellschaft.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Sie können sich sicher sein: Wir werden heute nicht den Beschluss fassen, dass wir diese Gesellschaft nicht gründen werden.

(Christian Frölich [CDU]: Noch habt ihr die Chance! - Sebastian Lechner [CDU]: Es ist noch nicht zu spät!)

- Ich verstehe ja Ihren Unmut. Ich an Ihrer Stelle würde auch nicht gerne die ganze Zeit über meine Fehler hören. Dieser Fehler war nun mal der Verkauf der Landeswohnungsgesellschaft.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Es ist kein Argument, dass das vor 20 Jahren war. Dass das vor 20 Jahren geschehen ist, ist eigentlich ein weiteres Argument dafür, wie schlecht das war;

denn wir hätten 20 Jahre mehr Wohnraum im Besitz des Landes, und wir hätten 20 Jahre mehr Wertschöpfung gehabt. Das muss man sich auch mal vor Augen führen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wir stecken 100 Millionen Euro in die Landeswohnungsgesellschaft. Natürlich sind 100 Millionen Euro die Startkapitalisierung einer Gesellschaft. Jede Gesellschaft, egal ob es eine Baugesellschaft oder eine sonstige wirtschaftliche Gesellschaft ist, baut ihr Kapital natürlich auf und wird nachkapitalisiert. Das werden wir natürlich auch bei der Landeswohnungsgesellschaft brauchen. Aber dieses Geld ist nun mal eine Investition in die Zukunft unseres Landes.

Ich kann gleich dazusagen: Ganz ehrlich, die Idee der CDU, die Grunderwerbsteuer zu halbieren und so das Bauen attraktiver zu gestalten, weise ich ganz entschlossen zurück. Wir haben bei allem, was unser Finanzminister und sein Team vorgelegt haben, eine angespannte Haushaltssituation. In dieser Situation die Steuereinnahmen mit solch einer sinnlosen Maßnahme noch weiter zu belasten, das ist wirklich absurd.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ich kann Ihnen nur sagen: Mit uns wird das Bauen einfacher. Mit uns wird das Bauen günstiger.

Da ja Weihnachten vor der Tür steht, wünsche ich mir, dass wir im Fachausschuss zu der eigentlich konstruktiven Gesprächsführung zurückkommen, die wir haben. Denn das Thema, Wohnraum zu schaffen, ist eigentlich viel zu schade, als dass wir hier immer solch ein Spektakel aufführen.

Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Kollege Sachtleben.

Noch einmal zur Klarstellung, bevor wir zur nächsten Anfrage kommen: In der Aussprache zur Fragestunde gibt es die Möglichkeit der Zwischenfrage. Dazu hatte sich Frau Kollegin Schröder-Köpf gemeldet. Die Kurzintervention ist für diesen Tagesordnungspunkt ausgeschlossen. Ein Blick in die Geschäftsordnung erleichtert an dieser Stelle die Rechtsfindung - auch für mich.

Wir kommen zu:

b) Wie steht die Landesregierung zur Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts? - Anfrage der Fraktion der CDU - Drs. 19/3035

Diese Anfrage wird eingebracht für die Fraktion der CDU von der Frau Kollegin Butter. Bitte schön!

(Beifall bei der CDU)

# Birgit Butter (CDU):

Werter Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich bringe für die CDU-Fraktion die folgende Anfrage ein:

"Wie steht die Landesregierung zur Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts?"

Im Bundestag wurde am 30. November 2023 der Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts in erster Lesung behandelt. Der Gesetzentwurf sieht unter anderem vor, die Mehrstaatigkeit generell zuzulassen und die Voraufenthaltszeiten für eine Einbürgerung zu verkürzen. So soll der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit künftig schon nach fünf statt wie bisher nach acht Jahren möglich sein. Bei besonderen Integrationsleistungen soll die Voraufenthaltszeit auf bis zu drei Jahre verkürzt werden können.

Laut Einbürgerungsstatistik für das Jahr 2022 haben in Niedersachsen 13 435 Personen die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten.

Im Namen der CDU-Landtagsfraktion frage ich die Landesregierung:

- 1. Welche eigenen Änderungsvorschläge mit welchen Inhalten hat die Landesregierung im Bundesrat im Verfahren nach Artikel 76 Abs. 2 Grundgesetz in den Ausschüssen auf den Weg gebracht?
- 2. Welche Rolle spielt nach Ansicht der Landesregierung die Einbürgerung bei der Frage der Integration?
- 3. Mit wie vielen zusätzlichen Einbürgerungen rechnet die Landesregierung in Niedersachsen nach Inkrafttreten des neuen Staatsangehörigkeitsrechts?

(Beifall bei der CDU)

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Frau Kollegin Butter. - Zur Beantwortung hat sich für die Landesregierung Frau Ministerin Behrens gemeldet. Bitte schön!

Daniela Behrens, Ministerin für Inneres und Sport:

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Koalitionsvertrag zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP auf Bundesebene sieht vor, ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht zu schaffen und es damit auch an die Erfordernisse einer modernen Einwanderungsgesellschaft, die Deutschland ist, anzupassen. Hintergrund ist, dass das bisherige deutsche Staatsangehörigkeitsrecht nicht ausreichend darauf ausgerichtet ist, die Bedürfnisse von Menschen mit Einwanderungsgeschichte angemessen zu berücksichtigen und Anreize für Integrationsleistungen zu setzen.

Durch die Modernisierung des Staatsangehörigkeitsgesetzes sollen die richtigen Rahmenbedingungen geschaffen werden, um Einbürgerungsbewerberinnen und -bewerbern mit der Einbürgerung eine umfassende Teilhabe und Mitwirkung zu eröffnen. So sieht der Gesetzentwurf zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts unter anderem die generelle Hinnahme von Mehrstaatigkeit und eine Vereinfachung des Weges zum Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit vor, indem die erforderliche Aufenthaltsdauer im Inland künftig verkürzt werden soll. Eine Einbürgerung soll somit künftig in der Regel nach fünf Jahren möglich sein.

Die Niedersächsische Landesregierung unterstützt die beabsichtigte Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts. Es handelt sich hierbei um eine wichtige Änderung im Sinne der Menschen, die sich hier aktiv einbringen, hier ihren Lebensmittelpunkt haben und schon lange in Deutschland leben und sich hier engagieren. Die Reform hilft den Frauen und Männern, die integriert sind, die hier leben und arbeiten, oft auch hier geboren sind, aber von politischer Mitbestimmung und gesellschaftlicher Mitgestaltung ausgeschlossen sind, weil sie keinen deutschen Pass besitzen. Für diese Menschen ist das Gesetz ein wichtiges Signal: Ihr gehört zu uns, ihr seid Teil unserer Gesellschaft mit allen Rechten und Pflichten!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Daher stellen die neuen Regelungen ein faires Angebot für Menschen dar, die hier seit Langem leben und ein fester Bestandteil unserer Gesellschaft sind. Darüber hinaus werden auch viele Deutsche profitieren: Sie verlieren nicht länger ihre deutsche Staatsbürgerschaft, wenn sie eine andere Staatsangehörigkeit dazu nehmen.

Ohne Einwanderungen in den Arbeitsmarkt - auch das gehört dazu - werden wir in Deutschland künftig nicht auskommen. Deswegen brauchen wir Menschen, die nach Deutschland kommen, hier arbeiten und Steuern und Sozialversicherungsbeiträge zahlen. Daher ist natürlich auch vor diesem Hintergrund das Staatsangehörigkeitsgesetz in einer novellierten Form ein wichtiger Punkt, um genau das zu erreichen.

Gleichzeitig ist eines völlig klar: Personen mit antisemitischer, rassistischer oder sonstiger menschenverachtender Einstellung können keinen Anspruch auf Einbürgerung haben.

(Beifall bei der SPD)

Daher begrüße ich, dass ein entsprechender Passus in die Novelle des Staatsangehörigkeitsrechts aufgenommen wurde, nämlich in § 10 Abs. 1 Satz 3.

Dieser Absicht folgend, hat die Konferenz der Innenminister und Innenministerinnen der Länder in der vergangenen Woche beschlossen, das Bundesministerium des Innern und für Heimat um Prüfung zu bitten, ob neben diesem Ausschlussgrund für den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit auch ein korrespondierender Verlustgrund in das Staatsangehörigkeitsgesetz aufgenommen werden kann. Und auch bei Mehrstaatern, die wegen der Bildung terroristischer Vereinigungen oder einer sonstigen schweren staatsgefährdenden Straftat rechtskräftig verurteilt werden, müssen alle erforderlichen rechtlichen Möglichkeiten geprüft und genutzt werden, damit diese Personen ihre deutsche Staatsangehörigkeit verlieren. In solchen Fällen wird unser wehrhafter Rechtsstaat klare Grenzen ziehen und konsequent gegen diese Personen vorgehen. Dies haben wir mit dem Beschluss auf der IMK bekräftigt.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu Frage 1: Die Landesregierung hat in der 1016. Sitzung des Ausschusses für Innere Angelegenheiten des Bundesrates am 5. Oktober dieses Jahres insgesamt vier Anträge gestellt, die alle in die Ausschussempfehlung und in die Stellungnahme des Bundesrates zum Gesetzentwurf aufgenommen worden sind.

Dabei geht es im Einzelnen um folgende Anträge:

Erstens: Für rechtswidrig erteilte Beibehaltungsgenehmigungen soll es bei der bestehenden Rück-

nahmemöglichkeit bleiben. Mit dem sofortigen Entfall der Möglichkeit zur Rücknahme einer rechtswidrigen Beibehaltungsgenehmigung wird die oder der Täuschende bessergestellt als diejenige Person, die im Rahmen der Einbürgerungsverfahren nicht getäuscht hat und vor Inkrafttreten des modernisierten Staatsangehörigkeitsgesetzes die deutsche Staatsangehörigkeit wegen Versagens einer Beibehaltungsgenehmigung verloren hat. Auch wenn diese Besserstellung angesichts der tatsächlichen Zahlen wohl eher theoretischer Natur ist, sollte sie aus grundsätzlichen Erwägungen verhindert werden.

Der zweite Antrag Niedersachsens hat sich mit dem Vorschlag zur Neubekanntmachungserlaubnis beschäftigt. Die Neubekanntmachungserlaubnis bezieht sich auf die ab dem vollständigen Inkrafttreten geltende Fassung des Staatsangehörigkeitsgesetzes. Da dies jedoch abhängig von der Bekanntmachung des Vorliegens der technischen Voraussetzungen für eine Datenübermittlung in den Verfahren zur Sicherheitsprüfung nach § 37 Abs. 2 ist, kann derzeit kein eindeutiger zeitlicher Bezugspunkt für die Neubekanntmachungserlaubnis getroffen werden. Die Neubekanntmachungserlaubnis wäre daher nicht ausführbar und sollte gestrichen werden.

Der dritte Antrag Niedersachsens ist im Hinblick darauf gestellt worden, dass es den kommunalen Staatsangehörigkeitsbehörden auch möglich sein muss, die Neuregelungen im Rahmen der Einbürgerung umsetzen zu können. Dazu braucht es eine gewisse Vorbereitungszeit, um vor Ort die fachlichen, aber auch die personellen Voraussetzungen schaffen zu können. Daher ist ein späteres Inkrafttreten des Gesetzes dringend notwendig - das ist der Vorschlag aus Niedersachsen gewesen, der angenommen worden ist -, um die kommunalen Staatsangehörigkeitsbehörden in die Lage zu versetzen, das novellierte Gesetz vernünftig auszuführen. Wir haben vorgeschlagen, dass das Gesetz frühestens drei Monate nach dessen Verkündigung in Kraft treten soll. Ziel ist, dass die Staatsangehörigkeitsbehörden genügend Vorlaufzeit haben, um beispielsweise organisatorische Vorbereitungen, wie die Überarbeitung von Antragsformularen und Informationen für Antragstellende, durchzuführen.

Der vierte Antrag Niedersachsens zum Gesetzentwurf beschäftigt sich mit dem § 37. Dabei geht es um ein einheitliches, digital abzuwickelndes Beteiligungsverfahren zur Verbesserung und Beschleunigung der Sicherheitsüberprüfung. Der Änderungsantrag aus Niedersachsen sieht vor, dass die Länderbeteiligung frühzeitig passiert, damit wir bei der Einführung des neuen Verfahrens zur Beteiligung der Sicherheitsbehörden des Bundes, aber auch der Länder alle technischen und organisatorischen Voraussetzungen erfüllen können.

Das waren die vier Änderungsanträge.

Zu Frage 2: Eine Einbürgerung führt dazu, dass Ausländerinnen und Ausländer, die bereits gut integriert sind, aktiv das gesellschaftliche Zusammenleben mitgestalten können, was ihnen vorher zum Teil verwehrt gewesen ist. Somit ist die Einbürgerung zentral für eine echte und gelingende Integration dieser Menschen. Die Modernisierung des Staatsangehörigkeitsgesetzes ist also ein weiterer wesentlicher Schritt für eine offene und zukunftsorientierte Einwanderungs- und Integrationspolitik. Es ist ein zentraler Baustein, die richtigen Rahmenbedingungen für eine wirkliche Teilhabe und Mitwirkung zu schaffen und den Bedürfnissen der Menschen, die seit Jahren in Deutschland leben, arbeiten und hier integriert sind, angemessen Rechnung zu tragen. Zu dieser Teilhabe gehört zum Beispiel auch das aktive und passive Wahlrecht, das einem erst durch die Übernahme der Staatsangehörigkeit zusteht.

Zu Frage 3: Die Anzahl der Anträge auf Einbürgerung wird vermutlich steigen. Davon gehen wir aus. Insbesondere durch die Aufgabe des Grundsatzes der Vermeidung von Mehrstaatigkeit wird ein wesentliches Hindernis für die Einbürgerung vieler Ausländerinnen und Ausländer beseitigt. Das Einbürgerungsverfahren wird nicht nur aufgrund der hiermit eingeführten Verfahrenserleichterungen attraktiver. Auch die Tatsache, dass Ausländerinnen und Ausländer nach der Rechtsänderung die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten, ohne den Bezug zu ihren Herkunftsländern durch die Aufgabe ihrer bisherigen Staatsangehörigkeit komplett zu kappen, wird zu mehr Einbürgerungsanträgen pro Jahr führen. Wie sich die Anzahl der jährlichen Einbürgerungsverfahren nach der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts aber tatsächlich entwickelt, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht seriös konkret für Niedersachsen beziffert werden. Aber wir gehen von einem starken Anstieg der Anträge aus.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Es gibt den Wunsch nach Zusatzfragen. Die erste stellt für die Fraktion der CDU Frau Kollegin Butter. Bitte schön!

(Beifall bei der CDU)

# Birgit Butter (CDU):

Werter Präsident! Frau Ministerin, anknüpfend an Ihre Ausführungen zur letzten Frage frage ich: Wie will die Landesregierung nach Abschaffung des Prinzips der Vermeidung von Mehrstaatigkeit sicherstellen, dass ausländische Staaten nicht zunehmend Einfluss auf das politische Geschehen in Deutschland nehmen und ausländische Konflikte nicht zunehmend auf deutschen Straßen ausgetragen werden?

(Beifall bei der CDU - Sebastian Lechner [CDU]: Eine sehr gute Frage!)

Daniela Behrens, Ministerin für Inneres und Sport:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts hat ja zum Ziel, dass diejenigen, die schon viele Jahre hier leben und integriert sind, sich auch als Deutsche fühlen können, um hier ihre Heimat zu finden, ohne ihre andere Heimat zu verlieren oder vergessen zu müssen. Ich glaube, das ist ein wichtiges Ziel auch angesichts dessen, wie wir zum Beispiel auf die Gastarbeitergeneration und deren Lebensleistung für unser Land gucken.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Daher ist dieser Ansatz, glaube ich, nicht zu kritisieren.

Wir gehen nicht davon aus, dass sich durch die Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts die Sicherheitslage in Niedersachsen und in Deutschland - so habe ich Sie verstanden - verschlechtert oder es ausländische Einflüsse auf politische Entscheidungen in Deutschland und in Niedersachsen geben würde.

Wir haben ein Strafrecht, das sich ja nicht dadurch verändert. Wir haben ein Versammlungsrecht, das sehr klar formuliert, wer sich hier wie verhalten kann, um Meinungs- und Versammlungsfreiheit zu genießen. Sie sehen ja auch seit diesem schrecklichen Anschlag der Hamas auf Israel am 7. Oktober, dass es gut funktioniert und dass wir das gut im Griff haben.

Daher können wir aus Sicht des Innenministeriums keine Gefährdung durch die Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts erkennen.

> (Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die zweite Zusatzfrage für die Fraktion der CDU stellt ebenfalls Frau Kollegin Butter. Bitte schön!

# Birgit Butter (CDU):

Werter Herr Präsident! Frau Ministerin, Sie hatten es in Ihren Ausführungen angerissen. Aber weil es für die CDU besonders wichtig ist, möchte ich Sie noch einmal fragen: Wie steht die Landesregierung zu dem Vorschlag, bei Doppelstaatlern die Möglichkeit des Entzugs der deutschen Staatsbürgerschaft vorzusehen, wenn es nach der Einbürgerung zu antisemitischen Straftaten kommt?

(Beifall bei der CDU)

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Frau Ministerin!

Daniela Behrens, Ministerin für Inneres und Sport: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das hat die Konferenz der Innenministerinnen und Innenminister in der letzten Woche noch einmal bekräftigt. Es ist ein ganz wichtiger Punkt bei der Novellierung des Staatsangehörigkeitsrechts, dass man, wenn es nachträgliche Erkenntnisse gibt, dass ein Einbürgerungsbewerber oder eine Einbürgerungsbewerberin gelogen und sich im Grunde die Staatsangehörigkeit erschlichen hat, dies heilen und die Erteilung der Staatsangehörigkeit widerrufen kann.

Wir warten jetzt die Endfassung der Novelle des Staatsangehörigkeitsrechts ab. Die Bundestagsfraktionen von SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen diskutieren noch darüber. Die Überprüfung, ob das gelingt, ist letztlich erst möglich, wenn das Gesetz auch wirklich in den Bundestag eingebracht worden ist.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

# Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank. - Die erste Zusatzfrage für die Fraktion der AfD stellt der Kollege Moriße. Bitte schön!

(Beifall bei der AfD)

#### Thorsten Paul Moriße (AfD):

Herr Vizepräsident! Meine Damen und Herren! Frau Innenministerin! "Kommen Sie 2025 wieder", heißt es in einem Artikel der *Zeit* vom 23. August 2023. Es geht um die deutschen Einbürgerungsstellen. Bereits jetzt sind die Behörden mit den Einbürgerungsanträgen vollkommen überlastet, und mit der Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft wird die Arbeitsbelastung weiter zunehmen. Wie werden Sie diese Problematik lösen, oder lassen Sie auch hier die Kommunen im Regen stehen?

(Beifall bei der AfD)

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Frau Ministerin!

Daniela Behrens, Ministerin für Inneres und Sport:

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein Haus lässt die Kommunen nie im Regen stehen, denn wir sind auch Kommunalministerium, und wir arbeiten sehr gut und sehr eng mit den Kommunen zusammen. Wir sind Partner der Kommunen. Die Kommunen verstehen sich auch als unsere Partner. Daher werde ich das nicht so stehen lassen. - Das zum Ersten.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Zweitens - so habe ich Sie verstanden, und das ist auch gar nicht von der Hand zu weisen -: Den kommunalen Behörden werden durch die Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts mehr Anträge vorliegen. Es werden mehr Ausländerinnen und Ausländer einen Einbürgerungsantrag stellen, weil sie, wenn es so kommt, künftig ihre andere Staatsangehörigkeit nicht mehr aufgeben müssen. Das war ja bisher ein Haupthindernis, sich um die deutsche Staatsangehörigkeit zu bewerben, wenn ich schon viele Jahre hier lebe, hier arbeite und eigentlich auch hier mein Zuhause gehabt habe.

Es ist also davon auszugehen, dass die Kommunen erheblich mehr Anträge zu bearbeiten haben, und das in einer Zeit, in der sie ohnehin maximal belastet sind. In vielen Bereichen bestehen sehr große Herausforderungen für die Kommunen, im Bereich der Ausländerbehörden, auch im Bereich des Sozialamts - Stichwort "Wohngeldanträge" - und in vielen anderen Bereichen. Die Kommunen sind also gerade maximal belastet, und auch sie haben wie alle Bereiche der Landesverwaltung und auch der Wirtschaft ein Fachkräfteproblem und den demografischen Wandel zu organisieren, da in den

nächsten Jahren viele, die jetzt beschäftigt sind, in den wohlverdienten Ruhestand gehen werden.

Daher werden wir mit den Kommunen sehr intensiv darüber diskutieren, wie wir sie unterstützen können, was wir tun können, um die Umsetzung des Gesetzes zu erleichtern. Es wird sicherlich auch Hinweise aus meinem Haus geben, um die Abarbeitung und auch die Durchführung der Einbürgerungsverfahren zu erleichtern. Das ist ja der übliche Weg. Aber ich werde nicht müde, an jeder Stelle, wo ich kann, dafür zu werben, dass man auch bei den neuen Anträgen Geduld haben muss, dass das keine Anträge sind, die innerhalb weniger Wochen beschieden werden können.

Wir brauchen also Geduld. Das gilt auch für jene, die auf die deutsche Staatsangehörigkeit warten und jetzt einen Antrag stellen. Die Kommunen sind, wie gesagt, maximal belastet, und einfache Antworten, bei denen man einfach "schnipp" macht, und alles geht ganz schnell, wird es nicht geben. Und auch die Gesellschaft braucht Geduld. Aber wichtig ist, dass man sich um eine deutsche Staatsangehörigkeit bewerben kann und dass man auch eine Chance hat, sie zu bekommen. Die Kommunen werden das so gut umsetzen, wie sie können.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank. - Frau Kollegin Diallo-Hartmann, Sie haben sich zu Wort gemeldet, aber nicht für eine Zwischenfrage, sondern zur Aussprache. Habe ich das richtig verstanden?

(Djenabou Diallo-Hartmann [GRÜNE]: Ja, zur Aussprache!)

Die nächste Zusatzfrage für die Fraktion der AfD stellt Herr Kollege Moriße. Bitte schön!

(Beifall bei der AfD)

# Thorsten Paul Moriße (AfD):

Herr Vizepräsident! Frau Innenministerin, wie bewerten Sie die These, dass durch die abgeschwächten Bedingungen zur Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft die Anreize zu illegaler Einreise in unser Sozialsystem erhöht werden, und wie wollen Sie diese unterbinden?

(Beifall bei der AfD)

Daniela Behrens, Ministerin für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts hat vor allen Dingen zum Ziel, jene, die schon lange hier leben, die schon lange hier arbeiten, die eine zweite Heimat hier gefunden haben, die unser Land mit aufgebaut haben, in den Kreis der deutschen Staatsangehörigen aufzunehmen.

Einen Anreiz für illegale Einwanderung kann ich daraus nicht ersehen, denn die Voraussetzungen für die deutsche Staatsangehörigkeit sind sehr klar definiert: Es muss ein unbefristetes, auf Dauer angelegtes Aufenthaltsrecht geben, Identität und Staatsangehörigkeit müssen eindeutig geklärt sein, es muss ein klares Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung geben, es muss ein bestandener Einbürgerungstest vorliegen, es muss eine mündliche und schriftliche Sprachprüfung auf dem Niveau B1 vorliegen, es muss grundsätzlich Straffreiheit vorliegen, und der eigene Lebensunterhalt und der Unterhalt für unterhaltsberechtigte Familienangehörige muss bestritten werden.

Dies sind klare Voraussetzungen, um die deutsche Staatsangehörigkeit zu erlangen. Daher ist das kein Anreiz für illegale Einwanderung, meine Damen und Herren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

# Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Frau Ministerin.

Weitere Wortmeldungen zu Zusatzfragen sehe ich nicht.

Die Redezeit der Landesregierung ist marginal überschritten worden. Insofern bleibt es für jede Fraktion bei einer Redezeit von vier Minuten.

Zunächst hat sich für die Fraktion der SPD der Kollege Kurku zu Wort gemeldet. Bitte schön!

(Beifall bei der SPD)

# Deniz Kurku (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vorab, bevor ich es vergesse, möchte ich mich bei der Landesregierung, namentlich bei unserer Ministerin, dafür bedanken, dass sie ein so wichtiges Vorhaben auf Bundesebene nicht nur einfach passieren lässt, sondern proaktiv gestaltet. Mittlerweile hat sich gezeigt, dass das für Niedersachsen gang und gäbe ist. Dafür also herzlichen Dank an die Ministerin.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Die SPD-Fraktion begrüßt, dass wir in Deutschland endlich an ein Thema herangehen, das wir viel zu lang liegen gelassen haben, bei dem wir ehrlicher und moderner werden müssen, betrifft es doch viele Menschen, die hier ihren Alltag haben, die hier arbeiten, lachen, weinen, einfach in unseren Reihen leben.

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Jenen, die das nicht akzeptieren können oder auch nicht akzeptieren wollen, kann ich nur sagen: Sie tun mir wirklich leid. Sie - und das ist noch viel schlimmer - gefährden den Wirtschaftsstandort, Sie gefährden die internationale Wettbewerbsfähigkeit und damit unser schönes Deutschland.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

An die AfD: Begriffe wie "Passdeutsche" und "hinterhergeworfene Staatsbürgerschaft" zeigen - das ist das eigentlich Dramatische -, dass Sie vor allem die Unkenntnis über die Regelungen für Ihre Gruselkampagnen nutzen. Mich besorgt, dass es nicht nur Sie sind, die das tun.

Hier und auf Bundesebene diskutieren wir momentan die Modalitäten. Sicherlich sollte bei der Erteilung einer Staatsbürgerschaft ganz genau hingesehen werden. Das wird im Übrigen schon jetzt getan; die Ministerin hat es ausgeführt.

Echte Sorgen bekomme ich allerdings, wenn Alexander Throm, CDU/CSU-Bundestagsfraktion, von einem "Staatsangehörigkeitsentwertungsgesetz" spricht. Herrn Merz lasse ich an dieser Stelle einmal außen vor, aber ich sage ganz deutlich: Die deutsche Staatsangehörigkeit wird erworben, sie wird nicht verramscht. Daran ändern auch die diskutierten verkürzten Fristen nichts.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Wir müssen doch bei einem so sensiblen Thema auf unsere Sprache achten - in Niedersachsen, in allen Bundesländern, aber auch im Bund.

Der neue Entwurf berücksichtigt zu Recht besondere berufliche oder auch ehrenamtliche Leistungen, beschleunigt aber eben auch Verfahren.

Bei - auch das ist an dieser Stelle wichtig zu sagen - aktiver Täuschung kann auch nach zehn Jahren laut Entwurf die Einbürgerung widerrufen werden, was den Missbrauch erschwert. Auch an dieser Stelle sage ich ganz deutlich: Das ist gut so.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Mehrstaatigkeit soll ermöglicht werden. Meine Meinung nach ist das ein ganz richtiger und wichtiger Punkt.

Vor allem geht es nun aber auch um die Möglichkeit der Einbürgerung - die Ministerin hat es ausgeführt - nach fünf statt bisher acht Jahren und bei besonderen Integrationsleistungen auch nach drei Jahren.

Heute nutze ich die Gelegenheit und frage mal die extrem rechte Seite dieses Hauses, ob Sie überhaupt die Voraussetzungen für die Einbürgerung kennen.

(Volker Bajus [GRÜNE]: Glaube nicht! - Heiterkeit bei den GRÜNEN)

An Theken und in Talkshows, aber auch hier ist es leider keine Seltenheit, dass manche so tun, als sei die deutsche Staatsbürgerschaft leichter zu erlangen als ein Handyvertragsabschluss. Ich finde, das ist nicht nur schäbig, sondern das ist auch hochgefährlich.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Ganz im Übrigen wünsche ich mir auch mal mehr Respekt für die Verfahren in unserer Bundesrepublik, aber auch mehr Respekt für die Menschen in den Behörden, die diese Verfahren bearbeiten.

Das Thema Voraussetzungen werde ich jetzt mal weglassen; dazu hat die Ministerin schon ausgeführt.

(Glocke des Präsidenten)

Ich möchte aber noch auf einen Aspekt, der aus meiner Sicht in der Debatte immer zu wenig vorkommt - die Abhängigkeit von Sozialleistungen bei dem Erwerb der Staatsangehörigkeit -, hinweisen. Da geht es mir vor allen Dingen auch um die Menschen mit Behinderungen. Ich glaube, die Anhörung auf Bundesebene wird zeigen, wie damit umgegangen wird.

Es ist grundsätzlich ein Akt des Ankommens. Es geht nicht nur darum, hier zur Schule zu gehen, die Steuern zu zahlen, sich im Idealfall bei der örtlichen

Feuerwehr zu engagieren, sondern auch darum, auf eine Auslandsklassenfahrt mitzufahren oder auf Geschäftsreise zu gehen.

Ich komme zum Schluss. - Lassen Sie mich auch das noch sagen - kleiner Gruß an die Familie -: Für die eine oder andere Person ist es auch unheimlich wichtig, endlich wählen zu können in einem Land, das man lange mit aufgebaut hat.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Von daher ein Hinweis in Ihre Richtung: Es kann auch passieren, dass sich diese Menschen noch verbeamten lassen - ganz gefährlich, AfD! Dann kann es passieren, dass Sie bei der nächsten Verkehrskontrolle von Herrn Şahbaz angehalten werden oder Frau Abimbola ganz selbstverständlich Ihren Steuerbescheid macht. Das ist eigentlich ein Deutschland, wie ich es mir wünsche.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Kollege Kurku. - Als Nächstes hat sich für die Fraktion der CDU der Kollege Bock zu Wort gemeldet. Bitte schön!

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

#### André Bock (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Die deutsche Staatsangehörigkeit ist der umfassendste und, wenn Sie so wollen, natürlich auch wertvollste Status, den unser Land einem Menschen zuerkennen kann. Mit ihr sind uneingeschränkte Rechte, etwa zur demokratischen Teilhabe - das ist eben deutlich geworden -, aber eben auch Pflichten verbunden.

Zugleich ist die deutsche Staatsangehörigkeit mehr als ein loser Rechtsstatus. Sie ist, wenn Sie so wollen, vielmehr ein gemeinsames Band. Die Voraussetzungen für ihre Erlangung können nicht zu unterschätzende Auswirkungen auf den Zusammenhalt unserer Gesellschaft haben.

Es ist zu begrüßen, wenn ein Ausländer, der in Deutschland heimisch geworden ist, Deutscher werden möchte. Das ist immer auch ein Ausdruck der Anerkennung und Wertschätzung für unser Land, wie ich finde.

Angesichts der Bedeutung für unser Zusammenleben ist es zugleich angezeigt, die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit an klare, anspruchsvolle Voraussetzungen zu knüpfen. Das heißt unter anderem, eine Einbürgerung von Straftätern, Extremisten und Antisemiten - gerade vor dem aktuellen Hintergrund - ist ausgeschlossen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU, vereinzelt bei der AfD und von Deniz Kurku [SPD])

Das heißt auch: Um einer Einwanderung in unsere Sozialsysteme vorzubeugen, bedarf es einer nachhaltigen Integration in den Arbeitsmarkt. Darüber haben wir hier auch schon mehrfach gesprochen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der AfD)

Im Interesse des Zusammenhalts in unserem Land braucht es aber noch deutlich mehr, meine Damen und Herren. Eingebürgert werden dürfen nur Ausländer, die sich ganz in unsere Gesellschaft integriert haben. Kenntnisse der deutschen Sprache, unserer Rechts- und Gesellschaftsordnung sowie unserer Lebensverhältnisse sind notwendig dafür, ja, aber keine hinreichende Bedingung.

Erforderlich ist vielmehr eine echte Hinwendung zu unserem Land, zu unserer Rechtsordnung und insbesondere auch zu unseren Werten, die unser Zusammenleben hier in Deutschland ausmachen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der AfD)

Das ist gerade auch für ein Einwanderungsland in der Mitte Europas von überragender Bedeutung, wie ich finde. Die pauschale Herabsetzung der Einbürgerungsvoraussetzungen ist geeignet, unserem Land am Ende zu schaden, indem sie auch neue Anreize für die irreguläre Zuwanderung schafft. Insbesondere in der derzeitigen schweren Migrationskrise, in der wir uns befinden, ist das geradezu unverantwortlich.

Vor diesem Hintergrund sind die von der Bundesregierung geplanten Änderungen des Staatsangehörigkeitsrechts, die Sie - das hat Frau Ministerin eben deutlich gemacht - teilen, aus Sicht der Union grundlegend falsch, aber auch verfassungsrechtlich hochbedenklich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und von Jozef Rakicky [AfD])

Falsch sind sie auch aus niedersächsischer Sicht, denn wir haben unsere eigenen Probleme bei Migration und Geflüchteten bis heute nach wie vor nicht gelöst. Die generelle Halbierung der Fristen, nach denen eine Einbürgerung frühestens möglich ist, führt dazu, dass die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit künftig nicht mehr am Ende eines Integrationsprozesses steht. Der Wert unserer Staatsangehörigkeit als zentraler Integrationsanreiz geht damit verloren. Denn, meine Damen und Herren - das wissen Sie auch -, Integration braucht Zeit und ist vor allem mehr als nur Arbeit und Sprache.

Die Einbürgerungsfrist ist keine bloße Wartefrist für die Menschen, sondern vielmehr, wenn Sie so wollen, eine bewusste Prüffrist, in der der Bewerber beweisen kann, dass er sich hier bei uns integriert hat und auch unsere Regeln und Werte anerkennt.

Auch die generelle Hinnahme der Mehrstaatigkeit fördert den Zusammenhalt in unserem Land nicht im Gegenteil. Immer wieder wird deutlich, dass mit der Einbürgerung die klare Hinwendung zu unseren grundlegenden Werten verbunden sein muss. Jüngstes Beispiel sind die antisemitischen Äußerungen und Bekundungen auf unseren Straßen. In diesem Zusammenhang erinnere ich an die Worte von Michael Fürst am 9. November hier an dieser Stelle. Er hatte recht, als er sagte: Wir haben viele Probleme, die wir seit Jahren verdrängt haben.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der AfD)

Meine Damen und Herren, die Änderungen der Bundesregierung sind hier völlig fehl am Platze. Zunächst sollten von der Ampel in Berlin, aber auch von der Landesregierung hier in Niedersachsen, in Hannover, die Probleme angepackt und gelöst werden, die auch uns im Landtag derzeit beschäftigen. Statt Turbobeschleunigung des Staatsangehörigkeitsrechts braucht es jetzt ein Handeln bei verschiedensten Punkten; ich habe das mehrfach hier angesprochen.

Setzen Sie die Beschlüsse der MPK endlich um! Helfen Sie den Kommunen gerade bei den Kosten! Schaffen Sie endlich mehr Erstaufnahmeeinrichtungsplätze in diesem Land! Das sind Sie zum einen den Menschen, über die wir hier sprechen, schuldig, zum anderen aber auch den Bürgerinnen und Bürgern von Niedersachsen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der AfD)

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Kollege Bock. - Als Nächstes hat sich für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Diallo-Hartmann zu Wort gemeldet. Bitte schön!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

#### **Djenabou Diallo-Hartmann** (GRÜNE):

Vielen Dank. - Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleg\*innen! Wenn sich eine Person entscheidet, hier nach Deutschland einzuwandern, meist auch mit der eigenen Familie, ist das eine tiefgreifende Lebensentscheidung der Person. Das bedeutet, dass diese Menschen nicht nur gut hier ankommen wollen, sondern auch die dauerhafte Möglichkeit der Teilhabe hier erhalten wollten. Das geht mit einer Staatsangehörigkeit im neuen Heimatland, weil davon das Wahlrecht und auch einige Grundrechte abhängen.

Die meisten von uns haben erkannt, dass Deutschland auf Einwanderung angewiesen ist, um unseren Wohlstand zu sichern. Unsere Wirtschaft ruft laut und nachdrücklich nach Zuwanderung. Das wissen die meisten hier. Unser Rentensystem braucht junge Einzahler\*innen. Fach- und Arbeitskräfte werden auf allen Ebenen gebraucht.

Aber so geht es nicht nur Deutschland, sondern auch vielen anderen Industriestaaten. Das bedeutet, dass die Konkurrenz unter Einwanderungsstaaten groß ist. Deutschland hat in diesem Wettbewerb einige Nachteile. Wir müssen schon mal zur Kenntnis nehmen, dass wir eine sehr schwierige Sprache haben und leider auch unsere Geschichte für viele zum Teil nach wie vor abschreckend ist.

Ein Land wie die USA dominiert natürlich aufgrund seiner globalen Bedeutung und Strahlkraft. Auch Länder wie Kanada haben einen jahrelangen Vorsprung in der einwanderungsfreundlichen Politik.

Wenn wir nicht einmal mit einer Erleichterung bei der Einbürgerung locken können wollen, womit dann, bitte schön?

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Sehr geehrte Kolleg\*innen, mit der aktuellen im Bundestag beabsichtigten Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts, nach der die CDU hier fragt, macht die Ampelkoalition einen wichtigen Schritt in Richtung Attraktivität für Zuwander\*innen, damit Deutschland hier nicht den Anschluss verliert. Diesen Weg müssen wir gehen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Dennis Jahn [AfD] und Thorsten Paul Moriße [AfD] lachen)

Denn mit der Verkürzung der Einbürgerungsfristen passt sich Deutschland endlich an international gängige Fristen an. Ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht ist längst überfällig, wenn wir uns als Einwanderungsland betrachten. Und wenn Menschen endlich dauerhaft bei uns leben und deutsch werden, stärkt das doch eigentlich den sozialen Zusammenhalt und unser Land wird demokratischer sprich: frühere Einbürgerung bedeutet mehr Demokratie. Das sollte uns als demokratische Parteien doch alle freuen, oder?

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wer die Einwanderungsvoraussetzungen erfüllt, sollte aus meiner Sicht nicht länger als fünf Jahr auf die deutsche Nationalität warten; denn das stärkt die Bindung zu Deutschland. Das müssten Sie doch eigentlich auch mögen, liebe konservative CDU. Das stärkt nicht nur die Bindung zu Deutschland, sondern bringt auch Vorteile und auch Pflichten mit sich.

Ich finde, der Vorschlag zur Stärkung des Geburtsrechtsprinzips - auch das muss ich hier noch erläutern - ist längst überfällig. Wenn Kinder von ausländischen Eltern, die schon fünf Jahre hier gelebt haben, hier geboren sind, dann ist es wichtig und notwendig, dass wir ihnen die Möglichkeit geben, eingebürgert zu werden.

Letzter Punkt, der mir wichtig ist zu erläutern. Die Gast- und Vertragsarbeiter\*innen, die dieses Land mit aufgebaut haben, müssen auch gewürdigt werden. Daher freue ich mich, dass die Erleichterung auch bei denen stattfindet.

Liebe CDU, machen Sie sich bitte keine Sorgen. Es wird genügend Einwander\*innen geben, die in diesem Land auch konservative Parteien wählen wollen würden und nicht nur die SPD und die Grünen. Machen Sie daher gute, vernünftige Politik im Sinne dieser Menschen, und dann werden Sie sehen, sie werden Sie ebenfalls wählen. Genau, es wird also an Ihnen liegen, sich darum zu kümmern.

Vielen Dank.

(Starker Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Frau Kollegin Diallo-Hartmann. - Als Nächstes hat sich für die Fraktion der AfD der Kollege Moriße zu Wort gemeldet. Bitte schön!

(Beifall bei der AfD)

#### Thorsten Paul Moriße (AfD):

Sehr geehrter Herr Vizepräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit der Anfrage "Wie steht die Landesregierung zur Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts?" möchte die Union sich gerne als Retter gegen den Ausverkauf der deutschen Staatsbürgerschaft präsentieren. Das ist auch kein Wunder, wenn man sich die aktuellen Zahlen anschaut. Sie möchten halt auf der Erfolgswelle der AfD mitsurfen. Doch nach jahrelanger von der Union bejubelter Merkel-Politik der offenen Grenzen nimmt Ihnen das sowieso kein Bürger mehr ab, und sie wählen das Original, die AfD.

(André Bock [CDU]: Um Gottes willen!)

Dann, liebe Union, meint Ihr Parteifreund und Ministerpräsident Hendrik Wüst aus Nordrhein-Westfalen, der Muezzin-Ruf kann ein Beitrag zur Integration sein. An solchen Aussagen erkennt man den wahren Kern Ihrer Politik, verehrte CDU; denn wer Schwarz wählt, bekommt rot-grüne Politik.

Hinzu kommen die zu erwartenden doppelten Staatsangehörigkeiten. Wie können Sie es überhaupt zulassen, dass Personen, die an der Staatsangehörigkeit von autoritären und totalitären Drittstaaten festhalten, einen weiteren, deutschen, Pass bekommen? Wo ist da denn die Identifikation?

Ja, wir waren nicht immer in der Welt beliebt, aber wenigstens respektiert. "Made in Germany", dafür ging in der Welt der Daumen hoch. Mit der Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts reichen für die Vergabe der deutschen Staatsangehörigkeit 33 Fragen und eine Gebühr von 255 Euro aus. Unglaublich, Schleuderschnäppchen wie im Discounter. So viel zum Wert unserer deutschen Staatsbürgerschaft. Schämen Sie sich eigentlich nicht?

Die Konsequenz daraus wird sein, dass Anreize zur illegalen Migration noch weiter erhöht werden, um in den Genuss unseres Sozialsystems zu kommen. Um noch mehr Migranten im Turboverfahren einzubürgern, schrauben Sie die Voraussetzungen einfach runter. Zu Ihrem Wunschergebnis gehört, dass sich eine neue dankbare Wählerklientel transformiert.

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Herr Kollege Moriße, ich muss Sie einmal kurz unterbrechen, bitte! Es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage, vom Kollegen Kurku. Wollen Sie die zulassen?

### Thorsten Paul Moriße (AfD):

Nein, danke.

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Dann fahren Sie bitte fort!

(Philipp Raulfs [SPD]: Peinlich, peinlich, peinlich, peinlich!)

#### Thorsten Paul Moriße (AfD):

Ja, meine Damen und Herren, kürzlich stand in der Wilhelmshavener Zeitung ein Zitat eines Flüchtlings. Ich zitiere: Endlich können wir wählen! - Nachdem seine gesamte Familie in Friesland eingebürgert wurde. Sie haben ja gerade, Frau Hartmann, so schön präsentiert, worauf Sie hinauswollen.

Das ist für Sie, verehrte SPD und Grüne, eine der letzten Möglichkeiten, die Sie bei Ihren abstürzenden Werten noch in Betracht ziehen.

(Beifall bei der AfD)

Dafür nehmen Sie in Kauf, dass Migranten aus kulturfremden Kreisen zum Teil mit verächtlichen Haltungen gegenüber Juden und mit Gewaltaffinität unsere innere Sicherheit gefährden. Da diese Personen bereits mehrere Drittstaaten durchquert haben, gehören diese in ihre Heimat abgeschoben. Und Identität zu einem Land erwirbt man nicht durch Kurse oder Überreichung des Grundgesetzes nach wenigen Jahren. Die Übertragung einer Staatsbürgerschaft ist Vertrauensvorschuss.

Das rot-grüne Märchen, dass von diesem Gesetz Fachkräfte nur so angezogen werden, glaubt Ihnen doch kein Mensch. Laut einem Bericht des Magazins *Capital* aus dem Juli 2023 hat sich bei einer Befragung von Fachkräften, die eine Tätigkeit im Ausland aufnehmen wollen, Deutschland im Ranking auf Platz 49 - von 53 - platziert.

(Volker Bajus [GRÜNE]: Das liegt alleine an Ihnen!)

Bei allem Respekt, meine Damen und Herren, hinter Panama und Costa Rica. Unser Land wird von Fachkräften gemieden aufgrund ausufernder Bürokratie, 45 % Einkommenssteuersatz, Wohnraummangel sowie mangelnder innerer Sicherheit, auch der CDU geschuldet. Deutschland ist somit zum

Auswanderungsland geworden, und zwar für Fachkräfte. Diese verlassen das Land, und Unqualifizierte wandern ein, und zwar in unser Sozialsystem.

Allein 2023 sind 50 000 Syrer, 4 000 Türken eingebürgert worden, rund 1 Million zugewanderte Ukrainer sind gut ausgebildet, aber nur sehr wenige arbeiten, so *Focus Online* vom 13. Dezember 2023.

Ich wünsche Ihnen allen eine schöne Weihnachtszeit, einen guten Rutsch ins neue Jahr. Bleiben Sie gesund.

(Beifall bei der AfD)

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Kollege Moriße.

Eine weitere Wortmeldung unter diesem Tagesordnungspunkt gibt es nicht. Damit ist die Fragestunde beendet.

Bevor wir in den nächsten Tagesordnungspunkt einsteigen, wechseln wir hier im Sitzungsvorstand. Ich bitte um einen Moment Geduld.

# (Präsidentin Hanna Naber übernimmt den Vorsitz)

#### Präsidentin Hanna Naber:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen jetzt zu den notwendigen Abstimmungen zum Abschluss der zweiten Beratung des Haushalts. Wir sind bei:

Tagesordnungspunkt 48:

#### Haushaltsberatungen 2024 - Abschluss

Weil jetzt viel Arbeit vor uns liegt, bitte ich um Aufmerksamkeit, Disziplin und Ruhe.

Zum Abschluss der zweiten Beratung des Haushalts 2024 und des Begleitgesetzes sowie der weiteren Beratungsgegenstände zu diesem Themenfeld kommen wir jetzt zu den Abstimmungen.

Die "Fassung zur zweiten Beratung" des Haushalts - also die Fassung, die der Haushalt erhält, sofern den Beschlussempfehlungen des Haushaltsausschusses zu den Einzelplänen gefolgt wird - hat die Landtagsverwaltung vereinbarungsgemäß und in Abstimmung mit dem Finanzministerium als Vorab-Drucksache 19/3100 elektronisch verteilt.

Nach den Abstimmungen über die Einzelpläne wird das Dokument dann als reguläre Drucksache bereitgestellt werden. Auf diese Weise können wir nach den Schlusserklärungen der Fraktionen ohne Zeitverzögerung zur Schlussabstimmung zum Haushaltsgesetz 2024 kommen.

Nach den Abstimmungen zum Haushaltsgesetz einschließlich der dazu vorliegenden Änderungsanträge und der darauf bezogenen Eingaben beschließen wir über die Gesetzentwürfe und die Anträge, die nach der Entscheidung des Ältestenrats in die Haushaltsberatungen einbezogen worden waren.

Zuletzt stimmen wir dann über die Beschlussempfehlung zum Haushaltsbegleitgesetz einschließlich des dazu vorliegenden Änderungsantrages ab.

Die Abstimmungen zum Haushaltsgesetz führen wir in folgender Reihenfolge durch: Zunächst stimmen wir zu den Einzelplänen ab. Dann kommen wir zu den weiteren Empfehlungen, die die Einzelpläne 05, 07 und 11 betreffen. Im Anschluss daran befinden wir über den Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz selbst und zuletzt über die in die Beratung einbezogenen Eingaben. Dabei rufe ich jeweils zunächst die vorliegenden Änderungsanträge und dann die Beschlussempfehlung auf.

Um die Abstimmungen zu den Einzelplänen möglichst zügig durchzuführen, gehe ich von Ihrem Einverständnis aus, dass ich die Änderungsanträge, mit denen die Fraktionen sich jeweils auf mehrere Einzelpläne beziehen, nur in Kurzform erwähne und sie in der folgenden Reihenfolge aufrufe: zunächst den "Änderungsantrag AfD" - wenn ich "Änderungsantrag AfD" sage, meine ich den Änderungsantrag der Fraktion der AfD in der Drucksache 19/3022 - und dann den "Änderungsantrag CDU" - dabei handelt es sich um den Änderungsantrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 19/3082.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir beginnen nun mit den **Abstimmungen zu den Einzelplänen**:

Ich rufe auf: Einzelplan 01 - Landtag.

Hierzu liegen der Änderungsantrag der Fraktion der AfD sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Ich lasse, wie gerade angekündigt, zunächst über den Änderungsantrag der AfD abstimmen. Wer dafür ist, den oder die bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag mit großer Mehrheit abgelehnt worden.

Ich stelle die Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 19/3001 zur Abstimmung. Wer dafür ist, den oder die bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Mit

den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der CDU-Fraktion ist der Beschlussempfehlung gefolgt worden.

Ich rufe auf: Einzelplan 02 - Staatskanzlei.

Hierzu liegen Änderungsanträge der Fraktion der AfD und der Fraktion der CDU sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Ich lasse über den Änderungsantrag der AfD abstimmen. Wer dafür ist, den oder die bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag mit großer Mehrheit abgelehnt worden.

Ich komme zum Änderungsantrag der CDU. Wer dafür ist, den oder die bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag mit großer Mehrheit abgelehnt worden.

Ich komme zur Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache19/3002. Wer ihr folgen möchte, den oder die bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Mit den Stimmen von SPD und Grünen ist sie mehrheitlich angenommen worden.

Ich rufe auf: Einzelplan 03 - Ministerium für Inneres und Sport.

Hierzu liegen Änderungsanträge der Fraktion der AfD und der Fraktion der CDU sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Ich lasse über den Änderungsantrag der AfD abstimmen. Wer ihn annehmen möchte, den oder die bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag mit großer Mehrheit abgelehnt worden.

Wir kommen zu dem Änderungsantrag der CDU. Wer dafür ist, den oder die bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag mit großer Mehrheit abgelehnt worden.

Ich komme zur Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 19/3003. Wer ihr folgen möchte, den oder die bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Somit wurde der Beschlussempfehlung mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gefolgt.

Ich rufe auf: Einzelplan 04 - Finanzministerium.

Hierzu liegen Änderungsanträge der Fraktion der AfD und der Fraktion der CDU sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Ich lasse über den Änderungsantrag der AfD abstimmen. Wer ihm folgen möchte, den oder die bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Mit großer Mehrheit wurde der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen zum Änderungsantrag der CDU. Wer diesen annehmen möchten, den oder die bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der Änderungsantrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt worden.

Ich komme zur Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 19/3004. Wer ihr folgen möchte, den oder die bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Mit den Stimmen der regierungstragenden Fraktionen wurde das so beschlossen.

Ich rufe auf: Einzelplan 05 - Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung.

Hierzu liegen Änderungsanträge der Fraktion der AfD und der Fraktion der CDU sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Ich lasse über den Änderungsantrag der AfD abstimmen. Wer dafür ist, den oder die bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag mit großer Mehrheit abgelehnt worden.

Wir kommen zu dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion. Wer ihm folgen möchte, den oder die bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Mit großer Mehrheit wurde der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich komme zur Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 19/3005. Wer ihr folgen möchte, den oder die bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Mit den Stimmen der SPD und der Grünen-Fraktion wurde der Beschlussempfehlung gefolgt.

Ich rufe auf: Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Kultur.

Hierzu liegen Änderungsanträge der Fraktion der AfD und der Fraktion der CDU sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Wir kommen zu dem Änderungsantrag der AfD. Wer ihm folgen möchte, den oder die bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zum Änderungsantrag der CDU. Wer ihm folgen möchte, den oder die bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zur Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 19/3006 auf. Wer ihr folgen möchte, den oder die bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wurde der Beschlussempfehlung gefolgt.

Ich rufe auf: Einzelplan 07 - Kultusministerium.

Hierzu liegen Änderungsanträge der Fraktion der AfD und der Fraktion der CDU sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Wir kommen zu dem Änderungsantrag der AfD. Wer ihm folgen möchte, den oder die bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Somit mit großer Mehrheit abgelehnt.

Zum Änderungsantrag der CDU. Wer ihm folgen möchte, den oder die bitte ich um das Handzeichen.
- Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Mit großer Mehrheit wurde der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich komme zur Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 19/3007. Wer ihr folgen möchte, den oder die bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wurde der Beschlussempfehlung gefolgt.

Ich rufe auf: Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung.

Hierzu liegen Änderungsanträge der Fraktion der AfD und der Fraktion der CDU sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Ich rufe auf: Änderungsantrag der AfD. Wer ihm folgen möchte, den oder die bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der Änderungsantrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt worden.

Wir kommen zum Änderungsantrag der CDU-Fraktion. Wer dafür ist, den oder die bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der Änderungsantrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt worden.

Ich komme zur Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 19/3008. Wer ihr folgen möchte, den oder die bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der Grünen gefolgt worden.

Ich rufe auf: Einzelplan 09 - Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.

Hierzu liegen Änderungsanträge der Fraktion der AfD und der Fraktion der CDU sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Ich rufe auf: Änderungsantrag der AfD. Wer ihm folgen möchte, den oder die bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Somit ist der Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt worden.

Ich rufe auf: Änderungsantrag der CDU. Wer dafür ist, den oder die bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der Änderungsantrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt worden.

Ich komme sodann zur Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 19/3009. Wer ihr folgen möchte, den oder die bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Grünen-Fraktion wurde der Beschlussempfehlung gefolgt.

Ich rufe auf: Einzelplan 11 - Justizministerium.

Hierzu liegen Änderungsanträge der Fraktion der AfD und der Fraktion der CDU sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Wer dem Änderungsantrag der AfD folgen möchte, den oder die bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Somit ist der Änderungsantrag mit großer Mehrheit abgelehnt worden.

Ich komme zum Änderungsantrag der CDU. Wer ihm folgen möchte, den oder die bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Mit großer Mehrheit wurde der Antrag abgelehnt.

Ich komme zur Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 19/3010. Wer ihr folgen möchte, den oder die bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Mit den Stimmen der regierungstragenden Fraktionen wurde der Beschlussempfehlung gefolgt.

Ich rufe auf: Einzelplan 12 - Staatsgerichtshof.

Der Ausschuss empfiehlt zu diesem Einzelplan keine Änderung. Dieser Einzelplan soll also in der Fassung des Gesetzentwurfs beschlossen werden. Ich lasse über die Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 19/3011 abstimmen. Wer ihr folgen möchte, den oder die bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Beschlussempfehlung einstimmig gefolgt worden.

Ich rufe auf: Einzelplan 13 - Allgemeine Finanzverwaltung.

Hierzu liegen Änderungsanträge der Fraktion der AfD und der Fraktion der CDU sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Wir kommen zum Änderungsantrag der AfD. Wer dafür ist, den oder die bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der Änderungsantrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Änderungsantrag der CDU. Wer ihm folgen möchte, den oder die bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der Änderungsantrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich komme zur Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 19/3012. Wer ihr folgen möchte, den oder die bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist die Empfehlung angenommen worden.

Ich rufe auf: Einzelplan 14 - Landesrechnungshof.

Der Ausschuss empfiehlt zu diesem Einzelplan keine Änderung. Dieser Einzelplan soll also in der Fassung des Gesetzentwurfs beschlossen werden.

Ich lasse über die Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 19/3013 abstimmen. Wer dieser Beschlussempfehlung folgen möchte, den oder die bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit wurde der Beschlussempfehlung des Ausschusses einstimmig gefolgt.

Ich rufe auf: Einzelplan 15 - Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz.

Hierzu liegen Änderungsanträge der Fraktion der AfD und der Fraktion der CDU sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Ich lasse über den Änderungsantrag der AfD abstimmen. Wer diesem zustimmen möchte, den oder die bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit wurde der Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe auf: Änderungsantrag der CDU-Fraktion. Wer ihn annehmen möchte, den oder die bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Somit ist der Änderungsantrag mit großer Mehrheit abgelehnt worden.

Wir kommen zur Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 19/3014. Wer ihr folgen möchte, den oder die bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der Beschlussempfehlung wurde mehrheitlich gefolgt.

Ich rufe auf: Einzelplan 16 - Ministerium für Bundesund Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung.

Hierzu liegen Änderungsanträge der Fraktion der AfD und der Fraktion der CDU sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Ich lasse über den Änderungsantrag der AfD abstimmen. Wer ihm folgen möchte, den oder die bitte ich um das Handzeichen. - Wer dagegen ist, melde sich jetzt! - Enthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag der AfD mit großer Mehrheit abgelehnt worden.

Ich rufe auf: Änderungsantrag der CDU. Wer ihm folgen möchte, den oder die bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen?

(Einige Mitglieder der AfD-Fraktion heben die Hand)

Gegenstimmen?

(Ein Mitglied der AfD-Fraktion hebt die Hand)

Enthaltungen?

(Alle Mitglieder der AfD-Fraktion heben die Hand)

- Aha!

(Heiterkeit - Peer Lilienthal [AfD]: Wir stimmen so ab, wie wir wollen!)

- Das können Sie auch tun. Sie waren nur so unentschieden. Das hat mich ein wenig irritiert.

Damit wurde der Änderungsantrag bei Enthaltung der AfD-Fraktion und Gegenstimmen von SPD und Grünen abgelehnt.

Ich komme zur Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 19/3015. Wer ihr folgen möchte, den oder die bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Somit wurde der Beschlussempfehlung gefolgt.

Ich rufe auf: Einzelplan 17 - Landesbeauftragte für den Datenschutz.

Hierzu liegt die Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 19/3016 vor. Wer ihr folgen möchte, den oder die bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit wurde der Beschlussempfehlung einstimmig gefolgt.

Ich rufe auf: Einzelplan 20 - Hochbauten.

Hierzu liegen ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Ich lasse über den Änderungsantrag der CDU abstimmen. Wer ihm folgen möchte, den oder die bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei Enthaltung der AfD und Gegenstimmen der SPD und der Grünen wurde der Antrag abgelehnt.

Ich komme zur Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 19/3017. Wer ihr folgen möchte, den oder die bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der Beschlussempfehlung wurde mehrheitlich gefolgt.

Über die bisherigen Empfehlungen hinaus kommen wir jetzt zu den weiteren Empfehlungen zu den Einzelplänen 05, 07 und 11. Es geht um zusätzliche Projekte zur Prävention von Antisemitismus, Maßnahmen der politischen Bildung gegen Antisemitismus und Zuschüsse an den Dachverband der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit sowie dessen Mitglieder.

Hierzu liegt die Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 19/3018 vor. Wer ihr folgen möchte, den oder die bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Die Beschlussempfehlung ist bei Enthaltung der AfD-Fraktion mit großer Mehrheit angenommen worden.

# Wir kommen zum Haushaltsgesetzentwurf.

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen empfiehlt, den Gesetzentwurf in der Drucksache 19/1900 neu mit den in der Beschlussempfehlung in der Drucksache 19/3000 vorgeschlagenen Änderungen sowie den soeben zu den Einzelplänen beschlossenen, aus der als Drucksache 19/3100 verteilten Fassung zur zweiten Beratung ersichtlichen Änderungen anzunehmen.

Dazu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 19/3082 vor.

Bevor wir zur Schlussabstimmung kommen, ist jetzt den Fraktionen die Gelegenheit gegeben, die - wie vereinbart jeweils zehnminütigen - **Schlusserklärungen** zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2024 abzugeben.

Ich erteile dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Sebastian Lechner, das Wort. Bitte!

(Beifall bei der CDU)

#### Sebastian Lechner (CDU):

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, vor gut einem Jahr haben Sie eine rot-grüne Landesregierung gebildet. Wir erinnern uns noch, wie die Luftballons und Seifenblasen hier durch den Landtag schwebten und wie beseelt Sie alle waren. Sie versprachen den Menschen ausweislich Ihres Koalitionsvertrages Sicherheit in Zeiten des Wandels. Doch schon nach einem Jahr merkt man Ihnen selbst an, dass keiner mehr beseelt ist, und in Wahrheit steht Ihr Koalitionsvertrag unter dem Titel: Stillstand in Zeiten der Unsicherheit.

#### (Beifall bei der CDU)

Herr Ministerpräsident, vor fünf Jahren, im Jahre 2018, haben Sie eine Regierungserklärung unter dem Titel "Stabilität und Fortschritt - ein Jahr Große Koalition in Niedersachsen" gehalten. Sie sprachen davon, dass die Politik der GroKo Vertrauen stiftet und Orientierung gibt, und zählten die bedeutenden Initiativen auf: Gebührenfreiheit für Kindergärten, Masterplan Digitalisierung, Meisterprämie, Rekordbeträge für die Infrastruktur, Polizei- und Ordnungsbehördengesetz eingebracht, mehr Stellen für Richter und Staatsanwälte; wir haben auch gemeinsam die Schuldenbremse auf den Weg gebracht. Das war für ein Jahr eine wirklich starke Leistung.

Ich frage Sie jetzt: Was ist wohl der Grund für den Unterschied zwischen den Ergebnissen damals und den Ergebnissen heute? - Es fehlt Ihnen die treibende Kraft der CDU.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN - Volker Bajus [GRÜNE]: Da muss er selber lachen!)

Herr Tonne, Sie haben fälschlicherweise behauptet, wir hätten keine eigenen Vorschläge gemacht: 63 Entschließungsanträge, 16 Gesetzentwürfe und Änderungsanträge zu Gesetzentwürfen, ein eigener Nachtragshaushaltsentwurf,

(Grant Hendrik Tonne [SPD]: Herr Kollege, ich werfe Ihnen vor, dass Sie keine solide Finanzierung vorgelegt haben!)

drei Änderungsanträge zu beiden Nachtragshaushalten und diesem Haushalt. Auch zu diesem Haushalt haben wir Vorschläge gemacht: Hafenpakt, 1 Milliarde Euro, Erstattung Grunderwerbsteuer, Ausbau Medizinstudienplätze; 15 Millionen Euro mehr für Ganztag, Vergütung und Vollzeitausbildung in der Kita, mehr Erstaufnahmeplätze, Liquiditätssicherung.

(Grant Hendrik Tonne [SPD]: Sie haben nur leider kein Geld dafür!)

- Wir haben auch Einsparvorschläge gemacht, sogar beim Personal. So etwas haben wir bei Ihnen nicht gefunden.

Man muss sich schon Ohren und Augen zuhalten, wenn man nicht erkennt, dass wir Gegenvorschläge gemacht haben.

(Beifall bei der CDU)

Beim Rettungsdienstgesetz haben Sie am Ende sogar selbst mit zugestimmt. Wir sind die erste Opposition seit langen, langen Jahren, die in diesem Landtag ein Gesetz durchbekommt. Warum, Frau Ministerin? - Weil Sie leider wieder zu spät waren. Hätten wir uns auf Sie verlassen, würde ab dem 1. Januar ein Großteil der Rettungswagen in Niedersachsen nicht mehr fahren. Wir mussten Sie gemeinsam retten mit dieser Initiative.

(Beifall bei der CDU)

Herr Lies, wir reden nichts schlecht. Man muss auch mal akzeptieren, dass was kritisiert wird. Und vielleicht ist ja auch das, was kritisiert wird, tatsächlich schlecht.

Natürlich tragen wir zum Beispiel Ihre Bauordnung mit. Das ist ein konstruktiver Ansatz.

(Beifall von Frank Henning [SPD])

Aber auch Sie, Herr Lies, müssen damit leben, dass man sich einer Umarmung durch Sie auch mal entzieht.

> (Heiterkeit und Beifall bei der CDU -Immacolata Glosemeyer [SPD]: Sie wissen gar nicht, was Ihnen entgeht!)

Deswegen kann ich schon jetzt sagen: Sie müssen die Verantwortung für Ihr ideologisches Projekt einer Landeswohnungsgesellschaft selbst und alleine tragen.

Ich empfehle Ihnen auch, dass Sie sich die Finanzkonstruktionen, die Sie heute vorgetragen haben, rechtlich noch einmal genau anschauen und verfassungsrechtlich prüfen. Ansonsten werden wir das für Sie tun.

(Beifall bei der CDU)

Herr Ministerpräsident, was hat Ihnen eigentlich Ihr grüner Finanzminister getan, dass Sie ihn gestern zweimal in die Bütt schickten, um Sie zu verteidigen, bei der Dringlichen Anfrage und bei der Regierungserklärung? Ich hätte eigentlich gedacht, dass Sie selbst in die Bütt gehen und die großartigen Ergebnisse der Ampel hier verteidigen. Stattdessen lassen Sie Herrn Heere hier im Parlament erklären:

(Wiard Siebels [SPD]: Der Mann ist Finanzminister!)

"Es gibt keinen Grund - auch nach dieser Einigung nicht -, etwas an unserem Zahlenwerk zu ändern." Okay. Aber dann stellen Sie sich fünf Minuten nach der Debatte draußen hin und geben eine Pressekonferenz, in der Sie dann selbst erklären, es sei alles unsicher, und mehr Klarheit fordern. Ja, was gilt denn nun? Was gilt denn nun aus Sicht der Landesregierung?

(Beifall bei der CDU)

Ich will Ihnen ehrlich sagen: Wir erhoffen uns einen Ministerpräsidenten, der gerade in dieser Situation sich erstens dem Landtag stellt, zweitens hier einen Plan B präsentiert und uns gemeinsam aus dem Chaos führt und der sich nicht auch noch vor der Debatte in diesem Landtag drückt.

(Beifall bei der CDU)

Aber ich kann verstehen, warum Sie sich zurückhalten - wahrscheinlich würde ich das auch tun -: weil die Ampel und ihre Ergebnisse sich schon drei Stunden nach der Einigung zerlegen.

(Zurufe von Philipp Raulfs [SPD] und Grant Hendrik Tonne [SPD])

Sie sprechen jetzt davon - Herr Tonne, hören Sie zu, das ist für Sie -, Sie müssten die Treffsicherheit des Sozialsystems stärken. Als ich Ihnen am Montag zuhörte, dachte ich eigentlich gar nicht, dass es beim Bürgergeld irgendetwas gibt, das unsicher ist oder nicht trifft.

Wir haben geahnt, dass da was sein könnte, und die Bundesregierung ahnt es jetzt auch: Wir brauchen eine wirkliche Reform, die Menschen, die Hilfe brauchen, stützt und Menschen, die sie nicht brauchen, nicht stützt, eine Reform, die vor allem Anreize setzt, in Arbeit zu kommen, und dafür sorgt, dass die, die arbeiten, am Ende mehr haben als die, die nicht arbeiten. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit, Herr Tonne.

(Beifall bei der CDU - Wiard Siebels [SPD]: Unglaublich! Und so was schimpft sich christlich!)

Aber Sie können eben auch nicht verhindern, dass Kompromisse auf Niedersachsen durchschlagen, so wie die Abschaffung des Agrardiesels auf das Agrarland Nummer eins durchschlägt und das Auslaufen der Elektrowagenprämie auf das Automobilland Nummer eins. Wir wissen alle miteinander, dass die Elektrostrategie auch bei Volkswagen noch in den Startlöchern steht.

Sie stopfen auf der einen Seite Löcher und reißen auf der anderen Seite neue auf. Und das Schlimme ist: Es passiert alles über Ihren Köpfen. Der Herr Ministerpräsident führt eine Privatfehde mit dem Bundeskanzler. Zusammen mit den Grünen und der SPD lassen Sie hier keine Gelegenheit aus, sich von Ihrer eigenen Bundesregierung zu distanzieren. Das glaubt Ihnen keiner. Aber das Problem ist einfach, dass wir als viertgrößtes Bundesland dieser Bundesrepublik eine Landesregierung haben, die keinen Einfluss in Berlin hat, wirklich keinen Einfluss in Berlin.

(Beifall bei der CDU)

Und jetzt beginnen die Durchstechereien im Kabinett. Normalerweise ist das immer der Anfang vom Ende.

(Wiard Siebels [SPD]: Darauf warten Sie nur! Da müssen Sie aber noch ein bisschen warten!)

Wir werden die Beförderungsposse in der Staatskanzlei weiter aufarbeiten, weil sie aus unserer Sicht ein fatales Signal sendet, nämlich an alle Tarifbeschäftigten in unserer Verwaltung, die dieses Land jeden Tag hochhalten, aber jahrelang auf ihre Beförderung warten müssen. Auch dieser Haushalt wird die Wartezeit nicht verkürzen.

Wir finden: Da haben Sie einen Fehler gemacht, und den sollten Sie korrigieren!

(Beifall bei der CDU)

Insgesamt haben Sie es tatsächlich geschafft, dass schon nach einem Jahr in Niedersachsen keiner mehr Lust auf Rot-Grün hat. Die Mehrheit ist schon weg.

(Wiard Siebels [SPD]: Wir gucken gleich mal, ob die vielleicht noch da ist, die Mehrheit!)

Wenn man Ihnen zugehört hat, was Sie versprochen haben: Der Haushalt 2024 sollte jetzt so richtig ein Signal des Gestaltens sein, aber tatsächlich ist er die Fortsetzung des Siechtums dieser Landesregierung.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb will ich Ihnen abschließend sagen: Liebe Frau Kollegin Lansmann, Sie entgegneten gestern auf unsere Anwürfe zu Ihrer Rede - Zitat -: Sie sind doch nur traurig, dass Sie nicht Teil dieser Regierung sind.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD - Wiard Siebels [SPD]: So ist es auch! Sie träumen davon, dass wir keine Mehrheit mehr haben!)

Nein, nein, Frau Lansmann, wir wollen auf keinen Fall Teil dieser Regierung sein.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen eine neue Regierung bilden, und zwar unter Führung der CDU, die dieses Land wirklich gestaltet und mit der ein besseres Niedersachsen möglich wäre.

Danke schön.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU)

# Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender Lechner. -Für die Fraktion der SPD hat sich deren Vorsitzender Grant Hendrik Tonne zu Wort gemeldet. Herr Tonne, bitte!

> (Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

### **Grant Hendrik Tonne** (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir setzen heute den Schlusspunkt und die Schlussabstimmung unter eine bedeutende Debatte. Der Beschluss über einen Haushalt berührt das Herzstück unserer Demokratie und ist auch das Königsrecht des Parlaments.

Meine Damen und Herren, vor Ihnen liegt ein Haushalt für das Jahr 2024 - und der Beschluss darüber ist nicht ein Beschluss unter vielen -, der eine bedeutende, eine gute, eine sichere Vorlage ist, auf

die wir stolz sein dürfen. Diese Vorlage ist übrigens so gut, dass wir erstens die Vergangenheitsbewältigung von Herrn Lechner und der CDU auch ertragen. Zweitens setzen wir das, was mit der CDU an Fortschritt für Niedersachsen nicht möglich war, jetzt endlich um.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Drittens sage ich Ihnen: Wenn Sie hier hereinrufen "Die Mehrheit ist weg", dann entspricht das vielleicht Ihren tiefen Hoffnungen und Wünschen. Ich lade Sie ein, gleich genau hinzuschauen; denn die Mehrheit für diese gute Vorlage steht, und wir werden einen guten Haushalt umsetzen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN - Wiard Siebels [SPD]: So ist es! Sebastian Lechner [CDU]: Vielleicht im Parlament noch!)

Ich will Ihnen auch sehr deutlich sagen: Es ist für mich, es ist für uns erstens ein Privileg und zweitens zugleich eine Verpflichtung, in diesem Hohen Haus zu arbeiten und mit unseren Entscheidungen Weichen für die Zukunft hier in Niedersachsen zu stellen. Wir sollten uns bei aller Unterschiedlichkeit immer wieder deutlich machen, um was für eine gewichtige Entscheidung es hier geht.

Ich will auch gleich zu Anfang sagen: Ich halte es für unumgänglich, zu Beginn auch den gestrigen Vorgang zu thematisieren. Wir haben ganz bewusst einen Schwerpunkt bei der Stärkung unserer Demokratie gesetzt. Ich werbe dafür, dass wir das immer wieder, jeden einzelnen Tag, in das Bewusstsein der Menschen in Niedersachsen tragen: Demokratie muss von uns allen immer wieder neu gelernt, neu gestärkt werden. Es ist keine Selbstverständlichkeit. Es ist ein Auftrag an uns alle, das auch immer wieder zu machen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Wir haben das gestern hier erleben müssen. Wir haben eine Entschuldigung zur Kenntnis genommen. Ich will Ihnen sehr deutlich sagen: Dass sich jemand über Worte ärgert, passiert. Bei den demokratischen Fraktionen führt das aber nicht dazu, dass man deshalb denkt oder sagt, andere müssten niedergetreten werden. Das ist der entscheidende Unterschied, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Deswegen, Herr Marzischewski-Drewes, erwarte ich von Ihnen eine Positionierung dazu, hier an diesem Pult. Positionieren Sie sich, wie Sie damit umgehen wollen!

Das ist auch kein Zufall. Sie wollen die Axt an unsere parlamentarische Demokratie legen, mittlerweile völlig unverhohlen: Lehrkräfte seien käuflich, Journalisten getarnte Aktivisten, wir legten Feuer an die Krankenhäuser - und viele weitere Totalausfälle. Meine Damen und Herren, Sie sind nicht eine Partei von vielen. Sie wollen die Systemfrage stellen, und wir beantworten sie ganz deutlich: Keinen einzigen Zentimeter Raum für diejenigen, die die Feinde unserer Demokratie sind!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN - Zuruf von Klaus Wichmann [AfD]

Meine Damen und Herren, ich will mich gerne auch mit dem Entwurf der CDU auseinandersetzen. Herr Lechner, Sie haben gerade gesagt, ich hätte kritisiert, dass Sie keine Vorschläge unterbreitet haben. Ich habe Sie dafür kritisiert, dass diese Vorschläge unseriös finanziert sind.

(Sebastian Lechner [CDU]: Das habe ich Ihnen auch gesagt!)

Da kann Herr Thiele noch so viele Pirouetten drehen - am Ende des Tages bleibt es dabei: Das Geld, das nicht vorhanden ist, haben Sie konsequenterweise nicht nur einmal, sondern gleich zweimal ausgegeben.

(Ulf Thiele [CDU]: Das ist auch falsch!)

So kann man keine Haushalte aufstellen, so kann man keine mittelfristige Finanzplanung machen!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Sie machen das nur und ausschließlich, weil Sie ganz genau wissen, dass Sie es nicht umsetzen müssen. Ansonsten hätte es das nicht gegeben. Das kann man machen, aber dann darf man sich auch nicht wundern, wenn man ertappt wird.

Der Blick auf die gestrige Debatte zum Aufschlag auf Bundesebene hat es doch auch wieder gezeigt: Herr Thiele steht hier und kritisiert als Erster, aber eigentlich wisse er viel zu wenig, worum es da eigentlich geht,

(Ulf Thiele [CDU]: Nicht ich! Der Finanzminister! Ich habe nichts gesagt!)

deswegen könne man das nicht bewerten. - Dann wirft er hier aber reihenweise Drohszenarien an die Wand, was eigentlich alles vermeintlich problematisch sein könnte. Dasselbe Muster: Unsicherheit ins Land tragen.

Und dann weiß er, dass all das, was er eigentlich noch nicht weiß, auf keinen Fall so durch den Bundestag gehen kann. - Donnerwetter! Vielleicht sortieren Sie gelegentlich den Sachvortrag und das, was Sie uns mitgeben möchten!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Herr Lechner, Sie haben das gerade fortgesetzt. Bis zum gestrigen Tag haben Sie hier gestanden und Kritik daran geübt, dass keine entsprechenden Kürzungsvorschläge für den Haushalt 2024 auf den Tisch gelegt werden.

(Sebastian Lechner [CDU]: Das waren die falschen, das habe ich Ihnen gesagt!)

Jetzt haben Sie kritisiert, dass Kürzungsvorschläge auf Bundesebene auf den Tisch gelegt worden sind. Da stellt man sich die Frage: Was möchte er denn nun?

(Sebastian Lechner [CDU]: Das habe ich Ihnen gesagt!)

Wenn das erst gemeint ist, dann müssen Sie Ihre Vorschläge benennen. Das haben Sie nicht gemacht, und deswegen fällt das unter dieselbe Kategorie. Das ist für eine Oppositionspartei völlig in Ordnung, aber es reicht eben nicht, um dieses Land zu gestalten.

(Ulf Thiele [CDU]: Finden Sie das denn gut, dass das auf dem Rücken von Niedersachsen ausgetragen wird?)

Es reicht nicht, um dieses Land zu regieren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN - Ulf Thiele [CDU]: Unterstützen Sie es ernsthaft, dass der Agrardiesel teurer wird?)

Meine Damen und Herren, wir haben einen Haushalt vor uns, der in jedem einzelnen Ressort,

(Ulf Thiele [CDU]: Gegen Bauern! Gegen Volkswagen! Und die SPD schreit Hurra!)

bei jeder einzelnen Ministerin, bei jedem einzelnen Minister Schwerpunkte setzt, realisierbare, seriöse Vorschläge, wie wir dieses Land weiterentwickeln können.

Ich will meinen herzlichen Dank an unseren Ministerpräsidenten Stephan Weil richten. Wir haben neben der Aufstellung eines solchen Haushalts einen immens herausforderndes Jahr hinter uns: Vorsitz in der MPK, Finanzierungsfragen - Bund, Länder, Kommunen -, Zuwanderung, Angriff auf Israel und viele weitere Punkte, bei denen es wichtig ist, dass wir in diesem Land eine Führung haben, die das ruhig und kompetent in die Hand nimmt.

(Ulf Thiele [CDU]: Ruhig, ja!)

Das weiß übrigens die sehr große Mehrheit der Niedersächsinnen und Niedersachsen auch sehr zu schätzen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Ich will unseren Dank an unseren Finanzminister Gerald Heere und seine gesamte Mannschaft für die wirklich hervorragende Arbeit richten. Da hat ein Wechsel in der Hausspitze eingesetzt von "Das geht nicht" - so war es früher - zu dem intensiven Ringen, es möglich zu machen - so ist es jetzt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Wir sehen die Entwicklungen in jedem Einzelplan. Im Bildungsbereich: A 13 für alle! Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen aus eigener und, ich glaube, auch fundierter Erfahrung sagen: Dass die GEW am Landtag vorbeikommt, um sich zu bedanken, ist kein alltäglicher Vorgang. - Das ist mehr als ein Indiz dafür, dass das eine richtig gute Entscheidung ist.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Im Wirtschaftsbereich haben wir die großen Punkte diskutiert. Es wird in Infrastruktur investiert, in das Deutschland-Ticket, die Breitbandförderung und die Landeswohnungsgesellschaft. Meine Damen und Herren, ich bleibe dabei: Schlecht ist auf keinen Fall der Vorschlag - der ist richtig gut -, schlecht ist einzig und allein das, was Sie uns vorschlagen, nämlich weiterhin nichts zu machen. Genau das darf nicht passieren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN - Ulf Thiele [CDU]: Wir haben doch einen Vorschlag gemacht!)

Ich möchte mich bedanken bei Sozialminister Andreas Philippi für die wirklich wegweisende Entscheidung und Vorlage für eine verlässliche und

umfassende Investitionssicherheit für unsere Krankenhäuser. Das brauchen wir in Niedersachsen, und darauf dürfen wir stolz sein.

> (Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Frau Innenministerin Behrens, die Novelle des Brandschutzgesetzes steht an, aber insbesondere in Sachen Ausstattung der Polizei und Unterstützung der Digitalisierung bei der Polizei liegt ein Schwerpunkt, genauso wie bei Frau Justizministerin Wahlmann in der Digitalisierung der Justiz. Hier sind wir richtig gut aufgestellt, und wir dürfen auch stolz darauf sein, wie weit wir hier auch im Vergleich zu anderen Bundesländern sind.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Herr Wissenschaftsminister Mohrs, die Sanierung der Hochschulen wird mit deutlich mehr Mitteln angegangen. Aus eigener Kraft werden beispielsweise Sprachkurse in einer deutlich höheren Form angeboten. Richtig gute und wichtige Beschlüsse!

Genauso wie im Bereich von Europaministerin Wiebke Osigus das Thema "Zukunftsräume". Herr Eilers, Sie haben mich in Ihrer Rede fünfmal erwähnt und gesagt, was wir nicht alles Gutes betont hätten. Ich stelle fest: Alles das ist richtig. Hören Sie doch auf und akzeptieren Sie, dass dort richtig gute und wertvolle Arbeit für Europa, aber auch für den ländlichen Raum geleistet wird!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN - Widerspruch bei der CDU)

Ich will meinen Dank auch richten an Frau Landwirtschaftsministerin Miriam Staudte und Herrn Umweltminister Christian Meyer. Die Bereiche Transformation der Landwirtschaft, Stärkung von Verbraucherschutz, Klimagesetz, Windgesetze, die Förderung der Sanierung von Landesgebäuden für mehr Klimaschutz - alles das wird Niedersachsen voranbringen, meine Damen und Herren.

Vor uns liegt ein guter Haushalt. Wir sind dankbar, dass er so zustande gekommen ist. Ich empfehle jedem die Zustimmung. Wir dürfen darauf stolz sein.

Herzlichen Dank.

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

#### Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender Tonne. -Für die Fraktion der AfD hat sich der Abgeordnete Jürgen Pastewsky zu Wort gemeldet. Herr Pastewsky, bitte!

(Beifall bei der AfD - Wiard Siebels [SPD]: Was ist denn jetzt los? Haben Sie keinen Fraktionsvorsitzenden mehr? - Gegenruf von Ulf Thiele [CDU]: Sie lassen ihn nicht mehr vor! Das ist vielleicht auch besser so!)

Der Redner hat jetzt das Wort.

(Unruhe)

- Warten Sie eben, Herr Pastewsky! - Ich erteile das Wort jetzt Herrn Pastewsky. Bitte schön!

## Jürgen Pastewsky (AfD):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Erwartungsgemäß beschließen die regierungstragenden Fraktionen den Haushalt 2024 und das dazu nötige Begleitgesetz. Nein, die CDU gehört diesmal, anders als häufig, nicht zu diesen Fraktionen. Den variablen Teil des Haushalts, also die Beträge, die nach den gesetzlichen Verpflichtungen zur Verfügung stehen, dominieren rotgrüne Ideologieprojekte.

Ein besonders krasses Beispiel für die Fehlverwendung von Steuergeldern ist die Landeswohnungsgesellschaft.

(Frank Henning [SPD]: Oh nein!)

Abgesehen davon, dass der Staat als Unternehmer eher ungeeignet ist, schaffen Sie durch den Kauf von Bestandswohnungen, erfreulich geplant, nur ca. 10 % wahrscheinlich Schrottimmobilien wie in der Ost-West-Siedlung in Salzgitter-Bad, keinen einzigen Quadratmeter neue Wohnfläche. Sie produzieren Gebühren. Notare freuen sich schon auf hohe Beurkundungswerte.

(Beifall bei der AfD)

Der Neubau bricht ein. Hier verweise ich auf die Fragestunde. Ich arbeite seit mehr als 30 Jahren in der Immobilienbranche, bin seit 27 Jahren selbstständig, WEG-Verwalter und auch Vermieter. Die Bauwirtschaft wird durch Ihre grüne Politik ruiniert. Immer mehr Auflagen haben dazu geführt, dass sich Bauen nicht mehr lohnt.

Und zur NBauO: Ihre Änderungen reichen nicht aus. Die Neubaupläne sind daher unrealistisch. Sie brauchen heute je nach Lage häufig 14 bis 18 Euro

pro Quadratmeter Kaltmiete. Denn es gibt keine sozialen Baustoffe und auch keinen sozialen Bauarbeiter für Ihren sozialen Wohnungsbau.

(Beifall bei der AfD)

Einen sinnvollen Vorschlag zur Verringerung der Grunderwerbsteuer haben Sie alle abgelehnt; mein Kollege Herr Lilienthal hatte dazu vorgetragen. Was Sie schaffen, sind sicherlich lukrative Geschäftsführerposten. Sorgen Sie dafür, dass Ihre Genossen in Berlin endlich erkennen, dass deren Politik neben anderen Branchen auch die Bauwirtschaft ruiniert!

Auch Ihre nach wie vor falsche Entscheidung - und diesmal mit den Stimmen der Merkel-Apologeten -, fünf Vizepräsidenten zu wählen, zeigt, wie Sie mit den Interessen der Menschen in Niedersachsen umgehen.

(Beifall bei der AfD - Wiard Siebels [SPD]: Sie selbst wollten doch auch einen davon stellen! Hat leider nicht geklappt!)

Sie haben sich den Staat zur Beute gemacht. Neben anderen wird auch der Bund der Steuerzahler nicht müde, dies zu kritisieren. Aber immerhin: 15 Monate nach Beginn der Amtszeit soll nun im kommenden Jahr damit begonnen werden, die Demokratie zu verteidigen.

Wir stellen in allen Ministerien einen Stellenaufwuchs fest. Seit Jahren ist dies so. Auch wenn nichts klappt - neue Stellen schaffen, klappt bei Ihnen immer. Zuletzt 25 Stellen für die Taskforce Energiewende - es sollte besser "Energieende" heißen.

(Beifall bei der AfD Wiard - Wiard Siebels [SPD]: Das hätte selbst Ihr Fraktionsvorsitzender besser gekonnt als Sie!)

Jährlich 1.8 Millionen Euro - kein Problem!

Dann sehen wir uns die Wirklichkeit an. Wie bekannt, ist es für Ideologen immer schwierig, wenn sie auf die Wirklichkeit treffen bzw. von dieser umzingelt sind. Quelle: Electricity Maps, abgedruckt in der *Wolfenbütteler Zeitung* vom 9. Dezember 2023: Am 1. Dezember steckte Deutschland mitten in einer viertägigen Dunkelflaute. Wind und Sonne produzierten an diesem Tag 7,5 % des erzeugten Stroms. Zum Ausgleich rauschte Kohle durch die Schlote. Ergebnis: 783 g CO<sub>2</sub> pro erzeugter Kilowattstunde Strom, fast zehnmal so viel wie in Frankreich. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall bei der AfD - Zuruf von der AfD: Klimasünder! - Wiard Siebels [SPD]: Das hätte Ihr Fraktionsvorsitzender nicht auch erzählen können?)

Bund-Länder-Professoren-Programm und Gender-Gaga - diese Finanzierung lehnen wir ab; meine Kollegin Schülke hatte dazu ausgeführt.

Vor Kurzem haben wir vom Landesrechnungshof einen Sonderbericht zum Thema "Personalhaushalt des Landes: Nicht alles auf einen Blick" erhalten. Dieser aufschlussreiche Bericht analysiert sehr gut die Folgen von Fehlentscheidungen der schon länger Regierenden. Wir begrüßen diesen Bericht sehr nachdrücklich und fordern dazu auf, die Empfehlungen umzusetzen. Eine immer weitere Aufblähung des öffentlichen Dienstes in Niedersachsen ist unverantwortlich. Nutzen wir die Tatsache, dass in den kommenden Jahren viele Beschäftigte in den Ruhestand wechseln, zur Aufgabenkritik und Reduzierung der Stellenanzahl in Ministerien bzw. Behörden.

Verschuldung! Sie repräsentieren Parteien, die in den vergangenen Jahrzehnten mehr als 60 Milliarden Euro Schulden angehäuft haben. Und hieran ist nun wirklich nicht nur der Kollege Hilbers Schuld.

(Heiterkeit bei der AfD)

Eine solch katastrophale Leistungsbilanz müsste dazu führen, dass Sie die Menschen in diesem Land um Verzeihung bitten, insbesondere die junge Generation. Die steigende Zinslast raubt den jungen Menschen und zukünftigen Generationen Gestaltungsspielräume. Nachhaltigkeit sieht anders aus!

Wie ist die Lage trotz dieser immensen Verschuldung in Niedersachsen? - Marode Infrastruktur, schlechte Bildungsergebnisse - PISA -, Deindustrialisierung ist leider in vollem Gang. Sie wickeln eine Branche nach der anderen ab. Wir beginnen den freien Fall. Die dramatische Lage bei Volkswagen ist Ihnen noch immer nicht Warnung genug. Nein, die gescheiterte E-Mobilität soll weiterverfolgt werden.

Seit Jahren - so auch in unserem diesjährigen Änderungsantrag - setzen wir uns für zusätzliche Tilgung ein. Welches Geld würden wir der Tilgung zuführen? - Das, was Sie alle wegen Ihrer verfehlten Migrationspolitik zur Verfügung stellen. Menschen, die keinen Anspruch auf Asyl haben, bleiben in diesem Land und kosten über die Jahre Milliarden. Es erschließt sich uns nicht, warum Sie so konsequent

eine Politik gegen die Interessen der eigenen Bevölkerung organisieren.

(Beifall bei der AfD)

Sie haben Zusagen hinsichtlich der zu schaffenden Aufnahmeplätze nicht eingehalten. Auch Messehallen sind keine Lösung, es sei denn, Sie wollen auch diese Branche noch abwickeln. Auch wenn die Mehrheit noch Parteien wählt, die unser Land ruinieren: Booker T. Washington, ein US-amerikanischer Pädagoge, der zu Beginn des 20. Jahrhunderts in den USA sehr einflussreich war, hat einmal gesagt: Eine Lüge wird nicht zur Wahrheit, das Falsche wird nicht zum Richtigen und das Böse wird nicht zum Guten, nur weil es von einer Mehrheit akzeptiert wird.

(Beifall bei der AfD)

Schieben Sie endlich ausreisepflichtige abgelehnte Asylbewerber ab! Richten Sie Rückführungszentren ein! Beenden Sie diese Politik, für jeden, der zu uns kommen will, Geld zu haben, aber nicht für die, die in diesem Land - meinetwegen auch schon länger - arbeiten! Und was beschließt die SPD auf ihrem Bundesparteitag - einige von Ihnen waren ja dabei -? - Förderung des Familiennachzugs! - Wir haben offensichtlich keine Kapazitätsprobleme bei Wohnungen, in Kitas und Schulen.

Und ja, Herr Kollege Bock - - - Wo ist er?

(Wiard Siebels [SPD]: Soll er sich jetzt bei Ihnen melden, oder was?)

Na dann! Herr Kollege Bock, Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass diese Regierung die Migrationskrise nicht bewältigen kann - Stichwort "an den Weihnachtsmann glauben". Sie haben nur eines nicht gesagt: Diese CDU würde, wenn es rechnerisch passt, sofort und ohne Hemmungen und ohne Probleme mit jeder dieser beiden Parteien koalieren und dann gemeinsam mit dem neuen Partner an den Weihnachtsmann glauben.

(Beifall bei der AfD)

Thema Bildungspolitik: Viel reden, aber keine Handlungen! Stuhlkreise ersetzen keine verantwortungsvolle Politik. A 13 ermöglicht den Lehrern gegebenenfalls eine Reduzierung der Stundenzahl, da sehr viele sehr unzufrieden sind. Wir erhalten dadurch nicht mehr Lehrer, es kostet aber sehr viel Geld.

Das Versagen der Bundesregierung in Sachen Haushalt 2024 wird dazu führen, dass wir im Frühjahr einen Nachtragshaushalt beraten werden. Wie gestern erfahren, stehen nur Steuererhöhungen fest. Kürzungen und Einsparungen sind noch nicht entschieden. Hier diskutiert die Ampel immer noch. Angesichts der chaotischen Berliner selbsternannten "Fortschrittskoalition" ist dieser Haushalt daher nur Makulatur.

Übrigens "Fortschrittskoalition": Die große Mehrheit wünscht sich, dass diese Koalition räumlich sehr, sehr weit fortschreitet. Aber es gibt Hoffnung! Denn, wie gestern, bei Ausfall der Ampel gilt: rechts vor links.

(Beifall bei der AfD)

Und dann noch das Europaministerium! Im letzten Plenum haben wir erlebt, dass die Ministerin nicht in der Lage war, Fragen zu Arbeitsabläufen und Brüssel-Aufenthalten zu beantworten. Im Ausschuss hatte ich bereits gesagt, dass ihr Eingeständnis, nach einem Jahr noch keine vorzeigbaren Ergebnisse präsentieren zu können, mehr als peinlich ist. In meinem vor Kurzem verkauften Handwerksbetrieb musste jeder Azubi nach dem ersten Jahr Ergebnisse von Prüfungen und anderen Leistungsnachweisen beibringen.

(Beifall bei der AfD)

Dass die CDU von 2017 bis 2022 dieses Ministerium für nötig hielt und mitgetragen hat, hat sie vergessen. Aber bei vielen Fragen ist Ihnen entfallen, dass Sie in diesem Zeitraum Teil der Landesregierung waren. Seit dem 8. November 2022 scholzen Sie sehr oft.

(Beifall bei der AfD)

Rot-Grün will von der traurigen Bilanz nach 13 Monaten Regierungszeit ablenken, indem sie den Menschen nunmehr einen weiteren Feiertag schenken will. Pisa hin oder her - halten Sie die Mehrheit wirklich für so wenig intelligent, dass sie nicht durchschaut, warum Sie so handeln?

(Grant Hendrik Tonne [SPD]: Diese Frage können Sie sich auch selbst stellen!)

Es geht jetzt um die Stärkung der Wirtschaft, um den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen außerhalb des öffentlichen Dienstes und nicht um eine weitere Belastung der Unternehmen. Um dies zu verstehen, muss man allerdings wissen, wie ein Betrieb funktioniert.

Frau Innenministerin, es ist nicht Aufgabe des Verfassungsschutzes, die Regierung vor politischer

Konkurrenz zu schützen, sondern vor allem, den islamistischen Terror im Auge zu behalten. Sie aber sind lieber auf den Kampf gegen rechts fixiert.

(Beifall bei der AfD)

Sie bedienen häufig nur Partikuklarinteressen. Das große Ganze wollen oder können Sie nicht mehr erkennen. Jahrelange Ideologieverliebtheit lässt den Blick für die Wirklichkeit verkümmern.

Wir zeigen unseren aktuellen und zukünftigen Wählern auf, dass es eine echte Alternative zu diesen Parteien gibt. Wir sind keine Variante für Deutschland - wir sind die Alternative für Deutschland.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. Und frohe Weihnachten, solange man das noch sagen darf!

Danke.

(Starker, anhaltender Beifall bei der AfD - Wiard Siebels [SPD]: Viel schlechter hätte Ihr Fraktionsvorsitzender das auch nicht machen können!)

#### Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Herr Pastewsky. Frohe Weihnachten zu wünschen, überschreitet keine roten Linien. Insofern dürfen Sie das natürlich hier in diesem Hause sagen.

Ich rufe zur Aussprache den Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Detlev Schulz-Hendel, auf. Bitte schön!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

#### **Detlev Schulz-Hendel** (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem wir nun in den letzten Tagen in diesem Hause sehr intensiv über den Haushalt 2024 debattiert haben, darf ich feststellen: SPD und Grüne halten mit diesem Haushalt ganz klar Kurs!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Trotz einer schwierigen Ausgangslage mit einer krisengebeutelten Wirtschaft und Gesellschaft machen wir solide und bodenständig eine kluge Haushaltspolitik für die Menschen in Niedersachsen.

Lieber Kollege Lechner, es ist schon auffällig, dass Sie als Landespolitiker sich permanent und in Dauerschleife an der Arbeit der Ampel in Berlin abarbeiten. Ich glaube, das ist ein gutes Zeichen. Sie haben an Rot-Grün in Niedersachsen nichts zu kritisieren.

(Starker Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Ich möchte an dieser Stelle aber auch etwas untypisch hervorheben, was vom finanziellen Volumen eigentlich eher unscheinbar ist. Aber auch die Dinge, die wenig Geld bedürfen, machen manchmal einen bedeutenden Unterschied im Leben Einzelner. So haben wir im Sozialhaushalt beispielsweise einen neuen Titel mit 155 000 Euro, über den erstmalig landesweite Projekte gegen Genitalverstümmelung bezuschusst werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Es ist für einzelne Menschen nur schwer vorstellbar, was eine Genitalverstümmelung mit einem betroffenen Menschen macht. Auch hier sorgt unser Haushalt 2024 - wenn auch nur mit einem relativ kleinen Betrag - für konkrete Verbesserungen für die betroffenen Menschen in Niedersachsen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sollte es übrigens noch Zweifel gegeben haben, dass die AfD ein zweifelhaftes Verhältnis zur Menschenwürde und damit auch zu den Grundwerten unseres Grundgesetzes hat, so hat die Fraktion rechts außen das in dieser Haushaltsdebatte mehr als einmal und quer durch alle Fachbereiche bewiesen.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

beispielsweise mit der Aussage, dass zu viel Geld für Geflüchtete und für deren Gesundheitsversorgung ausgegeben wird, oder mit der Absurdität, dass die Lehrer\*innen in unserem Land, die wahrlich eine verantwortungsvolle und herausfordernde Aufgabe wahrnehmen, durch die Angleichung auf A 13 "käuflich" geworden seien. Durchgängig waren in Ihren Reihen die Reden durch Hass, Hetze und Ausgrenzungstendenzen geprägt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, darauf kann es nur eine Antwort geben: Niedersachsen war, ist und bleibt ein Land der Vielfalt, ein Land der Toleranz, ein Land mit demokratischen Grundwerten und ein Land, das sich gegen jegliche Form von Ausgrenzung stellt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Und auf eines können Sie von der AfD sich verlassen: Wir als demokratische Fraktionen

(Omid Najafi [AfD] lacht)

werden uns gemeinsam gegen Ihren Hass und Ihre Hetze stellen. Wir werden uns gemeinsam mit aller Entschiedenheit gegen Ihr zweifelhaftes Demokratieverständnis und gegen Ihre Menschenfeindlichkeit stellen.

(Omid Najafi [AfD] lacht)

Und auch deshalb ist es wichtig und unerlässlich, einen Haushaltsschwerpunkt auf Demokratie, Vielfalt und Teilhabe zu setzen.

(Starker Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Lieber Kollege Lechner, ich habe gehört, Sie können Skat spielen. Deshalb versuche ich, Ihre Beiträge zum Landeshaushalt anhand eines Skatspiels einzuordnen. Leider haben Sie mit Ihren Haushaltsvorschlägen ein ganz, ganz schlechtes Ramsch-Blatt auf der Hand, und trotzdem versuchen Sie, auf einen Grand zu reizen. Und jetzt stehen Sie am Ende mit Ihrem Haushaltsblatt ziemlich blank da.

(Jens Nacke [CDU]: Ein schlechtes Ramsch-Blatt ist ein Grand? Keine Ahnung von der Sache, nicht mal davon! - Lachen bei der CDU)

Ich finde, das war eher eine schwache Schlussrede, die Sie hier gehalten haben, Herr Lechner,

(Ulf Thiele [CDU]: Das war eine super Rede! - Zurufe von der CDU: Nein, die war super! - Eine super Rede! - Im Moment hält jemand eine schwache Rede!)

insbesondere dann, wenn Sie hier selbstbewusst verkünden, sie seien eine treibende Kraft.

(Ulf Thiele [CDU]: Solch eine Rede darf man nie vorher aufschreiben! Immer erst die Rede hören!)

Herr Lechner, ich weiß, eigentlich können Sie das besser.

(Ulf Thiele [CDU]: Das war genial! - Sebastian Lechner [CDU]: Wir spielen

mal Skat zusammen, und dann erkläre ich erst einmal die Regeln!)

Handwerklich sind Ihnen auch Fehler in Ihrem Änderungsantrag unterlaufen. Eine Anpassung an die technische Liste ist Ihnen leider nicht gelungen,

(Ulf Thiele [CDU]: Das stimmt doch gar nicht!)

da Sie beispielsweise die Zinsausgaben von 122 Millionen Euro doppelt verbucht haben.

(Ulf Thiele [CDU]: Nein, das stimmt nicht! Das zeige ich Ihnen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dass gestern in Berlin eine Einigung zum Bundeshaushalt 2024 erzielt wurde, ist eine gute Nachricht. Das sorgt für Stabilität und schafft Planungssicherheit für unsere Wirtschaft.

(Zurufe von der CDU)

Es ist extrem wichtig für die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland, dass die zentralen Programme des Klima- und Transformationsfonds unverändert abgesichert werden konnten.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Christian Fühner [CDU]: Was sagt denn Herr Özdemir dazu?)

Entscheidende Hilfen für den klimaneutralen Umbau der Industrie oder die Energie- und Wärmewende bleiben bestehen.

Gleichzeitig bleiben Sozialleistungen im Wesentlichen unangetastet. Das war für uns Grüne und für alle anderen sehr wichtig. Denn gerade in Zeiten hoher Inflation ist es für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ungemein unerlässlich, nicht bei denen zu sparen, die ohnehin schon zu wenig haben.

Einen Beitrag zu den Einsparungen leistet auch der Abbau umweltschädlicher Subventionen.

Die Einigung zeigt aber auch, wie Finanzminister Heere hier im Landtag richtigerweise betonte: Die Entscheidungen in Berlin bestärken den von SPD und Grünen hier in Niedersachsen eingeschlagenen Weg, den Haushalt in einem geordneten Verfahren heute zu beschließen. Gut, dass SPD und Grüne besonnen und mit Weitblick Politik in diesem Land machen!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Natürlich werden wir nun mit der gebotenen Seriosität die Auswirkungen auf Niedersachsen im Detail analysieren. Klar ist aber bereits heute - das möchte ich noch einmal ausdrücklich betonen -: Mittelfristig werden andere Summen notwendig sein, um die Modernisierung des Landes voranzutreiben, die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern und das Klima zu schützen. Deshalb ist es für uns enorm wichtig: Auch weiterhin wird über die Reform der Schuldenbremse im Bund und in den Ländern und über eine Investitionsklausel zu reden sein.

(Starker Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Ulf Thiele [CDU]: Und was hat das jetzt mit Investitionen zu tun? Ihr sagt "Investitionen" und meint konsumtive Ausgaben!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, an anderer Stelle beweisen die demokratischen Fraktionen hier im Niedersächsischen Landtag Einigkeit. Ich habe das schon eingangs der Debatte gesagt. SPD, Grüne und CDU setzen mit dem gemeinsamen Antrag für die wichtige Arbeit der Gedenkstätten und vor allem die Bekämpfung und Prävention von Antisemitismus ein wichtiges Signal. Mein herzlicher Dank noch einmal an dieser Stelle insbesondere an die Fraktion der CDU und insbesondere an die Fraktion der SPD dafür, dass uns das gemeinsam gelungen ist!

(Starker Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der CDU)

Der Haushalt ist in Zahlen gegossene Politik. Ich möchte aber bei all den Tabellen und Zahlen betonen: Wir machen Haushaltspolitik für die Menschen in Niedersachsen - bodenständig, mit Augenmaß und vor allem, Herr Lechner, mit einem klaren Kompass.

Wir sichern mit diesem Haushalt wichtige Projekte im Land und setzen als rot-grüne Koalition politische Schwerpunkte - und das in einem geordneten Haushaltsaufstellungsverfahren. Das mag für manche langweilig wirken - ein Vorwurf, mit dem ich aber gut leben kann. Denn ich bin davon überzeugt, dass diese Landesregierung und die regierungstragenden Fraktionen verstanden haben, was die Menschen in unserem Land von uns wollen: Verlässlichkeit, Seriosität und Stabilität.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Lassen Sie mich abschließend ganz wichtige Dankesworte aussprechen.

Mein Dank gilt der Landesregierung insgesamt, insbesondere unserem Finanzminister und seinem Team, die einen guten Entwurf vorgelegt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Unser Minister Heere hat sich gemeinsam mit allen Minister\*innen dieser Landesregierung engagiert eingesetzt, um vorhandene Spielräume für Zukunftsinvestitionen zu nutzen. Und so sind der Haushalt 2024 und die damit verbundene politische Liste von Rot-Grün ein eindrucksvoller Beweis, dass wir solide haushalten und gleichzeitig gestalten

(Glocke der Präsidentin)

Mein Dank gilt aber - dann komme ich zum Schluss, Frau Präsidentin - vor allem auch den Kolleg\*innen aus der Fraktion der SPD. Stellvertretend für deine Fraktion, lieber Grant, herzlichen Dank für die konstruktiven Verhandlungen zur politischen Liste! Ich glaube, wir alle haben gemerkt, wie engagiert wir in der Sache sind, weil uns eines unwiderruflich eint.

#### Präsidentin Hanna Naber:

Herr Schulz-Hendel, kommen Sie bitte zum Ende!

### Detlev Schulz-Hendel (GRÜNE):

Wir alle wollen für unser Land und für unsere Menschen echte Verbesserungen erreichen. Das schaffen wir gemeinsam nicht nur heute, sondern auch in den nächsten vier Jahren.

Herzlichen Dank.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

#### Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Herr Schulz-Hendel.

Ich bitte alle Kolleginnen und Kollegen, wieder Ihre Plätze einzunehmen, weil wir jetzt zur Schlussabstimmung zum Haushaltsgesetz kommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung zum Haushaltsgesetz.

Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 19/3082 ab. Wer dafür ist, den oder die bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung. Der Ausschuss empfiehlt, den

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2024 mit den aus der Drucksache 19/3000 ersichtlichen Änderungen sowie § 1 und Anlage 1 in der Fassung der Unterrichtung in der Drucksache 19/3100 anzunehmen. Wer dazu in der Schlussabstimmung seine oder ihre Zustimmung geben will, den oder die bitte ich, soweit möglich, aufzustehen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit wurde der Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gefolgt.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Arbeit ist noch nicht getan. Es geht weiter. Ich bitte um Ruhe und Aufmerksamkeit.

Wir kommen als Nächstes zur **7. Übersicht über Beschlussempfehlungen zu Eingaben**. Das ist die Drucksache 19/3019.

Ich rufe die Eingaben aus der 7. Eingabenübersicht auf. Dazu liegen keine Änderungsanträge vor. Gibt es dennoch Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Wer den Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zustimmen möchte, den oder die bitte ich jetzt um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist den Beschlussempfehlungen einstimmig so gefolgt worden.

Nun kommen wir zu den Abstimmungen über die in die Haushaltsberatungen einbezogenen Gesetzentwürfe und Anträge.

Auch hier bitte ich noch einmal um Aufmerksamkeit.

Wir kommen zur Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 20.

Wer der Beschlussempfehlung folgen und damit den Entschließungsantrag der Fraktion der AfD in der Drucksache 19/2447 ablehnen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Beschlussempfehlung des Ausschusses mit großer Mehrheit gefolgt worden.

Wir kommen zur Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 21.

Wer der Beschlussempfehlung folgen und die in der Drucksache 19/2928 beantragte Einwilligung erteilen möchte, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so angenommen worden.

Wir kommen zur Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 22.

Wer der Beschlussempfehlung folgen und den Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 19/2430 in der Schlussabstimmung mit den empfohlenen Änderungen annehmen will, den oder die bitte ich, soweit möglich, aufzustehen. - Die Gegenprobe! Wer dagegen ist, erhebe sich jetzt! - Bei der Gegenprobe hat sich niemand erhoben. Dann frage ich nach Enthaltungen. - Bei Enthaltung der Fraktionen der AfD und der CDU ist das so angenommen worden.

Wir kommen zur Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 23.

Wer der Beschlussempfehlung folgen und den Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 19/2741 in der Schlussabstimmung unverändert annehmen will, den oder die bitte ich, soweit möglich, aufzustehen. - Wer dem nicht folgen kann, erhebe sich jetzt, wenn möglich. - Wer sich enthalten möchte, kann das nun tun. - Bei Enthaltung der Fraktion der AfD wurde der Beschlussempfehlung gefolgt.

Wir kommen zur Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 24.

Wer der Beschlussempfehlung folgen und den Antrag der Fraktion der AfD in der Drucksache 19/1719 ablehnen will, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Beschlussempfehlung mit großer Mehrheit gefolgt. Der Antrag ist abgelehnt worden.

Wir kommen zur Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 25.

Wer der Beschlussempfehlung folgen und den Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 19/2232 in der Schlussabstimmung mit den empfohlenen Änderungen annehmen will, den oder die bitte ich, soweit möglich, aufzustehen. - Wer dagegen stimmen will, steht, nach Möglichkeit, jetzt auf. - Enthaltungen? - Das war einstimmig.

Wir kommen zur Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 26.

Wer der Beschlussempfehlung folgen und den Gesetzentwurf der Landesregierung in der Drucksache 19/1599 in der Schlussabstimmung mit den empfohlenen Änderungen annehmen will, den oder die bitte ich, soweit möglich, jetzt aufzustehen. - Wer dagegen ist, erhebe sich jetzt. - Enthaltungen? - Bei

Gegenstimmen der AfD wurde der Beschlussempfehlung mit großer Mehrheit gefolgt.

Wir kommen zur Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 27.

Zuerst zur Abstimmung zu Nr. 1 der Beschlussempfehlung. Wer der Nr. 1 der Beschlussempfehlung zustimmen und damit den Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 19/532 in der sich aus der Beschlussempfehlung ergebenden geänderten Fassung annehmen will, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Mit Mehrheit wurde der Beschlussempfehlung unter Nr. 1 gefolgt.

Wir kommen zur Abstimmung zu Nr. 2 der Beschlussempfehlung. Wer der Nr. 2 der Beschlussempfehlung folgen und die dort aufgeführten, in die Beratung einbezogenen Eingaben 152 und Folgesatz 1 für erledigt erklären möchte, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann wurde der Nr. 2 der Beschlussempfehlung mit großer Mehrheit gefolgt.

Wir kommen zur Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 28.

Wer der Beschlussempfehlung folgen und den Antrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 19/2220 ablehnen will, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist der Beschlussempfehlung mehrheitlich so gefolgt worden.

Wir kommen jetzt zu den **Abstimmungen zum Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2024**.

Zu diesem Gesetzentwurf liegen die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen in der Drucksache 19/3020 und der Änderungsantrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 19/3083 vor.

Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU ab. Wer ihn annehmen möchte, den oder die bitte ich um das Handzeichen. -Gegenstimmen?

(André Bock [CDU]: Klare Mehrheit!)

Enthaltungen? - Damit gibt es eine klare Mehrheit, Herr Hilbers, aber gegen Ihren Änderungsantrag.

(Heiterkeit - Reinhold Hilbers [CDU]: Das war ich nicht! Das war mein Nachbar!)

- Es tut mir leid. Ich habe es falsch zugeordnet. Dann hat der Bock den Bock geschossen.

(Heiterkeit und Beifall)

Der Änderungsantrag der Fraktion der CDU wurde also mit großer Mehrheit abgelehnt.

Nun kommen wir zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung. Wer der Beschlussempfehlung folgen und den Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Schlussabstimmung mit den empfohlenen Änderungen annehmen will, den und die bitte ich, soweit möglich, aufzustehen. - Wer dagegen ist, erhebe sich jetzt, soweit möglich. - Enthaltungen? - Der Beschlussempfehlung wurde mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der AfD-Fraktion gefolgt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich danke herzlich für Ihre Aufmerksamkeit, Ihre Disziplin und Ihr Durchhaltevermögen. Damit sind die Abstimmungen zum Haushalt 2024 abgeschlossen.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Bevor wir zu Tagesordnungspunkt 49 kommen, für den erst eine Wortmeldung vorliegt - ich weise freundlich darauf hin -, nehmen wir einen Wechsel in der Sitzungsleitung vor.

Vielen Dank.

(Vizepräsident Marcus Bosse übernimmt den Vorsitz)

# Vizepräsident Marcus Bosse:

Der Sitzungswechsel ist vorgenommen. Ich bitte Sie, Ihre Plätze einzunehmen, damit allmählich wieder Ruhe einkehrt. Denn wir haben am heutigen Tage noch vier Tagesordnungspunkte abzuarbeiten.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 49:

Erste Beratung:

Extremismusvorfälle an niedersächsischen Schulen effektiv nachverfolgen - allen Formen von Extremismus entschieden entgegentreten! - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/3033

Zur Einbringung hat sich die Abgeordnete Anna Bauseneick gemeldet. Bitte schön, Frau Bauseneick!

(Beifall bei der CDU)

# Anna Bauseneick (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Demokratische Werte und die Stärkung der Gemeinschaft in unserer Gesellschaft sollten uns dazu anhalten, entschlossen mit allen Parteien, die hinter den demokratischen Grundwerten stehen, den Extremismusvorfällen an niedersächsischen Schulen entgegenzutreten. Insbesondere Schulen sollten eine Umgebung bieten, in der die Vielfalt geschätzt und Extremismus in all seinen Formen abgelehnt werden.

Gerade der Terrorangriff der Hamas auf den Staat Israel in diesem Jahr macht den Handlungsbedarf deutlich. Es war ein Angriff auf die Zivilbevölkerung, der durch nichts zu rechtfertigen ist.

(Beifall bei der CDU)

Viele Kolleginnen und Kollegen haben an den Solidaritätsveranstaltungen in Niedersachsen teilgenommen. Die Bilder und Worte, die offenen Hass gegen Jüdinnen und Juden auch bei uns hier in Deutschland zeigen, schockieren und stimmen sehr nachdenklich. Es herrscht Unsicherheit. Gerade deshalb müssen wir unser Bewusstsein und die Sensibilität schärfen. Wir müssen unseren Worten auch Taten folgen lassen und uns entschlossen gegen extremistische Vorfälle stellen.

(Beifall bei der CDU)

Denn Rechtsextremismus, Linksextremismus, Islamismus, Antisemitismus stellen uns nicht nur in der politischen Bildung, sondern auch in alltäglichen Situationen vor große Herausforderungen. Es sind die Ausgrenzung und die Diskriminierung, die auch vor der sensiblen Umgebung der Schulen keinen Halt macht.

Unserem Antrag ist eine Kleine Anfrage im August vorangegangen. In der Antwort heißt es:

"Die Landesregierung ermutigt und bestärkt die Schulen zugleich ausdrücklich darin, konsequent gegen etwaige Handlungen, Taten, Standpunkte oder Meinungen in Schule vorzugehen, die nicht mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung oder den Menschenrechten vereinbar sind."

Das ist gut, doch es braucht nicht nur warme und ermutigende Worte, sondern wir müssen die Lehrkräfte, aber auch die Schülerinnen und Schüler sowie die Eltern aktiv dabei unterstützen, dieser Aufgabe gerecht werden zu können.

(Beifall bei der CDU)

Die Lage an den Schulen in unserem Land muss dafür unverblümt erfasst werden. Vor diesem Hintergrund ist es für uns als CDU-Fraktion nicht zu akzeptieren, dass Vorfälle mit extremistischem Hintergrund zurzeit eben nicht gesondert erfasst werden.

Weiter heißt es in der Antwort auf die Kleine Anfrage konkret zu judenfeindlichen Vorfällen:

"Die Einführung einer gesonderten Meldepflicht für antisemitische Vorfälle an Schulen wird derzeit diskutiert."

Das ist kein Thema zum Diskutieren, sondern eines zum Machen. Wir wollen konkret handeln, und das jetzt!

(Beifall bei der CDU)

Denn für uns ist klar: Wir dürfen eine extremistische Alltagskultur sowie die Radikalisierungstendenzen und damit den Angriff auf unsere Demokratie und unsere Werte nicht akzeptieren.

Wir haben uns die Frage gestellt: Sind Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler sowie auch die Eltern und alle im Umfeld Beteiligten in Niedersachsen gut genug vorbereitet, um mit extremistischen Parolen und Positionen umzugehen? Die Brandbriefe von Lehrkräften und die Unsicherheit der Gesellschaft zeigen, dass wir konkret handeln müssen. Die Kinder und Jugendlichen sind das Fundament unserer Zukunft und dürfen nicht im Schatten von Extremismus und Radikalisierung alleine stehen. Das gilt auch für die Lehrkräfte in unserem Bundesland, die mit den divergierenden Meinungen tagtäglich konfrontiert sind. Die Richtigstellung von extremistischen Äußerungen darf nicht mit Angst oder Hemmungen verbunden sein.

Die Lehrkräfte bei uns im Land nehmen ihre verantwortungsvollen Aufgaben jeden Tag mit Tatendrang, mit Professionalität und vor allem mit Einsatz wahr. Sie leisten damit eine essenzielle und unverzichtbare Arbeit als Multiplikatoren, als Vorbilder und vor allem als Pädagogen. In dieser Rolle sind sie für unser gemeinsames demokratisches Wertesystem und für eine starke, zusammenstehende Gesellschaft von immenser Bedeutung.

(Beifall bei der CDU)

In Zeiten einer schlechten Unterrichtsversorgung und von Lehrkräftemangel kommt es aus unserer Sicht nicht nur darauf an, eine gute und attraktive Lehrerausbildung zu bieten, in Niedersachsen den Quereinstieg und die Anerkennung von ausländischen Abschlüssen schnell zu ermöglichen und bürokratische Hürden abzubauen, sondern auch darauf, die Lehrkräfte, die hier in unserem Land jeden Tag eine sehr wertvolle Arbeit leisten, in ihrer Arbeit und im Arbeitsumfeld zu halten. Dieser Antrag ist ein Baustein dafür.

Wir sprechen bei den extremistischen Vorfällen nicht mehr nur von einem vereinzelt auftretenden Phänomen, sondern von einer Realität in ganz Deutschland und damit auch hier bei uns in Niedersachsen. Wir müssen das Problem erfassen, erkennen und daraus die besten Schlüsse ziehen.

In den Bildungseinrichtungen im Land haben wir die Möglichkeit und die Verantwortung, keine undemokratischen, hasserfüllten oder Extrempositionen ungehindert stehen zu lassen. Schulen sind Orte der Aufklärung, Orte, um die Werte und Vorteile eines toleranten und demokratischen Zusammenlebens herauszustellen und zu vermitteln. Hier werden die Grundlagen dafür geschaffen, dass andere Meinungen geachtet werden, und dafür, dass das Verständnis füreinander und miteinander ein wichtiger Baustein für unsere Gemeinschaft ist.

Vermittlung von Sachwissen, Sensibilisierung, Aufklärung und Deradikalisierung sind wesentliche Elemente der Prävention und ein wichtiger Beitrag zur Stärkung demokratischer Kompetenzen junger Menschen. Wir müssen sicherstellen, dass unsere Schulen Orte des Lernens und der Toleranz sind, an denen extremistische Tendenzen keinen Platz haben. Genau dafür müssen wir Radikalisierungsprävention als lebenslangen Bildungsprozess sehen.

Es braucht ein Konzept mit einem klar erkennbaren roten Faden. Mit unserem Antrag haben wir diesen roten Faden vorgelegt. Er ist die Chance, gemeinsam diese Maßnahmen zu ergreifen, den Herausforderungen in den Schulen entgegenzuwirken und zu zeigen, dass eine stärkere Demokratie machbar ist

(Beifall bei der CDU)

Wir brauchen zur Sicherstellung dessen an den Schulen einen klaren und transparenten Mechanismus zur Meldung von Extremismusvorfällen. Hierbei sollte die Schulgemeinschaft - Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler sowie Eltern gleichermaßen - eingebunden werden.

Wir brauchen ein System lückenloser, nach Extremismusformen differenzierender Dokumentation und Nachverfolgung. Denn nur so kann man diese Vorfälle zeitnah ahnden und präventive sowie täterspezifische Maßnahmen ergreifen.

#### (Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Wir brauchen die Stärkung des Vertrauens in unseren Rechtsstaat. Durch die Zusammenarbeit von Schulen und Verfassungsschutz würde eine aktuelle Lücke in der Erfassung von extremistischen Vorfällen geschlossen werden.

Wir brauchen ausreichend Lehrkräfte, die durch Schulungen darauf vorbereitet werden, auf die geschilderten Situationen souverän reagieren zu können

Wir brauchen ein vielfältiges Angebot und die Möglichkeit, institutionelle Maßnahmen wie Fahrten zu Gedenkstätten, Planspiele oder Aktionstage mit den Schülerinnen und Schülern durchzuführen, um die präventive Arbeit zu stärken. Dabei sollte der Blick auf bereits erfolgte Modellprojekte wie "Starke Lehrer - starke Schüler" gerichtet werden, um gemeinsam von den Erfahrungen zu profitieren und geschlossen und entschlossen sowie länderübergreifend zu handeln.

Wir brauchen eine landesweite Aufklärungskampagne, die sich gezielt an Schulen, Eltern und die breite Öffentlichkeit richtet. Das Ziel ist es, das Bewusstsein für die Gefahren von Extremismus zu schärfen und die Akzeptanz für die Meldung von Vorfällen zu erhöhen.

### (Beifall bei der CDU)

Wir legen Ihnen heute einen roten Faden vor, den Sie nur aufnehmen müssen. Der Schutz unserer Kinder vor extremistischen Einflüssen ist eine gemeinsame Verantwortung, die über politische Grenzen hinweggeht. Wir müssen entschieden handeln, um die Zukunft unserer Gesellschaft und Demokratie zu sichern und Extremismus in all seinen Formen entschlossen entgegenzutreten.

Eines möchte ich abschließend ganz deutlich sagen: Der Verweis auf geringe Fallzahlen ist für uns als CDU-Fraktion nicht akzeptabel, denn jeder einzelne Fall ist einer zu viel.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und von Corinna Lange [SPD])

# Vizepräsident Marcus Bosse:

Die nächste Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt kommt aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, vom Abgeordneter Mennen. Bitte schön!

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

## Pascal Mennen (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleg\*innen! Den roten Faden konnte ich in der Rede tatsächlich erkennen, im Antrag allerdings nicht. Das führe ich jetzt gerne aus.

Sie haben in Ihrer Antragsprosa viele allgemeingültige Dinge gesagt, die so auch im Schulgesetz stehen - auf das beziehen Sie sich ja auch -, speziell in § 2. Dort steht, dass Schüler\*innen "nach ethischen Grundsätzen zu handeln sowie religiöse und kulturelle Werte zu erkennen und zu achten" sowie "ihre Beziehungen zu anderen Menschen nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit, der Solidarität und der Toleranz sowie der Gleichberechtigung" zu gestalten haben.

Danach handeln Schulen bereits in einem pädagogischen Ermessensspielraum. Das sind die Leitplanken des pädagogischen Rahmens. Das ist auch genau richtig so.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Liebe CDU, was Sie aber dann eigentlich fordern, ist, das bitte Schüler\*innen gemeldet werden, die politisch oder religiös auffällig sind,

(Christian Fühner [CDU]: "Auffällig"?)

und das differenziert nach Motivation, und an allen Schulformen - also beispielsweise auch in der Grundschule.

Wer sich nicht an den genannten Rahmen hält, der bekommt in unseren Schulen doch auch jetzt schon Probleme. Dafür haben wir gut ausgebildete - und demnächst auch fair bezahlte - Lehrkräfte. (Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Die Probleme mit Schüler\*innen, die gegen unsere Werte verstoßen, lösen sich nicht durch ein Melderegister. Die lösen sich vor allem pädagogisch. Die lösen sich differenziert. Die lösen sich durch gute Bildung und vor allem durch Prävention. Genau davon habe ich in Ihrem Antrag nichts gelesen.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Was mich aber tatsächlich ein bisschen erschüttert, werte CDU, ist Ihr fehlendes Vertrauen in unsere Lehrkräfte. Sie trauen es den Lehrkräften offenbar nicht zu, pädagogisch angemessen zu agieren und darüber hinaus - das ist der entscheidende Punkt - die Grenzen von Straftaten als solche zu erkennen und zur Anzeige zu bringen.

Wenn es nach Ihnen geht, werden bei jeder politischen oder religiösen Verfehlung der polizeiliche Ermittlungsapparat und die Justiz inklusive Verfassungsschutz in Gang gesetzt. Das kriminalisiert meiner Meinung nach das ganze Schulsystem. Ich mache mir da auch als Pädagoge echt Sorgen.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Wir sollten die Kapazitäten sowohl der Ermittlungsbehörden als auch der Lehrkräfte und Schulleitungen dafür nutzen, wofür sie da sind, nämlich pädagogisch zu handeln. Das tun sie bereits zu diesem Zeitpunkt sehr gut. Darum brauchen wir diesen Antrag in dieser Form nicht. Es reicht unser Schulgesetz, aus dem ich zum Schluss noch einmal zitiere:

"Die Schülerinnen und Schüler sollen fähig werden, den Gedanken der Völkerverständigung - - -"

# Vizepräsident Marcus Bosse:

Herr Mennen, ich darf Sie kurz unterbrechen. Es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage, von Frau Bauseneick.

### Pascal Mennen (GRÜNE):

Ja, sehr gern.

# Vizepräsident Marcus Bosse:

Bitte schön!

### Anna Bauseneick (CDU):

Vielen Dank für das Zulassen der Zwischenfrage.

Wie erklären Sie sich dann die Tatsache, dass die Landesregierung bei der Unterrichtung zum Antisemitismus ausdrücklich darauf hingewiesen hat, dass eine Dokumentation dieser Fälle sehr wünschenswert wäre, und auch in der Antwort auf unsere Anfrage ganz deutlich stand, dass darüber nachgedacht wird, und dies auch diskutiert wird?

(Beifall bei der CDU)

#### Vizepräsident Marcus Bosse:

Bitte schön, Herr Mennen!

## Pascal Mennen (GRÜNE):

Vielen Dank für die Frage.

Es macht natürlich Sinn, dass diese Fälle dokumentiert werden.

(Christian Fühner [CDU]: Ach so, auf einmal doch?)

Aber die Frage ist doch, an welcher Stelle das passiert. Sie schlagen in Ihrem Antrag vor, dass Lehrkräfte und Schulleitungen dafür zuständig sind, die Motivation, die hinter Vorfällen an den Schulen liegen, zu dokumentieren und einzuschätzen, darüber eine Liste zu führen und das an die entsprechenden Behörden zu melden.

Das ist an den Schulen überhaupt nicht sinnvoll, sondern es gibt bis zu einem Zeitpunkt, an dem eine Straftat vorliegt, einen pädagogischen Ermessensspielraum für das, was Schulleitungen und Lehrkräfte aus ihrer Profession heraus einschätzen können. Wir brauchen kein umfangreiches Register, das geführt werden müsste.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

### Vizepräsident Marcus Bosse:

Herr Mennen, es gibt einen weiteren Wunsch nach einer Zwischenfrage, nämlich vom Kollegen Fühner.

# Pascal Mennen (GRÜNE):

Ich habe jetzt noch genau einen Satz. Ich würde den gern zu Ende bringen. Dann würde ich das mit Herrn Fühner nach der Rede ausdiskutieren.

#### Vizepräsident Marcus Bosse:

Gerne.

### Pascal Mennen (GRÜNE):

Ich will zum Schluss noch einmal aus dem Schulgesetz zitieren:

"Die Schülerinnen und Schüler sollen fähig werden, den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere die Idee einer gemeinsamen Zukunft der europäischen Völker, zu erfassen und zu unterstützen und mit Menschen anderer Nationen und Kulturkreise zusammenzuleben".

Dafür setzen sich unsere Lehrkräfte von der Grundschule bis zur BBS auch heute schon ein - ohne Polizei, ohne Staatsanwaltschaft und ohne Verfassungsschutz in den Schulen, außer an den Stellen, wo er wirklich gebraucht wird. Das ist das, was die Pädagog\*innen auch einschätzen können.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

#### Vizepräsident Marcus Bosse:

Die nächste Wortmeldung kommt aus der Fraktion der AfD, vom Abgeordneten Rykena.

(Beifall bei der AfD)

# Harm Rykena (AfD):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Um ein Problem sinnvoll bearbeiten zu können, muss man es erst einmal kennen.

Im Falle des vorliegenden Antrages geht es darum, den zunächst einmal weit gefassten Begriff "Extremismus" in seinen verschiedenen Ausprägungen im Umfeld der Schule genauer differenziert unter die Lupe zu nehmen. Aus diesen Erkenntnissen können sich in der Folge dann Strategien ergeben, wie solch problematischen Entwicklungen besser entgegengetreten werden kann. So weit, so sinnvoll, zunächst einmal.

Schaut man sich den Antrag im Detail an, so stellen sich aber doch ein paar Fragen.

Erstens. Im Antrag ist an mehreren Stellen die Rede von extremistischen Vorfällen. Wie werden diese definiert? Wenn es sich dabei explizit nur um Straftaten handelt, so werden diese bereits im Runderlass "Sicherheits- und Gewaltpräventionsmaßnahmen an Schulen" in Zusammenarbeit mit der Polizei und Staatsanwaltschaft, auf den der Antrag selber Bezug nimmt, geregelt. Neu wäre dann lediglich die Differenzierung nach Art des Extremismus für die Statistik.

Zweitens. Wo wird die Statistik geführt? Der Runderlass regelt bereits, dass entsprechende Straftaten vom Lehrer an die Schulleitung und von der Schulleitung an die Polizei gemeldet werden müssen. Die Weiterverarbeitung der seitens der Schulleitung gemeldeten Fälle und ihre Kategorisierung bezüglich links, rechts, islamistisch oder antisemitisch obläge daraufhin sachlich der Polizei und wäre demnach eher ein Fall für den Innen- als für den Kultusausschuss.

Drittens. Bei Vorliegen von Tatbestandsmerkmalen mit staatsgefährdenden Potenzialen wird die Polizei sicherlich von sich aus Kontakt mit dem Verfassungsschutz aufnehmen. Inwieweit ist da die Schule gefragt?

Und viertens. Ist nicht zu befürchten, dass eine erweiterte Meldepflicht den Dokumentationsaufwand der Schulen weiter erhöhen könnte?

Wir sind gespannt auf die Beratung im Ausschuss. Vielleicht können wir dort meine Fragen klären. Und außerdem schauen wir mal, ob die Landesregierung es denn überhaupt so genau wissen möchte, ob und wo es Probleme mit Extremismus an niedersächsischen Schulen gibt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

#### Vizepräsident Marcus Bosse:

Die nächste Wortmeldung kommt aus der Fraktion der SPD, vom Abgeordneten Baatzsch. Bitte schön!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

### Brian Baatzsch (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich sehr, dass wir heute zum Ende des Plenarabschnitts die Möglichkeit bekommen, über dieses wichtige Thema zu sprechen.

Der Antrag der CDU-Fraktion enthält durchaus wichtige Punkte. Ich denke, mir können die meisten in der CDU-Fraktion auch zustimmen, dass es da keine zwei Meinungen geben darf. Auch meine Fraktion nimmt eine zunehmende gesellschaftliche Polarisierung wahr. Das erneute Zusammenrücken der Gesellschaft ist daher für uns von großer Bedeutung.

Mich verwundert aber sehr, dass gerade die CDU die Polarisierung in der Gesellschaft anspricht. So sprach Ihr Bundesvorsitzender Friedrich Merz doch gerade von "kleinen Paschas" in den Schulen und

von abgelehnten Asylbewerberinnen und -bewerbern, die den Bürgerinnen und Bürgern in den Zahnarztpraxen die Plätze wegnehmen würden.

(Dr. Karl-Ludwig von Danwitz [CDU]: Das ist aber weit hergeholt!)

Oder Ihr Generalsekretär Linnemann, der regelmäßig das Bürgergeld kürzen und die Kindergrundsicherung am liebsten gleich vollkommen streichen möchte!

(Jörg Hillmer [CDU]: Kritik an Rot-Grün ist ja noch keine Polarisierung!)

- Na ja.

Und von Ihrem Vorsitzenden der Schwesterpartei in Bayern möchte ich gar nicht erst anfangen.

(Zuruf von der AfD: Der hat aber öfter Mal recht! - Jörg Hillmer [CDU]: Sie wollen nicht mehr kritisiert werden!)

Liebe CDU, wer der zunehmenden Polarisierung in unserem Land entgegentreten möchte, der sollte sich auch vom populistischen Diskurs fernhalten.

> (Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, die Haltung Ihrer Partei ist in dieser Frage allerhöchstens mit der Schulnote mangelhaft zu bewerten. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten hat der Kampf gegen Rechtsextremisten und die Feinde unserer Demokratie eine lange Tradition. Für uns steht fest: Rechtsextremismus, Ausgrenzung, Diskriminierung stehen wir entschieden entgegen. Der Kampf gegen Rechtsextremismus und Faschismus hat für uns höchste Priorität.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Um die Demokratie und Freiheit der Bürgerinnen und Bürger muss immer wieder gekämpft werden. Doch wer unsere Demokratie und unsere freiheitliche demokratische Grundordnung verteidigen will, der muss auch klar benennen, wer diese gefährdet. Ein falsches Signal sendet man dann, wenn man die Partei Bündnis 90/Die Grünen zum politischen Hauptfeind erklärt und nicht die in weiten Teilen rechtsextreme Partei AfD.

(Ansgar Georg Schledde [AfD]: Na, na, na!)

Denn die größte Gefahr für unser Land geht von rechts außen aus. Als Demokratinnen und Demokraten müssen wir genau das kommunizieren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Herr Rykena, ich möchte auch deutlich machen, dass ich nicht von Ihnen darüber belehrt werden möchte, was Extremismus ist und was nicht. Aber gut!

(Alfred Dannenberg [AfD]: Das war uns schon klar! - Heiterkeit bei der AfD)

Mit dem terroristischen Überfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 hat sich unsere Welt verändert. Seit der Schoah sind nicht mehr so viele Jüdinnen und Juden getötet worden. Als Bundesrepublik Deutschland und als Land Niedersachsen stehen wir gemäß unserer Staatsraison solidarisch an der Seite des Staates Israel. Für uns ist klar, dass jüdisches Leben verteidigt werden muss.

Darüber hinaus hat der Angriff der Hamas dazu geführt, dass Antisemitismus wieder vermehrt Einzug in den politischen Diskurs und unsere Gesellschaft gefunden hat. Israel wird dämonisiert, Synagogen werden angegriffen, und Jüdinnen und Juden fühlen sich nicht mehr sicher.

(Zuruf von der AfD: Aha!)

Antisemitismus hat keinen Platz in unserer Gesellschaft, und wir müssen ihm in jeglicher Form entgegentreten.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN - Alfred Dannenberg [AfD]: Wer hat die Antisemiten denn reingeholt?)

Und ja, der Kampf gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus muss auch in unseren Schulen thematisiert werden. Verfassungsfeindliches Gedankengut und rechtsextremistische Positionen bei Schülerinnen und Schülern sind ernst zu nehmen. Rechtsextremisten und Verfassungsfeinde nutzen das Internet und vor allem die sozialen Medien, um ihre Propaganda zu verbreiten und mit Fake News Stimmung gegen die Demokratie zu machen, sodass Schülerinnen und Schüler immer mehr und immer häufiger mit rechtsextremistischem Gedankengut konfrontiert werden.

Als Heranwachsende sind Schülerinnen und Schüler besonders beeinflussbar und deshalb besonders vor verfassungsfeindlichem Gedankengut zu schützen. Rechtsextremistische und antisemitische Ansichten in Schulen nehmen wir daher ernst.

Für uns ist klar: Wer die Demokratie verteidigen möchte, der muss sie auch fördern. Daher haben wir als SPD und Grüne ein Landesdemokratiefördergesetz auf den Weg gebracht. Wir wollen die demokratiestärkende Präventionsarbeit weiterentwickeln

(Zuruf von der AfD: Steuergeld!)

und dem Infragestellen von demokratischen Grundsätzen gerade bei Schülerinnen und Schülern entgegentreten.

Wir müssen darüber hinaus sicherstellen, dass auch die Schulen sicher sind vor Angriffen von rechts. Sie müssen sowohl für Schülerinnen und Schüler als auch für Lehrkräfte Schutzräume sein, die frei sind von rechten populistischen Angriffen.

> (Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Wenn die AfD mit dem Hinweis auf den Beutelsbacher Konsens - also dem politischen Neutralitätsgebot für Lehrkräfte - Schülerinnen und Schüler auffordert, ihre Lehrerinnen und Lehrer, die sich klar gegen die AfD positioniert haben, zu melden, dann müssen wir klar an der Seite der Lehrkräfte stehen.

Solche Forderungen Ihrer Partei, Herr Rykena, sind nicht nur perfide, sondern schaden auch unserer Demokratie.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN - Harm Rykena [AfD]: Aha!)

Die Demokratie muss wehrhaft sein, besonders in den Schulen. Ich bin unseren Lehrkräften dankbar für ihre Standhaftigkeit.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch eines hinzufügen: Lehrerinnen und Lehrer müssen auf die Vielfalt des politischen Raums hinweisen.

(Beifall bei der AfD)

Aber man kann ihnen doch nicht ihre Meinung verbieten, und das ist genau richtig so!

(Harm Rykena [AfD]: Genau das wollen Sie nicht!)

- Ja, klar!

Kommen wir nun zurück zum Antrag.

Nach der aktuellen Rechtslage und dem Erlass des Kultusministeriums haben Lehrkräfte die Pflicht, politische oder religiöse Straftaten der Polizei zu melden und anzuzeigen. Nach Ihrem Entschließungsantrag gehen Sie nun über die aktuelle Rechtslage hinaus und fordern in den Punkten 2 bis 5 die zusätzliche Dokumentation von extremistischen Vorfällen. Nach Ihrem Antrag sollen die Vorfälle gesondert erfasst werden und soll für Lehrkräfte eine entsprechende Meldepflicht eingeführt werden.

Auch wenn ich mich auf die anschließende Beratung über diese Punkte im zuständigen Ausschuss freue, möchte ich Ihnen bereits zwei Fragen mit auf den Weg geben:

Zum einen wird aus Ihrem Antrag nicht deutlich, wie die Dokumentation von Vorfällen präventiv wirken soll.

Zum anderen bekommen die Lehrerinnen und Lehrer einen nicht klar definierten Beurteilungsspielraum, der nicht klar zum Ausdruck bringt, wann ein extremistischer Vorfall vorliegen soll. Dies kann bei einer Meldepflicht für Lehrkräfte und Schulleitungen zu erheblichen Ausgrenzungsproblemen führen. So könnte sich für Lehrkräfte die Frage stellen, ob das Kleben eines politischen Stickers bereits einen meldepflichtigen rechtsextremistischen Vorfall darstellt. Darüber hinaus ist zu beachten, dass nicht jede Handlung eines Schülers oder einer Schülerin gleich als rechtsextremistische Tat zu betrachten ist. Schülerinnen und Schüler befinden sich in ihrer Entwicklung, und zum Teil fehlt die Einsichtsfähigkeit. Die Tat könnte also auch andere Gründe gehabt haben.

Es würde mich daher freuen, wenn Sie, Frau Bauseneick, sich bis zu den Beratungen im Ausschuss schon einmal darüber Gedanken machen würden, wie Sie auf diese Fragen antworten können.

Abschließend möchte ich noch auf den letzten Punkt Ihres Antrags eingehen, liebe CDU. Die demokratischen Kräfte in diesem Hause - und dazu zähle ich Sie ausdrücklich - haben sich gemeinsam darauf verständigt, für die Gedenkstätten nicht unerhebliche Mittel im Rahmen des soeben beschlossenen Haushalts bereitzustellen.

Ich finde es daher etwas eigenartig - und tatsächlich auch bedenklich -,

(Glocke des Präsidenten)

dass Sie nun bereits wenige Minuten später diesen Weg verlassen, den wir gemeinsam gegangen sind, und diese Forderung in Ihrem Antrag alleine stellen möchte. Kollegiale Zusammenarbeit sieht anders aus.

### Vizepräsident Marcus Bosse:

Letzter Satz, bitte, Kollege Baatzsch!

### Brian Baatzsch (SPD):

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Schöne Feiertage!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

# Vizepräsident Marcus Bosse:

Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen uns nicht vor.

Wir kommen nun zur Ausschussüberweisung. Vorgeschlagen wird die Überweisung des Antrags in den Kultusausschuss. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind deutlich mehr als zehn Abgeordnete. Insofern wird er in den Ausschuss überwiesen.

Wir kommen zu:

Tagesordnungspunkt 50:

Erste Beratung:

Gewalt gegen Einsatz- und Rettungskräfte wirksam bekämpfen und ihr präventiv begegnen -Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/3037

Zur Einbringung hat sich aus der SPD-Fraktion der Abgeordnete Rüdiger Kauroff gemeldet. Bitte schön!

(Beifall bei der SPD)

Ich höre gerade, es besteht der Wunsch, dass der Abgeordnete Michael Lühmann diesen Antrag einbringt. Bitte schön, Herr Lühmann!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

#### Michael Lühmann (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleg\*innen! Die Zahlen, die uns erreichen, müssen uns erschüttern. Die Tendenz in 2023 mit Blick auf Angriffe auf Einsatz- und Rettungskräfte ist ungebrochen hoch: Tausende Angriffe, bedrohte und verletzte Polizist\*innen, Feuerwehrkamerad\*innen, Rettungsund Notfallsanitäter\*innen, Notärzt\*innen und damit auch Nachbarn und Freunde im Haupt- und so wichtigen Ehrenamt, im Dienst an und für unsere Demokratie und für unsere Gesellschaft.

Von hier aus mein großer Dank und Respekt an diese Rettungs- und Einsatzkräfte, unsere volle Unterstützung und natürlich eine klare Verurteilung dieser Angriffe!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Mein Dank geht auch an unsere Innenministerin und alle demokratischen Fraktionen hier im Hause für gute und konstruktive Gespräche, den Runden Tisch im Innenministerium, die Erstellung von Lagebildern, die gute Diskussion im Innenausschuss, eine produktive Anhörung. Lieber Kollege Bock - jetzt ist er leider nicht da -, es ist ja nicht so, wie es vorgestern dargestellt wurde, dass hier irgendwas liegengelassen wurde, sondern es wurde in der Zwischenzeit eine ganze Menge getan.

Ich habe es schon kurz nach Silvester mit Umberto Eco gesagt: Für jedes komplexe Problem gibt es eine einfache Lösung, und die ist meistens falsch. Ich möchte an einer Stelle zum Thema Silvester - es steht ja vor der Tür - nur ergänzen, dass die Kombination aus männlichen Heranwachsenden, übermäßigem Alkoholkonsum und Sprengstoff nie eine gute ist.

Deswegen: Wir bleiben nicht nur am Thema dran, gerade auch mit Blick auf Silvester, sondern wir gehen dieses Phänomen weiter sachlich an und reagieren mit diesem Antrag auf die vielen stattgefundenen Gespräche und die Anregungen. Stuhlkreise bringen ja auch manchmal was.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ein vielfach gewünschter Rechtsschutzfonds wird kommen. Der Kollege Kauroff wird dazu ausführen. Wir wollen die psychosoziale Beratung, wie es sie bereits bei den Polizist\*innen gibt, auf die Rettungskräfte ausweiten. Wir wollen Handlungssicherheiten über Fortbildung verbessern. Das, was wir dort vorhaben, ist alles sehr wichtig.

Was wir aber nicht tun werden - auch das wurde nach der Anhörung klar -: Wir werden Rettungssanitäter\*innen und Feuerwehrleuten keine Bodycams umhängen. Die wollen gerne in Ruhe arbeiten. Dabei geht es auch um Vertrauensverhältnisse - gerade bei Notfallsanitäter\*innen und zu Rettenden. Denn das Ziel muss bleiben - und auch diese Diskussion haben wir über das Jahr getragen -, vor die Lage zu kommen und Prävention zu stärken. Auch diesen Bedarf hat die Anhörung sehr deutlich gezeigt, und auch darauf reagieren wir.

Wir - ich sprach es gestern bereits an - müssen über Entsublimationsgewalt sprechen, über Gewaltrausch, über Kipppunkte, über Dynamiken von Gewalt. Wir brauchen - und da ist die Gewaltforschung deutlich komplexer als manch schnelle Scheinlösung - einen noch umfassenderen, wissenschaftlich abgesicherten Blick auf Entstehungs- und vor allen Dingen auf Verhinderungsbedingungen von Gewalt. Das ist hochkomplex und sehr, sehr kompliziert.

Und es bedarf einer gesamtgesellschaftlichen Debatte über Gewalt, vollumfassend und ressortübergreifend, auch über die Verstärkung der Sozialarbeit in Quartieren - das ist ein sozialpolitisches Thema - und den Kampf gegen Gewalt in Familien. Das ist es, was der Gewaltforscher Menno Baumann als die effektivsten Strategien gegen Straßengewalt genannt hat. Es geht eben nicht nur um Ausrüstung und Ausstattung, sondern es geht auch um das, was man im Vorfeld tun kann. Da setzen wir an, und diese Debatte wollen wir fortführen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Also setzen wir die Debatte gemeinsam, zielorientiert und übergreifend fort. Ich habe den Eindruck, dass uns das im Innenausschuss bis jetzt sehr gut gelungen ist. Vor diesem Hintergrund beantragen wir - weil wir das weiterdiskutieren wollen - auch die Mitberatung im Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen und auch im Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung.

Das Ziel muss doch sein, dass wir als demokratische Fraktionen im Ergebnis ein gemeinsames Signal senden. Wir reichen uns ja gerne die Hände und strecken sie aus - das tue ich an dieser Stelle auch wieder, und ich glaube, das wird auch angenommen. Dann werden wir am Ende hoffentlich ein gemeinsames demokratisches Signal gegen Gewalt gegen unsere Einsatz- und Rettungskräfte aussenden, verbunden mit einem klaren Stoppsignal an

Gewalttäter und als ein Zeichen nicht nur der Solidarität, sondern auch der konkreten Unterstützung unserer Einsatz- und Rettungskräfte. Hierfür legen wir mit diesem Antrag weitere Vorschläge vor.

Ich freue mich auf die Beratungen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

### Vizepräsident Marcus Bosse:

Nun für die SPD-Fraktion der Abgeordnete Rüdiger Kauroff. Bitte schön, Herr Kauroff!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

# Rüdiger Kauroff (SPD):

Danke schön. - Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Lassen Sie mich, bevor ich zu meinem eigentlichen Text komme, den ich Ihnen vortragen möchte, einen Dank aus diesem Hause herausschicken an alle Angehörigen der Feuerwehren, an alle Angehörigen der Rettungsdienste und natürlich auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei.

Kollege Lühmann hat es eben schon gesagt: Die Zahlen, was die Angriffe auf die Kräfte angeht, sind riesig geworden. Und trotzdem: Wenn sie gebraucht werden, stehen genau diese Menschen von der Feuerwehr, vom Rettungsdienst und von der Polizei nach wie vor ihren Mann und ihre Frau. Und dafür muss man an dieser Stelle einfach mal Danke sagen.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Es ist ein trauriger Fakt geworden, dass Bürgerinnen und Bürger sich immer wieder gewalttätig gegenüber Einsatz- und Rettungskräften verhalten. Dieser respektlose und herabwürdigende Umgang mit Rettungskräften passiert während der akuten Einsätze - dann, wenn es häufig auf jede Sekunde ankommt, weil die Zeit über Leben und Tod entscheiden kann. Es ist inakzeptabel, dass Angehörige der Rettungsdienste, der Feuerwehren und der Polizei zu Zielen von An- und Übergriffen werden. Damit behindern Bürgerinnen und Bürger aggressiv die Arbeit unserer Rettungskräfte. Sie halten sie auf und haben das Ziel, sie zu verletzen, sodass hilfsbedürftigen Menschen die notwendige Hilfe versagt wird. Die Silvesterkrawalle vor rund einem Jahr in Niedersachsen sind Beispiele für diese traurige Tendenz. Und die Zahlen, Herr Lühmann hat es gesagt, unterstreichen das.

Ich möchte daran erinnern, dass, neben den hauptberuflichen Polizei- und Rettungskräften, häufig auch ehrenamtliche Kräfte bei ihrer Arbeit angegriffen werden. Diese Angriffe sind aus meiner Sicht auch Angriffe auf unsere Gesellschaft. Denn diese Kräfte, die bei ihrer ehrenamtlichen Arbeit angegriffen werden, können unsere besten Freunde, unsere Nachbarn oder unsere Kollegen und Kolleginnen sein. Solche Vorfälle - das sage ich an dieser Stelle ganz deutlich - sind kriminelle Handlungen.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und von Veronika Bode [CDU])

Deshalb müssen stattgefundene Straftaten zügig und konsequent verfolgt werden. Aber auch von Angriffen betroffene Kräfte zu begleiten, muss Ziel aller Bemühungen in diesem Entschließungsantrag sein

Bevor Angriffe passieren, gilt es jedoch, das Problem bei der Wurzel zu greifen und präventiv zu handeln, um das Risiko eines Übergriffs beim nächsten Einsatz zu minimieren.

Ich danke an dieser Stelle dem Ministerium für Inneres und Sport und Frau Behrens dafür, dass sie nach den gewaltvollen Übergriffen zu Silvester 2022/2023 schnell reagiert haben und zügig in den Austausch mit Blaulichtorganisationen eingestiegen sind. So sind wir im Laufe dieses Jahres ein großes Stück vorangeschritten, um dem Problem effizient entgegenzuwirken.

Das in diesen Gesprächen am Runden Tisch besprochene Erstellen von Lagebildern soll fortgeführt werden. Festgestellt wurde dabei, dass wir hier keine pauschalen Lösungen suchen, sondern Vorfälle individuell einordnen müssen. Dabei helfen Leitfragen wie zum Beispiel: Welche Gruppen verüben denn eigentlich diese Gewalt? Welche Relevanz haben dabei Gruppen junger Männer? Welche Rollen spielen der Alkoholpegel und auch die sozialen Medien? Und letztlich geht es auch um die Frage, warum es die Polizei als staatliche Gewalt und Feuerwehren und Rettungsdienste gleichermaßen trifft.

Diese Leitfragen und ihre Antworten helfen zudem auch bei begleitender Forschung. Wir brauchen wissenschaftliche Untermauerungen, um Risiken vorzubeugen und zu minimieren. Um das Gewaltproblem präventiv anzugehen, zeigen sich seitens der Polizei Trainings zum Umgang mit Bedrohungsszenarien als sehr effektiv.

Bei anderen Einsatz- und Rettungskräften sollen solche Trainings ebenfalls integriert werden, damit alle Sicherheitskräfte lernen, in bedrohlichen Situationen souverän zu handeln. Auch bei der Ausbildung von Führungskräften am Niedersächsischen Landesamt für Brand- und Katastrophenschutz sowie an Rettungsschulen soll die Gewaltthematik aufgegriffen und sollen Wege zur Prävention gelehrt werden.

Ein weiterer Fokus, den ich bereits zu Beginn meiner Rede erwähnt habe, liegt auf der Nachsorge bei den Opfern. Bei Angriffen oder Übergriffen werden unsere Rettungskräfte zu Gewaltopfern. Hier spielt auch die psychologische Nachsorge eine große Rolle für die Genesung. Bei der Polizei haben sich eine solche psychosoziale Betreuung und die Nachbereitung von Einsätzen positiv bewährt. So ein Nachsorgemodell soll nun auch für die Rettungskräfte und die Feuerwehrmitglieder eingerichtet werden.

Eine weitere Maßnahme, die das finanzielle Risiko der betroffenen Rettungskräfte so gering wie möglich halten soll, ist ein sogenannter Rechtsschutzfonds. Mithilfe dieses Fonds wollen wir Prozesskosten, die für Betroffene anfallen, abfangen und den Opfern somit einen Umgang mit Vorfällen auf der finanziellen Ebene erleichtern. Der Bundesebene sind diese Probleme sowie unser Lösungsvorschlag des Rechtsschutzfonds bekannt. Wir wollten den Fonds gerne bundesweit aufsetzen, aber das hat nicht funktioniert.

In Niedersachsen soll er jetzt aber trotzdem umgesetzt werden. Auch in dieser Angelegenheit danke ich dem Ministerium für Inneres und Sport ausdrücklich dafür, dass es für einen solchen Fonds für das Haushaltsjahr 2024 einen Haushaltstitel eingeplant und eine Kostenstelle dafür eingerichtet hat. Dieser Haushaltstitel soll "atmend" sein und zu Beginn mit 30 000 Euro ausgestattet werden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Wir hoffen und wünschen allen Kräften, die in den nächsten Wochen ihren Dienst machen, dass sich die Vorgänge der Silvesternacht 2022/2023 nicht wiederholen und dass unsere Einsatzkräfte ihre Arbeit und ihren Dienst absolvieren können, ohne angegriffen zu werden. Deswegen rufe ich alle Menschen in Niedersachsen auf und nenne noch einmal den Spruch, der am deutlichsten macht, worum es hier geht: Denken Sie einfach daran, dass diejenigen, die dort sind, helfen. Und helfende Hände schlägt man nicht!

(Beifall)

In diesem Sinne wünsche ich uns eine gute Beratung im Fachausschuss. Ich glaube, dass wir das dort gut hinbekommen werden.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

#### Vizepräsident Marcus Bosse:

Die nächste Wortmeldung kommt aus der Fraktion der AfD, vom Abgeordneten Marzischewski-Drewes. Bitte schön!

(Beifall bei der AfD)

### Stefan Marzischewski-Drewes (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kollegen! Verehrte Innenministerin! In 17 Tagen ist wieder Silvester. Wer hätte das gedacht? Ich glaube, wir alle sind uns einig, dass wir die Ereignisse vom letzten Silvester weder in Niedersachsen noch bundesweit erneut sehen wollen.

Im Februar hatten wir schon einmal dieses Thema hier im Landtag. Sie, Frau Innenministerin, haben vor wenigen Tagen in der Presse geäußert, dass Sie mit steigenden Zahlen von Gewalt gegen Polizei, aber auch gegen Blaulichtkräfte rechnen. Sie haben sich in der *Braunschweiger Zeitung* entsetzt gezeigt über die Gewaltspirale, die es bei einer Weihnachtsfeier in Braunschweig gegeben hat.

Wenn Ihre Prognose also richtig ist, Frau Innenministerin, dann ergeben sich doch die Fragen: Warum gibt es keinen Handlungsfaden seitens der Innenministerin? Warum bedarf es jetzt eines Antrags der SPD und der Grünen? Ist irgendetwas versäumt worden? Was ist bisher gemacht worden? Wenn alles gut wäre, bräuchte es doch keinen entsprechenden Antrag.

(Wiard Siebels [SPD]: Nach der Logik dürfte es gar keine Entschließungsanträge mehr geben! Was für ein Unsinn!)

In Ihrem Antrag gibt es durchaus Dinge, die sinnvoll sind, wie die psychologische Nachbetreuung. Es ist auch sinnvoll, den Bedarf an Schulungen abzufragen. Wiederum ergibt sich aber die Frage: Warum ist das bisher nicht geschehen?

Für Sie, Herr Kauroff, ein kleiner Hinweis: Das Innenministerium befindet sich seit zehn Jahren in Händen der SPD.

> (Deniz Kurku [SPD]: Das ist auch gut so! - Wiard Siebels [SPD]: Das bleibt auch so! Darauf können Sie sich verlassen! - Beifall bei der SPD)

Ergo muss es dort wohl nur suboptimal laufen.

Kommen wir aber noch zu einem weiteren Aspekt Ihres Antrags. Sie wundern sich wirklich allen Ernstes, dass es zu einem stetigen Anstieg von Gewalt gegenüber der Polizei kommt? Ich dachte, das wäre eine rhetorische Frage. Warum ist das denn so? - Jetzt wollen wir auf das Kernproblem eingehen.

(Wiard Siebels [SPD]: Aha, ich ahne, was kommt!)

Respektlosigkeit gegenüber staatlichen Organisationen nimmt seit Jahren zu.

(Volker Bajus [GRÜNE]: Wenn man solche Vorbilder hat wie Sie hier! - Wiard Siebels [SPD]: Aus Worten werden Taten, um das noch einmal in Erinnerung zu rufen!)

Wer regiert unser Land seit Jahren? Wer übernimmt die Verantwortung? - Ja, es sind die Parteien, die hier seit Jahren in Regierungsverantwortung sind. Sie haben es versäumt, uns, der Gesellschaft, beizubringen, dass es einen Wertekanon gibt,

(Wiard Siebels [SPD]: Ihnen muss man das vielleicht auch beibringen! Das ist nicht auszuschließen!)

dass es eine deutsche Leitkultur gibt. Das ist Ihr Versäumnis. Sie haben für die Respektlosigkeit und die Kulturverwahrlosung gesorgt.

(Wiard Siebels [SPD]: Ja, ja! Wer streut denn Hass und Hetze in die Gesellschaft?)

- Sie streuen Hass und Hetze seit Jahren hier in diesem Parlament.

(Wiard Siebels [SPD]: Von käuflichen Lehrern zu sprechen!)

Sie sollten endlich Verantwortung übernehmen. Ja, es ist zu einem Kipppunkt in der Gesellschaft gekommen. Sie sollten sich fragen, ob vielleicht die Gründe, warum die Gewalt ausschreitet, darin liegen, dass wir bestimmte Tätergruppen einfach zu sehr mit Samthandschuhen anfassen.

(Beifall bei der AfD - Wiard Siebels [SPD]: Für Rechtsextreme könnte das gelten!)

Frau Innenministerin, auf die Vornamen der Silvesterkrawalltäter warten wir bis heute.

Aus unserer Sicht muss es beim Thema Gewalt beim Einsatz von Rettungskräften darum gehen, die Fragen nach den Ursachen, die Fragen nach Tätern und Tätergruppen, die Fragen nach den Handlungsmöglichkeiten rasch, schonungslos und vor allem ideologiefrei zu beantworten. Mut zur Wahrheit - dafür steht die AfD.

Wir erwarten von Ihnen, Frau Ministerin, konkrete Taten, damit unseren Rettungskräften wirklich geholfen wird, und keine Herumklempnerei, wie der Bundeskanzler es tut.

Ich wünsche Ihnen allen und allen Rettungskräften frohe Weihnachten. Ich wünsche unseren Rettungskräften und natürlich den Polizisten eine friedliche und ruhige Silvesternacht.

(Wiard Siebels [SPD]: Niemanden, der Feuer legt an Krankenhäuser! - Glocke des Präsidenten)

Ich hoffe, dass es nicht wieder zu diesen Ereignissen kommt. Ich hoffe, dass Ihr Antrag - das ist mein letzter Satz - tatsächlich auf Ehrlichkeit beruht und nicht ein Schaufensterantrag ist, damit Sie am 2. Januar sagen können: Wir haben doch irgendetwas unternommen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD - Kirsikka Lansmann [SPD]: Schaufenster machen nur Sie! - Wiard Siebels [SPD]: Vielleicht kommen Sie über die Weihnachtsfeiertage mal zur Besinnung!)

## Vizepräsident Marcus Bosse:

Die nächste Wortmeldung kommt aus der Fraktion der CDU, vom Abgeordnete Alexander Wille. Bitte schön, Herr Wille!

(Beifall bei der CDU)

# Alexander Wille (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mir geht es gelegentlich so - vielleicht kennen auch einige von Ihnen eine solche Situation -: Man begegnet einem Menschen auf der Straße, grüßt freundlich und überlegt sich im Stillen: Woher kenne ich diese Person? - Oder man bekommt eine Akte auf den Tisch, öffnet den Deckel und stellt fest: Irgendwie kommt mir dieser Sachverhalt doch bekannt vor.

Genau diesen Gedanken hatte ich, liebe Kolleginnen und Kollegen der regierungstragenden Fraktionen, als ich Ihren Entschließungsantrag "Gewalt gegen Einsatz- und Rettungskräfte wirksam bekämpfen und ihr präventiv begegnen", datiert vom 5. Dezember dieses Jahres, das erste Mal in der Hand hielt. Da war doch was? - Ja, genau! Da war was nämlich der Entschließungsantrag der CDU-Landtagsfraktion mit dem Titel "Mehr Respekt und Anerkennung gegenüber Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst - Einsatzkräfte besser und dauerhaft vor Angriffen schützen!" Dieser Entschließungsantrag datiert aus dem Januar dieses Jahres und wurde bereits am 26. Januar 2023 hier im Hohen Hause eingebracht.

(Veronika Bode [CDU]: Erwischt!)

Lieber Kollege Kauroff, auch wir beide haben seinerzeit zu diesem Antrag gesprochen. Unser Entschließungsantrag ist in der Folge im Ausschuss für Inneres und Sport mehrfach beraten worden, und es fand auch eine mündliche Anhörung von Sachverständigen statt. So sind neben dem Landesfeuerwehrverband und der Feuerwehr-Unfallkasse Beschäftigte aus den Rettungsdiensten und der Polizei sowie einige weitere Fachleute um ihre Expertise gebeten worden.

Was haben wir in unserem Entschließungsantrag im Januar gefordert?

Wir haben die Landesregierung aufgefordert, Lagebilder zu erstellen, um die Häufigkeit und die Art der Gewalt gegen Einsatz- und Rettungskräfte zu dokumentieren und zu analysieren. Das fordern Sie heute auch.

Wir haben die Landesregierung aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, um Gewalt gegen Einsatzund Rettungskräfte zu bekämpfen und zu verhindern. Das fordern Sie heute auch.

Wir haben die Landesregierung aufgefordert, in einem breit angelegten präventiven Ansatz die Ursachen von Gewalt gegen Rettungs- und Einsatzkräfte zu bekämpfen. Dazu gehören auch Maßnahmen zur Sensibilisierung und Aufklärung der Bevölkerung, Maßnahmen zur Verbesserung der Ausstattung und der Arbeitsbedingungen und Maßnahmen zur Schaffung von mehr Respekt und Anerkennung gegenüber diesen Berufsgruppen. Das fordern Sie heute auch.

Wir haben die Landesregierung aufgefordert, Opfer von Gewalt gegen Einsatz- und Rettungskräfte zu unterstützen, beispielsweise durch Bereitstellung von psychosozialer Beratung und Hilfe, durch Übernahme von Prozesskosten und durch die Schaffung eines umfassenden Rechtsschutzes. Und genau das fordern Sie mit Ihrem Antrag auch.

Wir haben die Landesregierung aufgefordert, Gewalt gegen Einsatz- und Rettungskräfte konsequent zu verfolgen und zu bestrafen und dabei den rechtlichen Strafrahmen auszuschöpfen. Interessanterweise fordern Sie das heute nicht.

Ich gebe Ihnen ein weiteres Beispiel: Meine Fraktionskollegin Saskia Buschmann hat im Rahmen einer Kleinen Anfrage der Landesregierung verschiedene Fragen bezüglich der Angriffe auf Polizeibeamte, Feuerwehrleute und Rettungskräfte in der vergangenen Silvesternacht gestellt.

Ihre Fragen und die Antworten der Landesregierung mit Datum vom 17. Februar 2023 beleuchteten die Aspekte, wie viele Einsatzkräfte verletzt wurden und zu welchen Verletzungen es kam, wie viele Angriffe es gegen Einsatzkräfte an welchen Orten gab, wie viele Strafverfahren eingeleitet wurden und welche Straftaten im Hintergrund standen, wie viele Tatverdächtige registriert wurden, welche Nationalität sie hatten, ob Alkohol im Spiel war oder ob es eine politische Motivation für diese Straftaten gab, ob Hilfsmittel wie Bodycams oder weitere Videotechnik dazu beigetragen haben, dass Täter ermittelt werden konnten, ob die Landesregierung gesetzgeberischen Handlungsbedarf erkennt, um zukünftig solche Straftaten besser eindämmen zu können, und welche Maßnahmen die Landesregierung ergreifen will, um das Einsatzpersonal zukünftig besser zu schützen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Liste der Fragen und Antworten ließe sich an dieser Stelle noch deutlich erweitern. Nur reicht dazu heute meine Redezeit nicht aus.

Wir stellen also fest, dass diese bedrückende und erträgliche Problematik seit geraumer Zeit hier im Plenum und längst im Fachausschuss bekannt ist und intensiv diskutiert wurde. Wir haben Fachleute angehört und die vielfältigen bekannten und vermuteten Tatsachen beleuchtet.

Welcher konkrete Handlungsbedarf jedoch wurde seitdem erkannt, welche Maßnahmen sind ergriffen worden? - Wenig.

Unser Entschließungsantrag aus dem Januar dieses Jahres liegt nach wie vor unerledigt im Innenausschuss. Und nun ist schon fast ein Jahr vergangen, ohne dass sich die regierungstragenden Fraktionen noch einmal mit diesem wichtigen Thema befasst haben. Herr Kollege Lühmann, Sie haben vorhin von einem gemeinsamen Signal gesprochen. Das hätten wir schon zu Beginn des Jahres senden können.

(Beifall bei der CDU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir haben an dieser Stelle kein grundlegendes Erkenntnisproblem. Nein, die Landesregierung hat hier ein grundlegendes Umsetzungsproblem.

(Beifall bei der CDU)

Sicher ist doch, dass es auch in der bevorstehenden Silvesternacht erneut zu diesen unerträglichen Angriffen auf Einsatz- und Rettungskräfte kommen wird. Da wird es Ihnen auch nicht helfen, quasi fünf Minuten vor der Angst unseren Entschließungsantrag von Anfang des Jahres nachzuahmen. Handeln Sie endlich, meine Damen und Herren, und leisten Sie den Männern und Frauen in der Polizei, in den Feuerwehren, in den Rettungsdiensten die Hilfe und Unterstützung, die so dringend benötigt wird!

Was Ihren heutigen Entschließungsantrag anbelangt, bin ich auf die Beratung im Fachausschuss mehr als gespannt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

### Vizepräsident Marcus Bosse:

Herr Wille, zu Ihrem Beitrag gibt es eine Kurzintervention des Abgeordneten Lühmann. Bitte schön, Herr Lühmann!

### Michael Lühmann (GRÜNE):

Herr Präsident! Liebe Kolleg\*innen! Ich will wirklich nicht zwischen Ihnen und der nächsten Adventsfeier stehen. Aber das möchte ich dann doch ganz kurz ein bisschen einordnen.

Wir haben den Entschließungsantrag der CDU natürlich gesehen. Wir haben auch viel darüber diskutiert. Da stehen nämlich auch eine ganze Menge andere Sachen drin, und die haben wir in der Anhörung abgeräumt. Da geht es um stichsichere Westen - die für Sanitäter aber nicht brauchbar sind, wann sie damit nicht arbeiten können. Da geht es um Bodycams - aber die wollen Sanitäter nicht haben. Und wir haben - da erinnere ich mich sehr gut

an die Anhörung - über Präventionsansätze geredet, die in Ihrem Antrag recht unterrepräsentiert waren, möchte ich mal sagen. Ein Ergebnis der Anhörung war eben auch, dass wir dort deutlich nachsteuern möchten und müssen.

Eines möchte ich noch einmal klarmachen - deswegen habe ich vorhin über Gewaltforschung gesprochen; das haben wir in ganz vielen Fällen -: Wie man da steuernd eingreifen kann, ist ein hochkomplexes Thema. Darüber kann man gar nicht zu viel wissen wollen, darüber kann man gar nicht zu lang diskutieren. Dass Sie hier jetzt erzählen, Sie wüssten, was man jetzt tun müsse, ist schlichtweg unseriös. Wenn Sie das wüssten, hätten Sie das schon in der Zeit stoppen können, als Sie an der Regierungskoalition beteiligt waren.

(Zurufe von Birgit Butter [CDU] und André Bock [CDU])

Wir haben Gewalt in Stadien, wir haben Gewalt gegen Rettungskräfte, wir haben Gewalt in allen möglichen Situationen. Wenn wir wirklich alle so genau wissen würden, wie man Gewalt stoppt, dann hätten wir keine. Das wissen wir aber nicht.

Deswegen gehen wir seriös daran und erforschen das vernünftig. Wir lassen uns ein Fundament gegeben, statt hier mit schnellen Scheinlösungen vorzugehen.

(Vereinzelt Beifall bei den GRÜNEN)

Das will dieser Antrag ausdrücken. Ich bin der sicheren und festen Überzeugung, wir krieg das im Innenausschuss vernünftig miteinander hin. Aber diese kleine Einordnung sei mir gegönnt.

Herzlichen Dank. Und jetzt frohe Weihnachten!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

#### Vizepräsident Marcus Bosse:

Der Abgeordnete Wille begibt sich schon hierher. Ich unterstelle, er möchte gerne reagieren.

### Alexander Wille (CDU):

Sehr gerne, Herr Präsident. - Herr Kollege Lühmann, ich habe wirklich großes Verständnis dafür, dass Ihnen diese Situation - dass wir Sie beim Nachahmen erwischt haben - mehr als unangenehm ist.

(Beifall bei der CDU - Michael Lühmann [GRÜNE]: Nein!)

Bei allen wissenschaftlichen Untersuchungen und Erhebungen dürfen Sie die Männer und Frauen, die jeden Tag in unseren Sicherheitsorganisationen und Hilfsorganisationen ihre Arbeit leisten, nicht aus den Augen verlieren. Einen Entschließungsantrag auf Eis zu legen und liegenzulassen, weil er vielleicht von der falschen Fraktion eingebracht wurde, löst keine Probleme.

(André Bock [CDU]: Ja, genau so!)

Insofern: Zurück zur Sachlichkeit!

Alles Gute!

(Starker Beifall bei der CDU - Deniz Kurku [SPD] meldet sich)

#### Vizepräsident Marcus Bosse:

Weitere Wortmeldungen liegen - - -

(Deniz Kurku [SPD]: Darf ich darauf antworten?)

- Nein.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Federführend soll der Ausschuss für Inneres und Sport sein, mitberatend der Ausschuss für Haushalt und Finanzen. Außerdem wurde beantragt, den Antrag auch im Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen sowie im Sozialausschuss mitzuberaten. Dazu brauche ich Ihr Votum. Wer dafür ist, bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Gibt es nicht. Insofern geht der Antrag so in die Ausschüsse.

Wir kommen nun zu:

Tagesordnungspunkt 51:

Erste Beratung:

Sozialindex und Bildungsbericht für Niedersachsen - Einführung eines wissenschaftlich validen Sozialindex für eine gerechte bildungspolitische Planung und Verteilung von Ressourcen - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/3038

Zur Einbringung hat sich aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Abgeordnete Lena Nzume gemeldet. Bitte schön!

(Beifall bei den GRÜNEN)

#### Lena Nzume (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Liebe Kolleg\*innen! Ich freue mich sehr, dass wir heute, in dem ersten Jahr unserer Regierungsverantwortung, diesen entscheidenden Schritt machen und uns für ein gerechteres Bildungssystem einsetzen. Dafür möchte ich ganz besonders Kultusministerin Julia Hamburg danken.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ich bin sehr gerührt - Sie merken das vielleicht an meiner Stimme -, weil das ein wichtiges Thema ist. Denn Statistiken zufolge dauert es sechs Generationen - das sind 150 Jahre -, bis Kinder aus Armutsverhältnissen ein Durchschnittseinkommen erreichen. Ich wiederhole: 150 Jahre. Die PISA-Studie macht deutlich, dass es in kaum einem anderen Land so schwer ist, den Aufstieg zu schaffen. Bildungserfolg hängt in keinem Land so stark vom Elternhaus ab wie in Deutschland.

Doch was bedeutet das für unser Bildungssystem? - Wir brauchen ein System, das Chancengerechtigkeit und Teilhabe erhöht. Dazu braucht es natürlich eine solidarische Ressourcenverteilung auf einer transparenten und validen Datengrundlage. Wir sind uns bewusst, dass Schulen an vielen Stellen Unterstützung benötigen. Genau deshalb gehen wir mit unserer Kultusministerin die Umsetzung der sogenannten tausend Schritte an.

Michael Lühmann hat es gerade gesagt: Schnelle Lösungen sind nicht die Antwort auf komplexe Probleme.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Als regierungstragende Fraktion steuern wir jetzt um. Heute präsentieren wir Ihnen eine weitere Maßnahme, die dazu beitragen wird, Bedarfe zu erkennen und Ressourcen sinnvoll zu verteilen. Statt Personengruppen zu problematisieren, gehen wir die strukturellen Probleme unseres Schulsystems an. Es ist höchste Zeit, aus der PISA-Schock-Starre zu gelangen und Maßnahmen für mehr Bildungsgerechtigkeit einzuführen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Unser Land kann es sich nicht leisten, junge Menschen auf dem Weg in die Arbeitswelt zu verlieren. Genau hier setzt unsere Entschließung an. Der Sozialindex möchte eine gerechtere bildungspolitische Planung und zielgerechte Verteilung von Ressour-

cen auf Grundlage der Bedarfe von Schulen ermöglichen. Es gilt dabei zu überprüfen, welche Rahmenbedingungen bestehen, wie die Schulen bei entsprechendem Bedarf kleinere Klassen bilden können oder sprachliche sonderpädagogische Förderungen erhalten können, also wie der Ausbau von multiprofessionellen Teams gelingen kann.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Der Sozialindex ist aber auch eine Hintergrundinformation für Schulentwicklung. Das bedeutet, wenn Lehrer\*innen fehlen, sind besonders sozialökonomisch benachteiligte Schüler\*innen betroffen, weil sie eben nicht aus ihrer Familie Unterstützung bekommen. Deswegen wollen wir hier gegensteuern und diesen Schulen, die diese Kinder beschulen und unterstützen, mehr Mittel geben, und zwar die Mittel aus dem Startchancen-Programm.

Wir stimmen sicherlich alle darin überein, dass gerade in Zeiten knapper Ressourcen diese eben nicht mit der Gießkanne verteilt werden können. Wir müssen uns für ein Instrument einsetzen, das Bedarfe gezielt erkennt und Ressourcen entsprechend einsetzt.

Doch es werden immer wieder Argumente gegen den Sozialindex angeführt: Datenschutz oder Stigmatisierung. Beide Gegenargumente entkräfte ich gerne. Selbstverständlich wird nämlich der Schutz personenbezogener Daten gewährleistet. Und auch das Problem der Stigmatisierung stellt sich als falsch heraus, denn Schulen, die ehemalige sogenannte Brennpunktschulen waren, können aufgrund einer besseren Ausstattung, kleinerer Klassen und zusätzlicher Fördermöglichkeiten zu beliebten Schulen werden. Gute Beispiele sind die Alemannenschule oder die Rütli-Schule.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Natürlich wollen wir nicht aus Angst vor Stigmatisierung intransparent bleiben. Dafür ist das Thema viel zu wichtig. Schulen sind keine Inseln, sondern sie sind in einem lokalen Sozialraum verantwortet, und die gemeinsame Verantwortung für Bildung wollen wir stärken. Deshalb wollen wir die Angebote der Jugendhilfe noch viel besser mit den Angeboten der Schule verzahnen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wir wollen auch ein Bildungsnetzwerk errichten, das heißt, die Schulen besser miteinander verbinden und dabei unterstützen, ihre verschiedenen Herausforderungen anzugehen. Natürlich spielen Hospitationen dabei eine Rolle. Schulen sind Iernende Organisationen, und der Austausch wird als äußerst förderlich empfunden. Das zeigen die verschiedenen Projekte, an die wir ansetzen wollen.

Es geht natürlich um Entlastung. Schulen sollen einen geringen Aufwand, aber gleichzeitig einen hohen Nutzen haben. Deswegen wollen wir ihnen entsprechende Förderungen zukommen lassen. Bei der Erfassung der schulscharfen Daten soll eine geplante einheitliche Schulverwaltungssoftware unterstützen, sodass Schulen keine zusätzliche Belastung haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Mir ist noch ein Punkt total wichtig, bevor ich zum Schluss komme, nämlich der Punkt, dass auch der Sozialindex ein lernendes und wachsendes Element ist. Deswegen wollen wir unter Einbeziehung von Expert\*innen aus Wissenschaft, Fachverbänden, Vertretungen marginalisierter Gruppen und Communities den Sozialindex regelmäßig überprüfen und evaluieren.

Ich freue mich auf eine konstruktive und gute Diskussion im Fachausschuss. Ich appelliere an alle: Statt den Sozialneid nach unten zu forcieren, sollten wir uns daran erinnern, woran wir den Wert einer Gesellschaft erkennen - nämlich daran, wie sie mit den Schwächsten umgeht.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

## Vizepräsident Marcus Bosse:

Die nächste Wortmeldung kommt aus der Fraktion der AfD, vom Abgeordneten Rykena.

(Beifall bei der AfD)

# Harm Rykena (AfD):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich empfinde den vorliegenden Antrag irgendwie als zwiespältig.

Der Teil mit dem Sozialindex ist richtig gut und scheint auch Kern des Antrags zu sein.

(Volker Bajus [GRÜNE]: So ist es!)

Was aber soll der "Bildungsbericht" in der Überschrift? Das wirkt irgendwie aufgepropft. Vielleicht soll es dazu dienen, Raum zu schaffen, um den beteiligten Mitarbeitern im Ministerium für ihre Arbeit zu danken, wobei das eben nicht kam. Diesem Dank würde ich mich jedenfalls ausdrücklich anschließen. Die jährliche Broschüre mit einem ausführlichen Zahlenwerk zu den niedersächsischen Schulen nutze ich auch immer gerne. Vielen Dank dafür. Trotzdem hätte das meiner Ansicht nach nicht in den Antrag gehört.

Spannend ist nun, die Haltung der SPD zu dem Thema Sozialindex zu sehen. 2018, anlässlich der Beratung zu unserer Aktuellen Stunde zum Thema Brennpunktschulen, wandte sich Herr Politze noch ausdrücklich dagegen, Schulen in besonderen Lagen und mit besonderen Problemen eindeutig zu identifizieren. Er sah darin damals die Gefahr der Stigmatisierung.

(Zuruf von der AfD: Aha!)

Nun gibt es bei ihm einen Stimmungswandel. Das begrüße ich sehr. Ein SPD-Bildungspolitiker, der lernfähig ist, ist doch auch mal was.

(Beifall bei der AfD)

Ebenfalls 2018, ein paar Monate später, gab es in Reaktion auf unsere Aktuelle Stunde dann zwei Anträge von der FDP und von den Grünen, die explizit die Einführung von Sozialindikatoren forderten. Wir begrüßten das damals.

Bezüglich des besonderen Bedarfes der betreffenden Schulen war man sich im Ausschuss auch schnell einig, zur Einführung der Sozialindikatoren dagegen kam es nicht. In der Debatte hatte insbesondere der SPD-Kollege Bratmann etliche Einwände vorzubringen, bei denen er von negativen Auswirkungen der Sozialindikatoren in Bremen und Hamburg berichtete. Nun gut, der Kollege ist nicht mehr für den Kultusausschuss zuständig, und bei der SPD scheint diesbezüglich ein neuer Wind zu wehen.

Schauen wir uns den Antrag an! Schade ist, wie gesagt, der vorweggestellte Teil mit "Wir begrüßen", in dem wie immer Maßnahmen gelobt werden, die ohnehin selbstverständlich stattfinden. Das ist eigentlich ein typisches Merkmal von schwachen Schaufensteranträgen der regierungstragenden Fraktionen. In diesem Fall wäre das doch völlig unnötig, das hätte man gut einfach weglassen können. Der Bildungsbericht aus der Überschrift findet sich übrigens lediglich hier.

Der zweite Teil des Antrages ist nämlich dann richtig gut. Ja, Schulen mit einem besonderen Sozialmix haben auch besondere Anforderungen. Ja, eine Verteilung mit der Gießkanne kann gerade in Mangelzeiten, wie wir sie aktuell erleben, nicht erfolgreich sein. Und ja, eine Identifizierung auf neutraler wissenschaftlicher Basis von Schulen mit besonderen Bedarfen wäre ein großer Fortschritt gegenüber der bisher praktizierten Zuweisung nach Hinterzimmermanier, sofern es dann überhaupt zusätzliche Ressourcen für diese Schulen gab. Auch der Verweis auf andere Bundesländer, die entsprechende Sozialindizes bereits einsetzen bzw. deren Einführung vorbereiten, ist gut. Verglichen mit 2018 scheint es da Zuwachs gegeben zu haben.

Ich tendiere also dazu, das Thema ganz ohne ideologische Brille zu betrachten, und freue mich auf die Beratung im Ausschuss. Vielleicht wird es ja dieses Mal etwas mit den Sozialindizes.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

#### Vizepräsident Marcus Bosse:

Die nächste Wortmeldung kommt aus der CDU-Fraktion, von der Abgeordneten Sophie Ramdor. Bitte schön, Frau Ramdor!

(Beifall bei der CDU)

# Sophie Ramdor (CDU):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Im September 2023, also vor gut drei Monaten, wurden nach langen Verhandlungen zwischen Bund und Ländern die Eckpunkte des "Startchancen"-Programms veröffentlicht.

Für Niedersachsen und das MK war es ein glücklicher Umstand, dass dieses Programm nicht wie geplant dieses Jahr gestartet ist, sondern erst für das Schuljahr 2024/2025 vorgesehen ist. Wieso "zum Glück"? - Das Programm will bedarfsgerecht Schulen mit einem hohen Anteil an sozial benachteiligten Schülerinnen und Schülern über zehn Jahre gezielt unterstützen. Die Auswahl der zu fördernden Schulen liegt dabei in der Hand der Länder, die hierfür wissenschaftlich geeignete und transparente Kriterien erstellen müssen.

Obwohl die Länder mit dem Bund bereits seit geraumer Zeit in Verhandlungen zu dem Programm standen und es dadurch klar war, dass wir zukünftig eine wissenschaftliche Einordnung vornehmen müssen, hat Niedersachsen im Gegensatz zu vielen anderen

Bundesländern noch keinen Sozialindex eingeführt, der als Grundlage verwendet werden kann.

Es scheint, als würden Sie sich dem Thema nun annehmen müssen, damit Sie an der Bundesförderung teilnehmen können. Aber es freut mich, dass wir uns bei diesem wichtigen Thema nun langsam, wenn auch mit Verzögerungen auf den Weg machen.

Bei der Umsetzung ist aber eines zu beachten: Das verspätete Starten darf nicht zulasten der Schülerschaft und der Lehrkräfte gehen, wenn übereilte Entscheidungen getroffen werden. Was wir bei der Einführung eines Sozialindexes nicht benötigen, sind zudem überteuerte Studien sowie der Aufbau von Doppelstrukturen und aufgeblähten Arbeitskreisen.

### (Beifall bei der CDU)

Damit wir dies von Anfang an beachten, sollten bereits erhobene Daten verwendet werden. Sie verweisen auf die Statistikbroschüren des Kultusministeriums, in denen allgemeine Informationen zur Inklusion oder der Religion enthalten sind.

Genauere Daten erfassen die Gesundheitsämter bei den Schuleingangsuntersuchungen. Die Gesundheitsämter erfassen unter anderem Zahlen zu der Sprachentwicklung, der Körperkoordination oder der Feinmotorik. Diese Daten werden bereits nach den Elternhäusern und - genauer - dem Bildungsstand und dem Migrationshintergrund unterteilt. Das heißt, zu jedem Kind, das eingeschult wird oder wurde, liegen bereits umfangreiche Erkenntnisse vor, die für den Sozialindex verwendet werden könnten. Wir müssen die Daten nur zusammenbringen.

## (Beifall bei der CDU)

Auch fehlen im Antrag die Erkenntnisse zu dem noch laufenden Programm "Schule macht stark", das auch eine Initiative von Bund und Ländern zur Unterstützung von Schulen in sozial schwierigen Lagen ist und eigentlich bis 2030 angedacht ist. Bei diesem Programm haben bisher Lehrkräfte von 200 Schulen mit 13 Forschungseinrichtungen und Universitäten zusammengearbeitet, um passgenaue Lösungen und Entwicklungsperspektiven für die Schulen zu erarbeiten. Auf diesen bereits aufgebauten Wissensschatz muss unbedingt zurückgegriffen werden.

Ob der Sozialindex eine gerechte Verteilung der Ressourcen ermöglicht und somit die Bildungschancen der Schülerinnen und Schüler erhöht, hängt stark von seiner Gestaltung und Umsetzung ab. Entscheidend wird am Ende sein, welche Daten erhoben werden, wie die Fragestellung bei der Erhebung lautet und welche Schlussfolgerungen daraus resultieren.

Ein entscheidender Aspekt für eine gelingende Einführung des Sozialindexes wird auch sein, über welche zu verteilenden Ressourcen wir sprechen.

### (Beifall bei der CDU)

Dient der Sozialindex am Ende als Grundlage für alle zu verteilenden Zusatzbedarfe, zum Beispiel für die Stunden der Sozialpädagogen, der Sprachförderung oder der Schulsozialarbeit, oder werden die Daten zwar erhoben, aber führen wie in anderen Bundesländern nicht zur vollumfänglich gezielten Verteilung? Wie wird mit den verschiedenen Ressourcen der Kommunen umgegangen? Werden Schulen in struktur- und finanzschwachen Kommunen zum Beispiel im Ganztag gesondert unterstützt und erhalten ein höheres Budget für die Einstellung nicht lehrenden Personals? Das alles sind Fragen, die wir vorher noch klären müssen.

Bei der Erarbeitung des Sozialindex darf eine Expertengruppe nicht vergessen werden, die auch Sie in Ihrem Punkt 6 nicht aufzählen, da es für sie keinen spezifischen Fachverband gibt. Das sind die Lehrkräfte und Schulleitungen vor Ort an den Brennpunktschulen, die, die genau wissen, welche familiären Ressourcen die Kinder wirklich haben und welche entscheidend für einen Schulerfolg sind.

Hierbei sollten auch die Schulen eingebunden werden, die bereits am Programm "Schule macht stark" teilnehmen. Ein Sozialindex wird nur sinnvoll sein, wenn er wirklich mit der Praxis erarbeitet wird und die Realität in unseren Schulen abbildet. Dieser Aspekt fehlt mir in Ihrem Antrag noch ein wenig.

#### (Beifall bei der CDU)

Die Einführung eines fairen und transparenten Sozialindex ist machbar. Es bedarf guter Überlegungen. Ich hoffe, dass die Zeit hierfür noch ausreichend ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

#### Vizepräsident Marcus Bosse:

Die nächste Wortmeldung kommt aus der Fraktion der SPD, vom Abgeordneten Julius Schneider.

(Beifall bei der SPD)

#### Julius Schneider (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte vorweg sagen: Dass wir so viel Lob aus der Opposition bekommen, freut mich ganz besonders. Denn am Ende ist es ja die vornehmste Pflicht, die wir als Landtag haben, jedem Kind die bestmöglichen Chancen zu ermöglichen, damit es etwas aus seinem Leben machen kann.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Dabei ist es uns ganz egal, ob es ein Meister oder ein Master wird, ob es um Schutzmänner oder Industriekauffrauen geht oder ob ein kleines Unternehmen dabei herauskommen soll. Das alles ist für uns gleichwertig.

Die Lebensentwürfe, die angestrebt werden, sind sehr unterschiedlich. Aber es geht doch allen darum, danach zu streben, dass aus dem Leben etwas werden kann. Und darauf hat auch jeder ein Recht, egal, ob man aus dem Villenviertel oder aus der Hochhaussiedlung kommt, egal, ob die Eltern Investmentbanker sind oder ob sie in systemrelevanten Berufen arbeiten, bei denen man wirklich sofort merkt, wenn sie einen Tag nicht zur Arbeit kommen, egal, ob sie schon immer hier leben oder ob sie gerade erst dazugekommen sind. Jeder soll aus seinem Leben das machen können, was er selbst als gelungen empfindet.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Aber die Startvoraussetzungen sind deutlich unterschiedlich - bei den einzelnen Kindern, aber auch bei den Schulen. Es gibt Schulen, in denen in jeder Klasse Einzelfallhelfer sitzen, in denen die Kinder es allein nicht schaffen und deswegen diese Unterstützung brauchen. Es gibt aber auch viele Schulen, in denen das echt die Ausnahme ist.

Es gibt Eltern, die sich quasi aufdrängen, beim Schulfest zu helfen, die Infrastruktur drum herum ist da, die Feuerwehr hilft gern bei den Festen. Es gibt aber auch solche Schulen, in denen an den Elternsprechtagen die Flure verwaist sind, weil es viele Eltern nicht für nötig halten, dorthin zu kommen, oder gar nicht verstehen, warum sie kommen sollten.

Es gibt Schulen, an denen fast alle Kinder, die in die erste Klasse kommen, ihren Namen schreiben können und die Zahlen bis zehn auch schon vorhanden sind, und wo das als Selbstverständlichkeit wahrgenommen wird. Es gibt aber eben auch solche, in denen ein Drittel der Kinder durch die Schuleingangsuntersuchungen fallen und viele schon das Problem haben, den Stift so zu halten, dass man das Schreiben lernen kann.

Diese Schulen sind manchmal nicht einmal drei Kilometer voneinander entfernt. Viele von uns kennen es aus ihren Wahlkreisen, dass man das manchmal gerade in ländlichen und städtischen Gebieten auseinanderhält. Aber wo ist da eigentlich die Chancengerechtigkeit?

Gerechtigkeit bedeutet, Ungleiches auch ungleich zu behandeln. Das heißt Gerechtigkeit, liebe Kolleginnen und Kollegen.

> (Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN - Ulf Thiele [CDU]: Und deshalb schafft ihr die Förderschule Lernen ab?)

Wir haben es gerade wieder in der PISA-Studie gesehen. Die Herkunft entscheidet hier in Deutschland so sehr über den Lebensweg eines Kindes wie in kaum einem anderen Land. Jetzt können wir jedem Kind ein liebevolles Zuhause wünschen, in dem vorgelesen wird, in dem man in Museen und Theater geht und in dem die Kinder selbstverständlich beim Lernen gefördert und unterstützt werden. Aber dieses Glück haben leider bei Weitem nicht alle Kinder. Aber wir als Staat haben über die Schulen einen Einfluss darauf, einen Unterschied zu machen und diese Faktoren auszugleichen. Wir werden sie nicht verschwinden lassen können. Am Ende muss jeder selbst durch die Tür gehen, aber wir können dabei helfen, die Schwelle zu übertreten.

Jetzt haben wir aber ein Problem, das uns heute schon den ganzen Tag begleitet, und zwar, dass unsere Ressourcen nicht unerschöpflich sind. Uns fehlen Lehrerinnen und Lehrer, uns fehlen Erzieherinnen und Erzieher, Sozialpädagogen und Sozialassistentinnen. Auch Geld haben wir nicht unerschöpflich zur Verfügung.

Was macht man in einer solchen Situation? - Wir müssen Prioritäten setzen, wir müssen uns konzentrieren. Dabei ist für mich und die sozialdemokratische Partei klar: Für eine möglichst große Chancengleichheit müssen wir die besten Schulen mit der besten Ausstattung in die schwierigsten Stadtteile bauen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN) Um dafür ein nachvollziehbares Instrument zu schaffen, wollen wir einen Sozialindex einführen, damit die Priorität nicht nach Gutdünken, sondern nach nachvollziehbaren Kriterien gesetzt wird. Die Daten dafür sind dankenswerterweise schon vorhanden. Deswegen ist unser Anspruch an ein kommendes Gesetz ganz klar: Wir wollen keine zusätzliche Bürokratie in den Schulen, sondern das bürokratiearme Auswerten von vorhandenen Daten. Wir haben doch ein vitales Interesse daran, dass wir unser Geld richtig einsetzen.

Und wir haben doch nicht nur aus Gerechtigkeitsgründen ein Interesse daran, die Kinder zu fördern, die sonst hinten runterfallen würden, sondern wir haben auch ein handfestes ökonomisches Interesse. Denn erstens beklagen wir in eigentlich jedem Plenum - die einen mehr, die anderen weniger lösungsorientiert - den Fachkräftemangel. Und da möchte ich einmal sagen: Jedes Kind, das wir am Anfang seines Lebens nicht gefragt haben, wo es herkommt, sondern wo es hin will, ist doch ein Geschenk für unser Land.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Zweitens. Jedes Kind, das wir durch frühzeitige Förderung auf die Spur bringen können, sehen wir später nicht in der Jugendhilfe, das sehen wir später nicht im Arbeitslosengeld, nicht im Bürgergeld. Da ist es doch viel besser, die Prioritäten richtig zu setzen und frühzeitig richtig in die Bildung zu investieren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

In diesem Sinne: Lassen Sie uns gute Programme wie "Schule [PLUS]" weiterentwickeln und die Förderung unserer Kinder möglichst effektiv nach nachvollziehbaren Kriterien ausgestalten.

Ich wünsche Ihnen alle frohe Weihnachten.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

## Vizepräsident Marcus Bosse:

Weitere Wortmeldungen liegen uns nicht vor. Wir kommen somit zur Ausschussüberweisung.

Vorgeschlagen wird, diesen Antrag an den Kultusausschuss zu überweisen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Das sind deutlich mehr als zehn. Wir kommen nun zum letzten Tagesordnungspunkt für diesen Tagungsabschnitt, zu:

Tagesordnungspunkt 52:

Erste Beratung:

Eichenprozessionsspinner umweltfreundlich bekämpfen - Meisenbestand durch Nistkästen fördern! - Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 19/3039

Zur Einbringung hat sich der Abgeordnete Queckemeyer gemeldet. Bitte schön, Herr Queckemeyer!

(Beifall bei der AfD)

### Marcel Queckemeyer (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seit Jahren gibt es in jedem Sommer dasselbe Problem in den niedersächsischen Kommunen: den Eichenprozessionsspinner. Die kleinen unscheinbaren Raupen dieses Falters mögen auf den ersten Blick harmlos erscheinen. Aber ihre Auswirkungen auf Menschen und Natur sind weitreichend und alarmierend. Sie sind zweifellos lästige Schädlinge, die für Mensch und Baumbestand unangenehme Folgen haben können.

Der Eichenprozessionsspinner mit seinen feinen Härchen im Raupenstadium ist nicht nur ein Ärgernis, sondern stellt auch eine ernste Gefahr für die Gesundheit dar. Die Berührung mit den Härchen kann Hautausschläge, Juckreiz und Atemprobleme verursachen. Kinder, ältere Menschen und Allergiker sind besonders gefährdet. Zudem beeinträchtigen die Raupen durch ihr Fraßverhalten die Gesundheit unserer Eichenbäume. Die Raupen fressen diese kahl, schwächen die Bäume und tragen zu einem unumkehrbaren Verlust unserer wertvollen Baumbestände bei. Der ökologische Dominoeffekt, den diese Schädlinge auslösen, bedroht nicht nur die Biodiversität, sondern gefährdet auch das Gleichgewicht unseres Ökosystems.

Wir als AfD haben es uns zur Aufgabe gemacht, Lösungen zu suchen, um den Eichenprozessionsspinner einzudämmen. Es wurden bereits verschiedene Maßnahmen ergriffen, beispielsweise das Absaugen der Raupennester oder das Versprühen von biologischen Präparaten, bislang jedoch mäßig erfolgreich und oft nicht überall, wo die Raupen vorkommen, einsetzbar.

Darüber hinaus ist von großer Bedeutung, dass wir uns für den Schutz unserer Umwelt einsetzen. Der Eichenprozessionsspinner ist ein Indikator dafür, dass unser Ökosystem aus dem Gleichgewicht geraten ist. Durch den Erhalt und die Förderung der Artenvielfalt können wir langfristig dazu beitragen, dass sich natürliche Feinde des Eichenprozessionsspinners ansiedeln und das Problem auf natürliche Weise regulieren.

Insgesamt sollten wir uns bewusst machen, dass der Kampf gegen den Eichenprozessionsspinner eine gemeinsame Aufgabe von Land und Kommunen ist. Indem wir uns gegenseitig informieren, verantwortungsbewusst handeln und unsere Umwelt schützen, können wir langfristig eine Lösung finden, um den Eichenprozessionsspinner einzudämmen.

Die Förderung umweltfreundlicher Alternativen und die Implementierung präventiver Maßnahmen sind ebenso unerlässlich, um die Auswirkungen auf Mensch und Umwelt zu minimieren. Deswegen fordern wir die Anbringung von Meisennistkästen; denn Meisen sind die natürlichen Fressfeinde des Eichenprozessionsspinners. In den Niederlanden sowie in einigen Kommunen Deutschlands, unter anderem auch in Teilen Hamburgs, wird dies bereits praktiziert.

In meinem eigenen Garten habe ich selbst Last mit dem Eichenprozessionsspinner gehabt. Nachdem ich vermehrt Nistmöglichkeiten für unsere Meisen aufgehängt habe und seitdem deutlich mehr Meisen auf meinem Grundstück heimisch sind, hat sich das Problem mit den Raupen und somit das mit den Brennhaaren der Raupen erledigt.

Dass das Meisensterben in der Vergangenheit die Ausbreitung des Eichenprozessionsspinners gefördert hat, ist unumstritten. Nun kann man durch einfache und effiziente Maßnahmen - mit dem Aufhängen von Meisennistkästen - gleichzeitig zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen, und dies zu einem kostengünstigen Preis: Man fördert die Meisenpopulation und dämmt zugleich die Ausbreitung des Eichenprozessionsspinners ein. Eine Win-win-Situation für Flora und Fauna. Da auch aus Sicherheitsgründen abgestorbene Bäume an Straßen und in Parks sofort entfernt werden, entstehen folglich auch nicht mehr durch Specht und Co. geschaffene Nistmöglichkeiten. Somit müssen wir für solche sorgen.

Ebenso sollten wir, wo ja ständig nach einer Digitalisierung der Prozesse gerufen wird, dafür sorgen, dass eine Meldung von Eichenprozessionsspinner-

befall für die Bürger mit einem landesweit einheitlichen Meldesystem so unkompliziert und einfach wie möglich gemacht wird.

Gleichzeitig sollte trotz der angespannten Haushaltslage eine finanzielle Unterstützung für das Anbringen der Meisennistkästen für die Kommunen und im Land in den künftigen Haushalten des Landes fest eingeplant werden.

Deswegen lassen Sie uns gemeinsam für eine Umwelt eintreten, die frei von solchen Gefahren ist. Es ist unsere Verantwortung, nicht nur für uns, sondern auch für die kommende Generation eine Welt zu schaffen, in der Menschen und Natur im Einklang leben können - für Deutschland, für Niedersachsen, für den Schutz unserer Heimat.

Ich freue mich auf eine sachliche Beratung im Ausschuss und wünsche Ihnen allen jetzt schon frohe Weihnachten und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

#### Vizepräsident Marcus Bosse:

Vielen Dank.

(Uwe Dorendorf [CDU] begibt sich zum Präsidium)

Ich nehme an, Herr Kollege Dorendorf, das ist eine Wortmeldung. Bis jetzt lag nämlich noch gar keine Wortmeldung vor - abgesehen von Ihrer jetzt. Bitte schön! Kollege Dorendorf, Sie haben das Wort.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU - Anne Kura [GRÜNE] reicht eine Wortmeldung beim Präsidium ein - Volker Meyer [CDU]: Willst du nicht der Dame den Vortritt lassen?)

### Uwe Dorendorf (CDU):

Das würde ich gerne, aber das hat sie ja absichtlich gemacht.

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum Abschluss der diesjährigen Plenarsitzung müssen wir uns noch einem lästigen Thema widmen, nämlich dem Eichenprozessionsspinner.

Bereits seit mehreren Jahren befindet sich die Population dieses Schmetterlings in Nordwestdeutschland in einer andauernden Massenvermehrung. Der EPS - so möchte ich ihn jetzt mal nennen - schädigt

den Wald und die Bevölkerung dabei auf zweierlei Weise.

Einerseits können Raupen des EPS bei Massenvermehrung - insbesondere, wenn diese in mehreren Jahren hintereinander auftritt - Eichenbestände durch Kahlfraß so schwer schädigen, dass die Waldbestände in ihrer Existenz bedroht sind. Durch den wiederkehrenden starken Fraß des EPS wurden in den letzten Jahren die Eichenbestände in Niedersachsen besonders stark betroffen. Dabei sind die vielen Einzeleichen wie auch die Eichenalleen und die Eichenwälder in unseren Kommunen kulturbildende Landschaftselemente.

Auch bei mir im Landkreis sorgt der EPS für große Probleme. Bereits 2019 hatte die Samtgemeinde Gartow federführend ca. 122 ha durch Eichenprozessionsspinner bedrohte Eichen an Waldrändern, Alleen sowie Baumgruppen mit einem Hubschraubereinsatz behandeln lassen, was neben dem großen Aufwand auch eine große finanzielle Belastung für die Kommunen darstellt. Die vorherrschenden Witterungsverhältnisse der letzten Jahre sorgen dabei für beste Vermehrungsbedingungen. Dieser Entwicklungstrend wird sich auch in Zukunft fortsetzen

Anderseits verursacht der EPS bei Kontakten mit den sogenannten Brennhaaren bei Menschen und Tieren gesundheitliche Beeinträchtigungen. Die Brennhaare können leicht in die Haut und in die Schleimhäute eindringen und sich dort mit kleinen Häkchen festsetzen. Die Gesundheitsgefahren durch das Nesselgift reichen von der bloßen Belästigung durch einzelne Brennhaare bis hin zu schweren Augenreizungen, Atembeschwerden oder allergischen Reaktionen. Besonders bereits vorerkrankten Menschen wie Asthmatikern kann der EPS so über lange Zeit hinweg große Probleme bereiten.

Meisen und insbesondere die Kohlmeisen sollen dabei helfen, gegen die Raupen des EPS vorzugehen. Sie fressen die Raupen des Eichenprozessionsspinners, auch wenn diese bereits Brennhaare entwickelt haben. So könnten sie zu einer Eindämmung beitragen. Wir in Lüchow-Dannenberg hätten so viel Nahrung - die Meisen könnten wohl nicht mehr fliegen, weil sie so gut genährt wären.

Aber leider reicht es nicht aus, die neuen Raupen zu töten; denn selbst die alten Raupenhäute in den Nestern bleiben weiterhin gefährlich. Das Nesselgift bleibt in der Natur unter trockenen Bedingungen bis zu zwölf Jahre lang wirksam. Gerade in öffentlichen

Bereichen müssen daher - wie es in den betroffenen Kommunen schon geschieht - alle Nester restlos entfernt und vernichtet werden.

Die Frage, ob zusätzliche Maßnahmen möglich sind, um effektiv gegen den Eichenprozessionsspinner vorzugehen - und wenn ja, welche -, werden wir in den Ausschüssen beraten. Das gilt auch für die Frage, wie eine flächendeckende Bekämpfung möglich ist. Ich freue mich deshalb auf intensive und konstruktive Diskussionen im kommenden Jahr.

In Anbetracht der hinter uns liegenden langen Plenartage werde ich mein Zeitkontingent heute nicht ausschöpfen.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Ich habe Ihnen aber ein kleines, kurzes Weihnachtsgedicht mitgebracht.

(Heiterkeit und Zurufe)

Ja, so is' er!

# Vizepräsident Marcus Bosse:

Wenn es denn zur Sache ist.

## **Uwe Dorendorf** (CDU):

Auf jeden Fall!

Zur Weihnachtszeit kommt still und leise / der Ampelmann und erhöht die Preise.

(Heiterkeit bei der CDU und bei der AfD)

Beim Sprit greift er den Bauern in die Tasche / gerade in schweren Zeiten eine fiese Masche. / Und egal, ob es ihm gefällt, / am Ende zahlt der Kunde dann mehr Geld.

Entschuldigung, das musste ich noch bringen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei der AfD)

Abschließend möchte ich aber die Zeit nutzen, um Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, gerade angesichts der vielen Herausforderungen, vor denen wir aktuell stehen, eine schöne Weihnachtspause mit Zeit für sich und Ihre Familien zu wünschen. Ich hoffe, dass aus dieser Zeit auch gute Ideen hervorgehen; denn die brauchen wir hier für eine gute Zukunft unserer Heimat in Niedersachsen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen ein friedliches und gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Start ins neue Jahr.

Vielen Dank.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der AfD)

#### Vizepräsident Marcus Bosse:

Die nächste Wortmeldung kommt aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, von der Abgeordneten Anne Kura. Bitte schön, Frau Kura!

(Beifall bei den GRÜNEN)

### Anne Kura (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleg\*innen! Ich möchte jetzt wieder zur Sache sprechen; denn anderes ist, glaube ich, der ernsten Lage, die der Eichenprozessionsspinner ohne Frage darstellt, nicht angemessen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und was noch viel wichtiger ist: Es scheint ja so, als ob die AfD hier einer großen Sache auf der Spur ist: letztes Mal die Kraniche, deren Nistplätze in den trockenen Mooren gefährdet sind, und heute die Meisen zur Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners.

Und ja, wir haben eine dramatische Krise des Artensterbens und des Verlusts wertvoller Lebensräume. Das wirkt sich nicht nur auf die Natur selbst, sondern auch auf unsere Gesundheit, auf unsere Lebensqualität, auf unsere Lebensgrundlagen aus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die AfD macht hier aber wieder nur einen Vorschlag, der an den Symptomen herumdoktert, und erwähnt nicht die tatsächlichen Ursachen. Dazu gehören die Vernichtung von Biotopen, die intensive Landnutzung und die Klimakrise. Die erwähnen Sie in Ihrem Antrag nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleg\*innen, es ist richtig, der Eichenprozessionsspinner hat sich ausgebreitet, unter anderem in den Regionen um Uelzen, Lüchow-Dannenberg und Gifhorn, im Emsland, in der Region um Osnabrück und in der Grafschaft. Die feinen Brennhaare - das haben wir gerade schon gehört - sind für die Gesundheit äußerst gefährlich. Sie können Juckreiz, Atembeschwerden, Entzündungen und einen allergischen Schock auslösen. Deswegen gehen die Kommunen dagegen vor.

Was Sie aber nicht gesagt haben, ist, wieso die Ausbreitung des Eichenprozessionsspinners passiert ist. Eine wesentliche Ursache ist die Klimakrise. Wir haben trockenere Frühlinge und höhere Temperaturen. Das sind ideale Bedingungen für die Ausbreitung nicht nur dieses Schädlings, sondern auch von anderen Schädlingen. Und: Die Nützlinge sind durch den Biodiversitätsverlust und durch den Schwund der Lebensräume stark unter Druck.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Sie schlagen jetzt vor, die Meisenpopulation mit Nistkästen zu stärken. Das kann helfen. Das machen auch schon viele vor Ort. Aber das reicht nicht aus. Ich finde, wenn man hier über Gesundheitsschutz und über Naturschutz spricht, dann muss man auch das ganze Problem anerkennen, nämlich dass dafür intakte Lebensräume notwendig sind, dass die Meisen und auch andere Vögel - zum Beispiel Kuckuck und Wiedehopf fressen ebenfalls die Raupen - das ganze Jahr über ein ausreichendes Nahrungsangebot und auch Strukturen haben müssen, in denen sie leben können.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Mit Ihrer Taktik, sich hier als Natur- und Gesundheitsschützer darzustellen, kommen Sie also nicht durch. Ich empfehle Ihnen einen Realitätscheck beim Klima- und Naturschutz.

(Klaus Wichmann [AfD]: Wer hat denn den Antrag eingebracht, Sie oder wir?)

Nach der ganzen Aufregung hier kommt jetzt die besinnliche Zeit der Feiertage und der Ruhe um den Jahreswechsel, liebe Kolleg\*innen. Wir alle können in uns gehen. Ich wünsche uns allen friedliche Weihnachten, Erholung und einen guten Start in das neue Jahr.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

#### Vizepräsident Marcus Bosse:

Vielen Dank, Frau Kura.

Weitere Wortmeldungen liegen uns zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor. Wir kommen somit zur Ausschussüberweisung.

Federführend soll der Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz sein, mitberatend der Ausschuss für Haushalt und Finanzen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Das ist so beschlossen.

Wir kommen nun zur Festlegung von Zeit und Tagesordnung des nächsten Tagungsabschnitts. Der nächste, 13., Tagungsabschnitt ist vom 7. bis zum 9. Februar 2024 vorgesehen. Der Ältestenrat wird den Beginn und die Tagesordnung der Sitzung festlegen. Der Landtag wird entsprechend einberufen werden.

Ich wünsche Ihnen ebenfalls ein schönes Weihnachtsfest, einen schönen dritten Advent und vor allen Dingen ein friedliches Jahr 2024. Bleiben Sie gesund!

Ich schließe hiermit die Sitzung.

Schluss der Sitzung: 13.46 Uhr.